

ZEFIR-Forschungsbericht Band 8

GLOBAL SOCIAL WORK: REGIONALE UND LOKALE HERAUSFORDERUNG DER ARMUTSZUWANDERUNG AUS SÜDOSTEUROPA

**Dokumentation der internationalen Tagung vom 28.02.2014 an der
Fachhochschule Dortmund**

Banu Citlak

Sebastian Kurtenbach

David H. Gehne (Hrsg.)

ZEFIR FORSCHUNGSBERICHT (Band 8) (Mai 2015)

Banu Citlak, Sebastian Kurtenbach, David H. Gehne
GLOBAL SOCIAL WORK – LOKALE UND REGIONALE HERAUSFORDERUNGEN DER
ARMUTSZUWANDERUNG AUS SÜDOSTEUROPA

Verlag: ZEFIR (Verlagsnummer: 978-3-946044)

Die Schriftenreihe wird herausgegeben vom

© Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung (ZEFIR), Fakultät für Sozialwissenschaft,
Ruhr-Universität Bochum, LOTA 38, 44780 Bochum (zugleich Verlagsanschrift)

Herausgeber:

Prof. Dr. Jörg Bogumil

Prof. Dr. Jörg-Peter Schräpler

ISBN: 978-3-946044-01-7

Inhalt

<i>Banu Citlak, David H. Gehne, Sebastian Kurtenbach</i> Global Social Work - Regionale und lokale Herausforderung der Armutszuwanderung aus Südosteuropa	4
<i>Ludger Pries</i> Integration als Eröffnung gesamtgesellschaftlicher Teilhabechancen.....	6
<i>Aneliya Avdzhieva</i> Labour and mobility of Roma women of Plovdiv area	22
<i>Andreas Kunz, Anton Karagyosov</i> Lebensumstände der Roma in Stolipinovo.....	31
<i>Sigrid Michel</i> Gesundheit unter Bedingungen von Armut, Flucht und Migration	36
<i>Banu Citlak</i> Räumliche Segregation von zugewanderten Familien im Ruhrgebiet	46
<i>Sebastian Kurtenbach</i> Ankunftsgebiete - Erklärungen für die räumliche Konzentration armutsgeprägter Zuwanderung.....	52
<i>Frank Merkel</i> Armutszuwanderung in die Nordstadt: Eine Herausforderung für die Freie Wohlfahrtspflege. Handlungsansätze – Thesen – Herausforderungen	58
Autorinnen und Autoren	62

Global Social Work - Regionale und lokale Herausforderung der Armutszuwanderung aus Südosteuropa

Banu Citlak

David H. Gehne

Sebastian Kurtenbach

Ende 2013, als wir die Organisation dieser Fachtagung begannen, waren die Medien der meisten westeuropäischen Länder mit Meldungen über mögliche anstehende Wellen von sog. Armutsmigranten aus den EU-2 Staaten (Rumänien und Bulgarien) gefüllt. Berichte von Konvoys aus den Armutsvierteln Rumäniens und Bulgariens in die deutschen Großstädte prägten die öffentliche Aufmerksamkeit, während in Großbritannien die populäre Tagespresse von ausverkauften Flügen aus Bulgarien und Rumänien berichtete, die täglich Armutsfüchtlinge nach Großbritannien einflögen, welche dort den Arbeitsmarkt überfluten würden. Der Begriff „Armutszuwanderung“ beschreibt keine Sondersituation, da die Überwindung von Armut zu den weltweit wichtigsten Gründen für Migration zählt. Auch die bulgarische Ärztin kommt nach Deutschland mit der Hoffnung auf ein besseres Leben, dennoch ist, auch aufgrund gesetzlicher Zugangsbarrieren zu wohlfahrtstaatlichen Leistungen in Deutschland, bei nicht ausreichend qualifizierten Zuwanderern die Lebenssituation prekär. Besonders alarmierend ist die fehlende Bildung und Qualifikation vieler Roma, als Teilgruppe der Neuzuwanderer, die das Resultat von struktureller Diskriminierung und Marginalisierung in den Herkunftsländern ist. In dem aktuellen Bericht der Europäischen Kommission zur Integration von Roma wird darauf hingewiesen, dass alle Mitgliedsstaaten noch große Anstrengungen aufbringen müssen um die Diskriminierung der Roma effektiv zu bekämpfen und die grundlegende Akzeptanz von Vielfalt im eigenen Land dauerhaft umzusetzen (Report on the Implementation of the EU Framework for national Roma integration Strategies 2014: 9).

Auch wenn die armutsgeprägte Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien nach Deutschland seit 2007 quantitativ ein relativ geringes Ausmaß an der gesamten Zuwanderung aus diesen Ländern ausmacht, hat sie nicht nur eine mediale Debatte ausgelöst, sondern stellt auch die Soziale Arbeit vor neue, grundlegende Herausforderungen. In Kommunen wie Duisburg, Mannheim, Köln, Gelsenkirchen oder Dortmund gleichen sich die Berichte über die Neuzuwanderung, die geprägt ist von problematischen Wohnverhältnissen, prekären Arbeitsmöglichkeiten, mangelnder Gesundheitsversorgung und überforderten Nachbarschaften.

Die Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession, die sich gegen Diskriminierung und Ausgrenzung wendet, sieht sich damit einmal mehr mit Auswirkungen von Ereignissen in anderen Gesellschaften oder Kontexten konfrontiert, die sich nicht allein lokal lösen lassen, sondern in pluri-lokale Ortszusammenhänge eingeflochten sind. Damit spannt sich ein breites Feld an lokalen und regionalen Herausforderungen der sog. Armutszuwanderung aus Südosteuropa auf, welche auf der Tagung „Global Social Work“¹ am 28.02.2014 an der Fachhochschule Dortmund diskutiert wurde und hier zum Teil dokumentiert werden kann². Die Beiträge in dieser Tagungsdokumentation stellen die Perspektiven

¹ Die Fachtagung wurde durch Fördergelder der Ausschreibung „Internationalisierung der Lehre“ der Fachhochschule Dortmund finanziert.

² Für die Mitarbeit bei der Durchführung der Fachtagung und der Erstellung des Dokumentationsbandes danken wir Ina Schäfer.

sowohl verschiedener (Fach) Disziplinen als auch der Akteure unterschiedlicher gesellschaftlicher Ebenen auf die neuere Migration aus Südosteuropa dar.

Im ersten Beitrag von *Ludger Pries* (Ruhr-Universität Bochum) „Integration als Eröffnung gesamtgesellschaftlicher Teilhabechancen“ wird aufgezeigt, wie unser heutiges Verständnis von Migration und Teilhabe im historischen und nationalen Kontext gewachsen ist und welche Einstellungen zur Integration uns in der Zukunft weiterhelfen könnten. Anschließend folgen Beiträge, die die Lebensumstände der Roma im Ghetto Plovdiv-Stolipinovo (Bulgarien) rekonstruiert, dem Herkunftsort der meisten Roma, die heute in der Dortmunder Nordstadt leben. Zuerst stellt *Aneliya Avdzhieva* von der Universität Plovdiv in ihrem Beitrag „Labour and Mobility of Roma Women in Plovdiv Area“ die Ergebnisse ihrer qualitativen Forschung zur Arbeitsmobilität von Roma-Frauen dar. In Anlehnung an Interviews, die sie in der dortigen Roma Community geführt hat zeigt sie in ihrem Beitrag die kulturellen und normativen Vorgaben auf, die an Roma-Frauen und ihre Erwerbstätigkeit gestellt werden. Anschließend beschreibt der Journalist *Andreas Kunz* und der Vorsitzende der Stiftung für regionale Entwicklung „ROMA-1995“ (Plovdiv) *Anton Karagyrosov* in einem gemeinsamen Beitrag die Entstehung der Roma-Ghettos in der Region sowie die heutigen Lebensumstände der Menschen dort. Neben unzureichenden Zugängen zur Bildung und Arbeit drückt sich die Diskriminierung der Roma in Bulgarien auch in ihrer unzureichenden Wohnsituation sowie ihrer prekären gesundheitlichen Versorgung aus. Das Thema „Gesundheit unter Bedingungen von Armut, Flucht und Migration“ wird anschließend in dem Beitrag von *Sigrid Michel* vertieft.

Die nachfolgenden Beiträge beziehen sich in diesem Dokumentationsband auf die Bedingungen in den Ankunftsregionen der Neuzugewanderten. Zuerst beschreibt *Banu Citlak* (FH-Dortmund) die räumliche Segregation alt- und neuzugewanderter Familien im Ruhrgebiet, die heute als Orte der Integration für Neuankömmlinge dienen sollen. *Sebastian Kurtenbach* (ZEFIR) beschreibt anschließend in seinem stadtsoziologischen Beitrag „Ankunftsgebiete – Erklärung für die räumliche Konzentration armutsgeprägter Zuwanderung“ die Besonderheiten, die Stadtteile aufweisen müssen, um als Ankunftsgebiete für Neuzuwanderer attraktiv zu sein. Aus der Praxis der Sozialen Arbeit folgt abschließend der Beitrag von *Frank Merkel* vom Caritasverband Dortmund zur neueren Zuwanderung in die Dortmunder Nordstadt.

Wir danken allen Referenten und Teilnehmern für die gelungene Veranstaltung!

Unter www.fh-dortmund.de/de/fb/8/forschung/areso.php können zudem die Vorträge von *Ludger Pries* und *Aneliya Avdzhieva* angesehen werden.

Integration als Eröffnung gesamtgesellschaftlicher Teilhabechancen

Ludger Pries

Wir leben heute in einer Einwanderungsgesellschaft, und die Notwendigkeit der Förderung von Integration und Teilhabechancen gerade für die benachteiligten Gruppen wird allgemein anerkannt. Ich möchte mich im Folgenden mit der Frage beschäftigen, was dies zu Beginn des 21. Jahrhunderts eigentlich heißt. Dazu werde ich zunächst kurz darauf eingehen, wo wir heute in einer historischen Perspektive stehen. In einem zweiten Schritt werde ich dann argumentieren, dass ein angemessenes Verständnis von Integration und Eröffnung von Teilhabechancen zwischen den beiden Extremen eines traditionellen Assimilationsverständnisses und der Abschaffung des Integrationsbegriffs zu entwickeln ist. Anschließend möchte ich zeigen, was der Sachverständigenrat für Migration und Integration (SVR) unter Integration und chancengleicher Teilhabe versteht, und schließlich möchte ich den Blick in die Zukunft richten und fragen, mit welchen Herausforderungen wir in den nächsten 20 bis 30 Jahren konfrontiert sind. Dabei wird sich zeigen, dass die zukünftigen Herausforderungen durchaus beachtlich sind und weiterhin ein grundlegendes Umdenken sehr vieler Menschen und Organisationen beinhaltet.³

Deutschland: nach düsterer Vergangenheit auf einem guten Wege

Gesellschaftliche Vorstellungen und politische Gestaltungsorientierungen bauen in der Regel auf weit zurück reichende historische Erfahrungen auf. Dies gilt z.B. für das in Deutschland vorherrschende Verständnis von Migration und Integration, für Sozialreform, Wohlfahrtsstaat und soziale Sicherung, das sicherlich anders ist als z.B. in Großbritannien. Es gilt aber auch für unser Verständnis von Einwanderung und Integration. Dabei waren und sind die beiden Bereiche soziale Sicherung und Einwandererintegration durchaus miteinander verwoben, wie sich am Vergleich Deutschlands mit Großbritannien zeigen lässt:

„Pässe benötigten britische Staatsbürger ausschließlich für Auslandsreisen. Die zunächst hohen Kosten für die Ausstellung von Pässen in Großbritannien wurden umgangen, indem sich die Reisenden an andere Regierungen bzw. an die eigenen Auslandskonsulate wandten. In den deutschen Staaten dienten Pässe und Passkontrollen vor allem der Kontrolle von Vaganten, Hausierern und Schaustellern sowie der Suche nach Banditen. Großbritannien kannte keine Deportationsrichtlinien für Ausländer und installierte damit faktisch ein Asylrecht, das im Gefolge der Revolution von 1848/49 zahlreiche politische Emigranten nach London führte. Die deutschen Staaten deportierten dagegen mittellose Ausländer, d.h. vor allem Angehörige anderer deutscher Staaten, in großer Zahl. In Großbritannien galt das Recht auf Armenhilfe grundsätzlich auch für ansässige Ausländer, allerdings nicht für die nach Schottland und England immigrierenden Iren, die doch zweifellos britische Staatsbürger waren. In den deutschen Staaten blieb Armenhilfe von vornherein auf die eigenen Staatsbürger beschränkt. Von der Durchsetzung grundsätzlicher liberaler oder illiberaler Prinzipien kann damit kaum die Rede sein. Vielmehr reagierten die Staaten auf die konkreten Probleme mit unerwünschter Mobilität jeweils pragmatisch im Sinne der Begrenzung finanzieller Lasten“ (Wienfort 2000).

³ Die folgenden Ausführungen wurden in ähnlicher Weise bereits in Pries 2014 veröffentlicht.

Zur Zeit also, als Großbritannien eher ein großzügig Einwanderung förderndes Land war, in dem die Armenhilfe auch für ansässige Ausländer galt, herrschte in Deutschland noch Kleinstaaterei und eine Begrenzung der öffentlichen sozialen Sicherung auf die jeweiligen Staatsangehörigen vor. Dabei ist der Begriff ‚Staat‘ durchaus geschmeichelt, denn es handelte sich ja um zum Teil sehr kleine Fürsten- oder Herzogtümer wie z.B. Hessen-Kassel, Hessen-Darmstadt, Frankfurt, Hessen-Nassau, Hessen-Homburg, Preußen, Bayern und Württemberg. Diese deutsche Kleinstaaterei änderte aber nichts daran, dass selbst die nur über einige Dutzend Kilometer von einem Kleinstaat in den nächsten Wandernden als ‚Ausländer‘ behandelt wurden, die z.B. auf die in dem Ankunftsstaat geltenden Sozialfürsorgeprogramme keinen Anspruch hatten. In Großbritannien wurden also zu einer Zeit, als es die Bismarck’sche Sozialreform noch gar nicht gab, keine generellen Einwanderungskontrollen durchgeführt und die Armenhilfe allen ansässigen Bedürftigen zuteil. Das war – natürlich durchaus in wohlkalkuliertem nationalem Eigeninteresse eines prosperierenden Inselreiches – eine frühe und gelebte ‚Willkommenskultur‘. In Deutschland dagegen existierte die Armenhilfe bis zur Bismarck’schen Reform nur für Staatsbürger, und mittellose Ausländer konnten deportiert werden.

Neue Staatsbürger waren durchaus interessant für die deutschen Kleinstaaten, insofern sie möglichst männlich, arbeitsfähig und gesund waren. Jeder neue männliche Staatsbürger war auch ein zusätzlicher Soldat und mehrte potentiell die (klein)staatliche Macht. Aber für die Gemeinden, die den Bedürftigen Sozialhilfe zu gewähren hatten, waren ‚zuwandernde Ausländer‘ durchaus auch eine potenzielle Belastung. Viele Dinge, die heute kritisch und kontrovers diskutiert werden, lassen sich vor ihrem historischen Entwicklungshintergrund viel besser verstehen. So findet sich auch heute noch eine gewisse, bereits aus dem 19. Jahrhundert bekannte Zweiteilung in den Diskursen und der realen Lastenverteilung zwischen kommunaler und gesamtstaatlicher Ebene: Mit dem Hinweis auf demographische Herausforderungen und die EU-Freizügigkeit wird Migration auf Bundesebene allgemein begrüßt, bei der tatsächlichen Bewältigung der Einwanderung, z.B. auch aus sehr armen Regionen Bulgariens oder Rumäniens, sehen sich die meisten Städte dann aber weitgehend allein gelassen.

Eine historische Traditionslinie vom Ausschluss der zugereisten Ausländer aus der Armenfürsorge im 19. Jahrhundert ließe sich auch vermuten bis hin zu der noch heute in Ausländerbehörden auf der kommunalen Ebene teilweise vernehmbare Wagenburgmentalität, die wenig mit ‚Willkommenskultur‘, aber viel mit grundsätzlichem Misstrauen, mit Abweisen und mit sehr enger Vorschriftenauslegung zu Ungunsten der Einwanderer zu tun hat. Bei unseren gegenwärtigen Problemen haben wir es nicht selten mit Spannungsverhältnissen zu tun, die – auch wenn es den konkret Handelnden nicht bewusst ist – historisch weit zurückreichen und von Generation zu Generation implizit weitergegeben wurden. Das in den deutschen Kleinstaaten vorherrschende Prinzip ‚Sozialfürsorge nur für die eigenen Staatsangehörigen‘ wirkte noch lange fort. So hieß es noch in dem Gesetz über Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16. Juli 1927 (§ 101, 2.(3)): „Ausländer erhalten die Krisenunterstützung nur, wenn ihr Heimatstaat deutschen Erwerbslosen nachweislich eine gleichwertige Fürsorge gewährt“ (Gesetz über Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung, 16. Juli 1927).

Dies gilt sicherlich auch für die Debatten zum Thema Migration und Integration im 20. Jahrhundert. Deutschland war immer, besonders während der beiden Weltkriege und danach, eine Drehscheibe massiver Wanderungen. Nach dem Ende des NS-Regimes kamen etwa 12,5 Mio. Flüchtlinge nach Deutschland, lebten in der BRD und der DDR etwa weitere 11 Mio. sogenannte DP’s (displaced persons, von denen die meisten als Zwangsarbeiter eingesetzt waren), weitere 10 Mio. Menschen waren innerhalb Deutschlands migriert (vor allem aus den zerbombten Städten aufs Land), und etwa 9 Mio.

deutsche Kriegsgefangene kehrten bis in die 1950er Jahre zurück (Bade 2000: 297ff; vgl. auch Herbert 1986 und 1999). Über 40 Mio. Menschen in Deutschland hatten in den 1950er Jahren also das, was man heute ‚Migrationsgeschichte‘ nennt. Selbst, wenn man die Binnenmigration abzieht, ergibt sich, dass ungefähr die Hälfte der um 1950 in Ost- und Westdeutschland lebenden 69 Mio. Menschen im engeren Sinne Menschen mit Migrationsgeschichte waren.

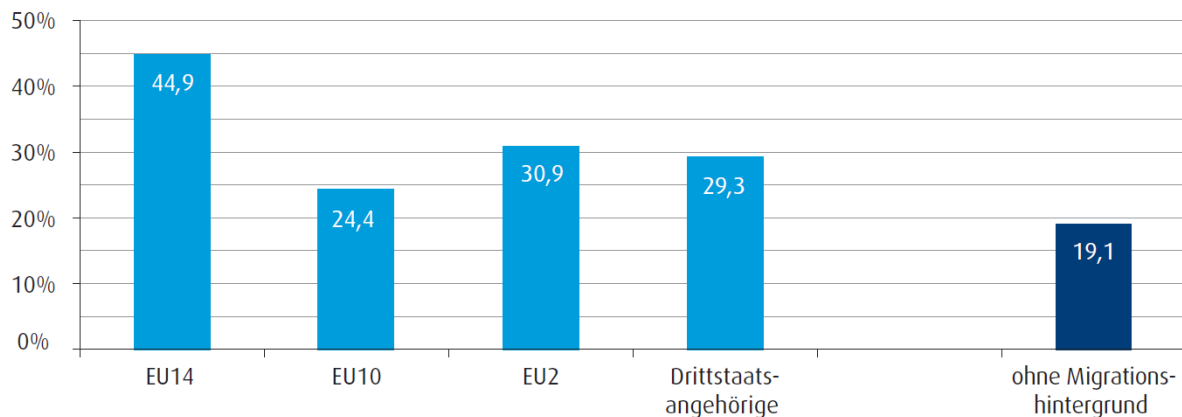
Vor diesem realen Hintergrund muss man den Ausspruch ‚Deutschland ist kein Einwanderungsland‘ interpretieren, der die vorherrschende Selbstwahrnehmung der BRD (und wohl auch der DDR) während der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts widerspiegelt. Eine historische Kontinuität der Angst vor einer ‚Einwanderung in die Sozialsysteme‘, die weiter oben schon für das 19. Jahrhundert konstatiert wurde, lässt sich auch gegenwärtig aufzeigen. So wurde noch im Jahre 2013 eine generelle Angst vor Armutzuwanderung aus Bulgarien und Rumänien in die deutschen Sozialsysteme unter dem Motto geschürt ‚Wer betrügt, der fliegt‘ – und dies, obwohl der Akademikeranteil an den zwischen 2000 und 2010 aus diesen beiden Ländern nach Deutschland eingewanderten Menschen um etwa 50 Prozent höher lag als in der deutschen Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (SVR 2013: 103). Wir müssen uns fragen, wie es zu dieser kontrafaktischen Selbstwahrnehmung und Selbstbeschreibung kommen und warum sich diese über Jahrzehnte als dominante Chiffre halten konnte? ‚Deutschland ist kein Einwanderungsland‘ war für die erwähnten knapp 40 Mio. Menschen, die bis zu den 1950er Jahren Migrationserfahrungen gemacht hatten, eine Einladung zum historischen Vergessen. Für die danach folgende sogenannte ‚Gastarbeiter‘-Generation war dieser Ausspruch keine Einladung, sondern eine Ausladung bezüglich Integration und gesellschaftlicher Teilhabe. Vieles spricht dafür, dass das Motto ‚Deutschland ist kein Einwanderungsland‘ das größte Unecht implizierte, welches in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in deutschem Namen begangen wurde.

Vor dieser im Hinblick auf Integration und Eröffnung von Teilhabechancen eher düsteren Vergangenheit erscheint der Paradigmenwechsel seit dem Übergang zum 21. Jahrhundert umso deutlicher. Dieser vollzog sich auf verschiedenen Ebenen. Schon im Jahre 1999 begann eine Serie von insgesamt erheblichen Veränderungen des rechtlichen Rahmens von Migration und Integration. Erinnerung sei nur an das Inkrafttreten des Staatsangehörigkeitsgesetz 2000 und des Zuwanderungsgesetzes 2005, an verschiedene weitere Gesetzesnovellen im Rahmen der Umsetzung von EU-Richtlinien wie die Einführung der Blue-Card, die Erleichterung der Anerkennung von Bildungsabschlüssen oder die erweiterten Möglichkeiten der Arbeitssuche für Studienabsolventen (SVR 2011, 2012, 2013, 2014). Die Einführung der neuen amtlichen Kategorie ‚Menschen mit Migrationshintergrund‘ im Mikrozensus seit 2005 hat – bei aller berechtigten kritischen Diskussion über diese Bezeichnung – einen Wandel in der öffentlichen Diskussion beschleunigt. Denn damit wurde – nach dem jahrzehntelangen Wiederholen des Mantras ‚Deutschland ist kein Einwanderungsland‘ – vollends klar, dass fast ein Fünftel aller in Deutschland Lebenden selbst oder über zumindest einen Elternteil grenzüberschreitende Migrationserfahrungen gemacht haben.

Wir haben auch einen Paradigmenwechsel auf der Ebene der kommunalen Integrationspolitik. Seit den 1990er Jahren wurde damit begonnen, auf der lokalen Ebene Integrationskonzepte zu entwickeln. Die Kommunale Gemeinschaftsstelle (www.kgst.de/) hat große Anstrengung unternommen, die Kommunen in den Fragen angepasster Integrationskonzepte und von Integrationsmonitorings zu unterstützen. Einige Städte haben sogenannte Welcome-Center in ihren Einwohnermeldeämtern eingerichtet; die Themen der interkulturellen Kompetenz und des Managements von Diversität wurde – mit wechselndem Engagement und Erfolg – auf die Tagesordnung gesetzt. Teil des Paradigmenwechsels ist sicherlich auch, dass sich die Qualifikationsstruktur der Zuwandernden stark geändert

hat. Während der ‚Gastarbeiter‘-Zuwanderung waren ungelernete bis angelernte Arbeitskräfte vorherrschend. Die Akademikerquote bei den zwischen 2000 und 2010 aus den verschiedenen Regionen der EU (EU14 entspricht den alten europäischen Kernländern, EU10 der ersten EU-Osterweiterung und EU2 den kürzlich beigetretenen Ländern Bulgarien und Rumänien) und auch aus Drittstaaten Zugewanderten lag bei 24,4 und 44,9 Prozent und damit weitaus höher als die Akademikerquote der Deutschen ohne Migrationshintergrund.

Tabelle 1: Akademikerquote 25- bis 64-jähriger Neuzuwanderer nach Herkunftsgruppe 2010



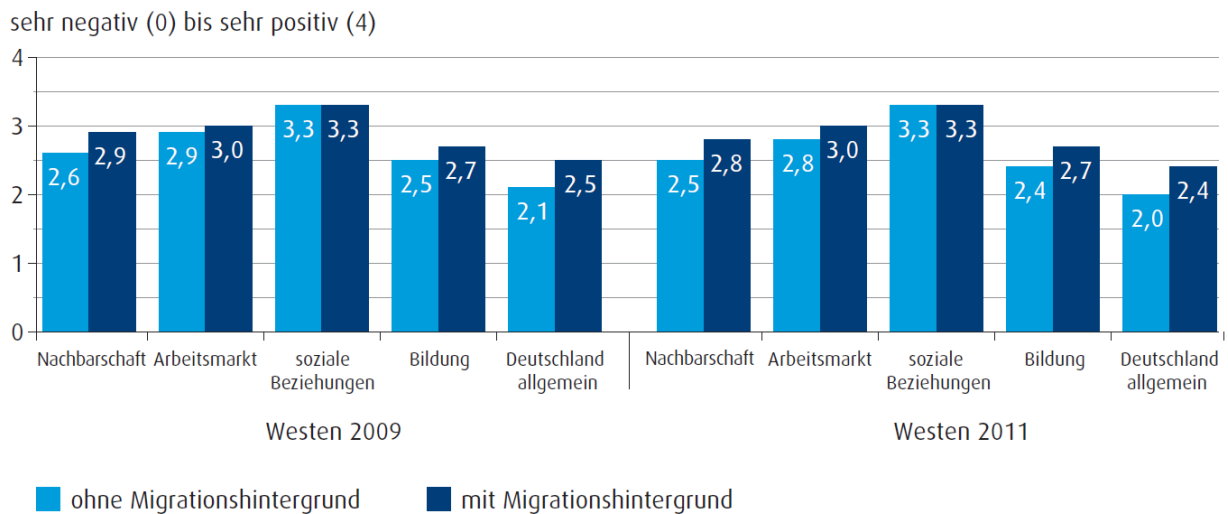
Anmerkung: Als Neuzuwanderer wurden Personen betrachtet, die zwischen 2000 und 2010 zugewandert sind.

Quelle: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2010; eigene Berechnung

Quelle: SVR-Jahresbericht 2013, S. 103

Im Vergleich des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts zur Gastarbeitergeneration der 1960er bis 1980er Jahre hat sich also die Qualifikationsstruktur der Zugewanderten extrem stark verändert. Auch das ist Teil des Paradigmenwechsels, und vielleicht hat dies auch schon einen gewissen Einfluss auf den letzten Aspekt des grundlegenden Wandels der Behandlung von Migration und Integration in Deutschland, der hier erwähnt werden soll: die Haltung der Bevölkerung zu diesem Thema. Der Sachverständigenrat für Migration und Integration erfasst seit 2009 in einem sogenannten Integrationsklimaindex repräsentativ für ganz Deutschland, wie die Menschen (mit und ohne Migrationshintergrund) das Zusammenleben und die Teilhabe an wichtigen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens erfahren und einschätzen. Für diesen Index werden die Meinungen zum Zusammenleben in den vier Bereichen Nachbarschaft, Arbeitsmarkt, soziale Beziehungen und Bildung abgefragt. Für jeden der vier Bereiche wird dabei durch verschiedene Fragen erhoben, welche eigenen Erfahrungen die Befragten gemacht haben, wie sie die Umsetzung der allgemein für relevant erachteten Normen beurteilen, ob sie eine Beeinträchtigung oder Verbesserung in bestimmten gesellschaftlichen Bereichen und Einrichtungen durch migrationsbedingte Diversität registrieren und wie sie sich selbst zukünftig im Hinblick auf interkulturelles Zusammenleben im Wohn- und Arbeitsbereich zu verhalten gedenken.

Tabelle 2: Integrationsklima in (West)Deutschland 2009 und 2011



Quelle: SVR-Jahresbericht 2012, S. 41

Da für das Jahr 2009 nur in Westdeutschland Lebende befragt wurden, wird in der Tabelle auch nur dieser Bevölkerungsteil hinsichtlich der Antworten in 2009 und 2011 verglichen. Die Skala des Integrationsklimaindex reicht von null bis vier, zwei ist also der Mittelwert. Die Tabelle 2 verdeutlicht, dass die überwiegende Mehrzahl sowohl der Menschen mit Migrationshintergrund (dunkle Säulen), als auch derjenigen ohne Migrationshintergrund (hellere Säulen) das Zusammenleben in den vier Bereichen überwiegend positiv einschätzt. Dieses Bild hat sich zwischen 2009 und 2011 nicht grundlegend verändert, obgleich in diesen Zeitraum die sehr zugespitzte Sarrazin-Diskussion fällt (Foroutan 2010; Bade 2013). Einen insgesamt niedrigeren Wert als in den anderen Bereichen weist die Teilhabe im Bildungsbereich aus. Hier werden von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund die Teilhabechancen von Kindern mit Migrationshintergrund in 2009 und 2011 deutlich schlechter beurteilt als die tatsächliche Integration in den Bereichen Nachbarschaft, Soziale Beziehungen und Arbeitsmarkt.

Generell zeigen diese wie auch andere Studien, dass das Zusammenleben von Menschen mit und ohne Migrationserfahrungen in Deutschland gegenwärtig insgesamt als relativ unproblematisch bis gelungen erfahren wird. Dies schließt nicht aus, dass bezüglich spezifischer Brennpunkte und Problemthemen (wie der sogenannten ‚Armutszuwanderung‘ oder bestimmter, religiös motivierter Verhaltensweisen) durchaus dezidiert andere Urteile gefällt und sehr kontroverse Diskussionen geführt werden. Gleichwohl kann für Deutschland insgesamt seit dem neuen Jahrhundert ein Paradigmenwandel auf den Ebenen der rechtlichen Rahmenordnung, der praktischen kommunalen Politiken und auch dem von den Individuen wahrgenommenen alltäglichen Zusammenleben festgestellt werden. Dieser grundlegende Wandel gilt schließlich auch für die Ebene des öffentlichen Diskurses. Migration und Einwanderung wurden in öffentlichen Debatten lange Zeit nur als mit Problemen verbunden wahrgenommen. Die Diskussion um demographische Herausforderungen mag zusammen mit anderen Faktoren (wie den angedeuteten Veränderungen in der Qualifikationsstruktur, den eigenen Migrationserfahrungen eines wachsenden Teils der Wohnbevölkerung in Deutschland und der zunehmenden Normalität von freier Mobilität innerhalb der EU) dazu beigetragen haben, dass Einwanderung und das Zusammenleben mit Menschen aus vielen verschiedenen Ländern und Kulturen heute nicht nur oder nicht in erster Linie als Problem, sondern als Chance diskutiert werden. Dies führt dazu, dass sich auch die traditionellen Vorstellungen und Konzepte von Integration grundlegend verändern.

Weder Assimilation noch Abschaffung des Integrationsbegriffs

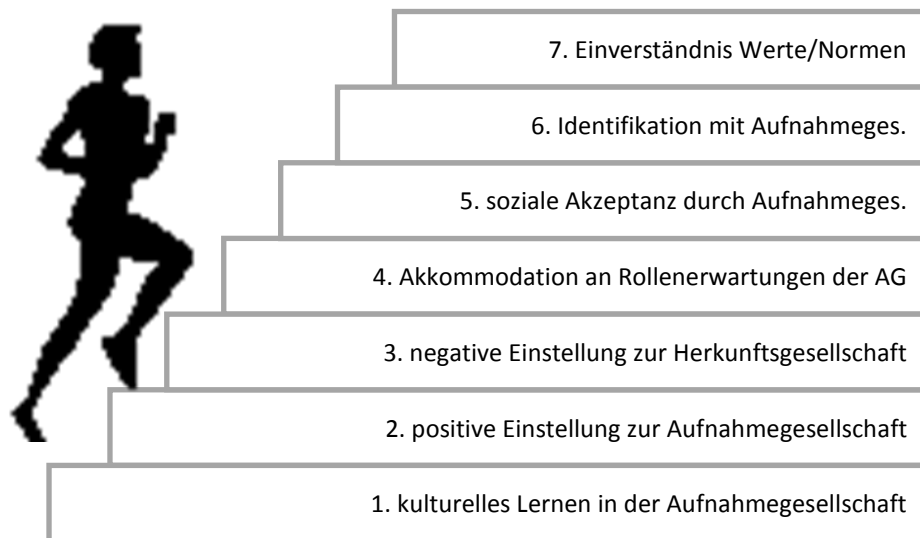
Verbunden mit der Selbstwahrnehmung ‚Deutschland ist kein Einwanderungsland‘ war in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein klassisches Assimilationskonzept, demzufolge sich die Zugewanderten an die bestehende Mehrheitskultur und -gesellschaft anzupassen hätten. Diese Vorstellung beherrschte nicht nur den öffentlichen Diskurs und die Politik, sondern war auch in der Wissenschaft sehr prominent. Das Pendant zu ‚Deutschland ist kein Einwanderungsland‘ war ein monistisches Assimilationsverständnis: *Entweder* ist eine Person in ihrem ethnischen bzw. Herkunftskontext integriert *oder* sie ist in dem Aufnahmekontext inkludiert. Aus diesen beiden Möglichkeiten ergibt sich eine Vierfelder-Matrix, die schon bei vielen US-amerikanischen Migrationsforschern prominent war (Taft 1953). Tabelle 3 gibt die sich daraus ergebenden idealtypischen Formen von gesellschaftlicher Teilhabe wieder.

Tabelle 3: Idealtypische Formen der Inklusion bzw. Teilhabe von Einwanderern

		Inklusion/Teilhabe in Ankunftslandkontext	
		Ja	Nein
Inklusion/Teilhabe in Herkunftskontext	Ja	Integration/ Multiple Inklusion	Segmentation
	Nein	Assimilation	Marginalität

Im monistischen Assimilationsverständnis handelt es sich bei der Inklusion von Zuwanderern um eine Entweder-Oder-Entscheidung: Sie sind entweder im Herkunftsland- oder im Ankunftslandkontext eingebunden. Eine erfolgreiche Inklusion bzw. Teilhabe wird dabei nur in der Assimilation gesehen, also im Aufgeben der Herkunftslandbezüge und im Hineinwachsen in die Ankunftslandbezüge. Nach Taft verläuft diese Form der Inklusion in verschiedenen Stufen und ähnlich dem Hinaufsteigen einer Treppe oder dem Erklimmen eines Gipfels (Taft 1957: 142ff; vgl. Abbildung 1). Dabei gehört zur erfolgreichen Assimilation auch die Entwicklung negativer Einstellungen zu den Mitgliedern und Normen der Herkunftsgesellschaft (vgl. Abbildung 1). Dieses Aufgeben der Inklusion im Herkunftsland bezieht sich dabei auf Kultur, Religion, Sprache, soziale Netzwerke etc.

Abbildung 1: Stufen der (monistischen) Assimilation nach Ronald Taft



Quelle: Eigene Darstellung, die 7 Charakterisierungen nach Taft 1953 und 1957

Ein solches Konzept monistischer Assimilation ist in allen Gesellschaften in der einen oder anderen Form verbreitet, es findet sich auch in zahlreichen wissenschaftlichen Versionen. Wie bereits Taft (1953: 46) hervorhob, spiegelt es sich in den USA z.B. in der Idee einer ‚American Core Culture‘ wider, an die sich alle Einwanderer zu assimilieren hätten. In Frankreich gab das Konzept eines universellen Republikanismus lange Zeit die Richtschnur für Integration vor (Wihtol de Wenden et al. 2013). In Deutschland waren die Modelle einer ‚deutschen Leitkultur‘ und einer ‚christlich-abendländischen Gemeinsamkeit‘ wichtige Referenzpunkte in den öffentlichen Debatten. Tenor war dabei: ‚Eigentlich und im Interesse aller müssen wir Assimilation betreiben. Alles andere kann nicht funktionieren.‘ Ein solches Stufen- und Sequenzdenken war auch in der klassischen Integrationsforschung sehr verbreitet. Im Hinblick auf die Sozialintegration von Migranten unterscheidet Esser z.B. – ganz im Sinne der US-amerikanischen Assimilationsliteratur – die vier Dimensionen der (1) kulturellen Assimilation (Kulturation) im Sinne des Erlernens von Wissen, Fertigkeiten und vor allem der Sprache der Ankunftsgesellschaft, der (2) strukturellen Assimilation (Platzierung) im Sinne der Positionierung im Erwerbssystem und der Verleihung von Rechten, der (3) sozialen Assimilation (Interaktion) als dem Knüpfen sozialer Beziehungen und der sozialen Akzeptanz in der Ankunftsgesellschaft und (4) der emotionalen Assimilation (Identifikation) als der wertorientierten und identifikatorischen Zuwendung zur Ankunftsgesellschaft (vgl. Esser 1999: 24f, 2001: 16f, 2009: 358f).

Ähnlich wie schon im monistischen Assimilationsmodell bei Ronald Taft geht Esser dabei von einer Sequenzfolge des Integrationsprozesses aus: „Die vier Dimensionen hängen in typischer Weise auch kausal zusammen“ (Esser 2001: 17). Kulturation, Platzierung, Interaktion und Identifikation sind als Stufen einer idealtypischen (monistischen) Assimilation gedacht. Ähnliche Vorstellungen monistischer Assimilation liegen vielen kommunalen Konzepten von Integration und Integrationsmonitoring zugrunde. Eine Übersichtsstudie zu den Formen und Inhalten von Integrationsmonitorings kommt zu dem Schluss: „Ein häufig verwendetes, vierdimensionales Integrationsmodell unterscheidet zwischen struktureller Integration (Einnahme von Positionen und Erwerb von Rechten), kultureller Integration (Erwerb von Wissen und Fertigkeiten), sozialer Integration (Aufbau interethnischer Netzwerke und Beziehungen) und identifikatorischer Integration (Entwicklung von Zugehörigkeitsgefühlen)“ (Worbs 2010: 4).

Der Teilhabetypus der Integration bzw. multiplen Inklusion (vgl. Tabelle 3) beinhaltet die *gleichzeitige* Teilhabe an Herkunfts- und Ankunftslandkontexten. Dies kann nach Meinung der Anhänger des Assimilationsmodells nicht funktionieren: „Die Mehrfachintegration ist zwar logisch ein möglicher, faktisch jedoch ein kaum wahrscheinlicher Fall. Sie erfordert ein Ausmaß an Lernaktivitäten und Gelegenheiten, das den meisten Menschen verschlossen ist, und das erst recht bei den üblichen (Arbeits-) Migranten. Dieser Typ der ‚multikulturellen‘ Sozialintegration käme allenfalls für Diplomatenkinder in Frage. Und er ist empirisch in der Tat außerordentlich selten“ (Esser 1999: 21f). Auch in der politischen Diskussion wird Mehrfachintegration von einigen sehr skeptisch gesehen. So erklärte noch im Oktober 2010 die Bundeskanzlerin, ‚Multikulti‘ sei gescheitert.

Dem Modell der monistischen Assimilation wurde in der Migrationsforschung schon seit den 1950er Jahren eines der „pluralistischen Assimilation“ (Taft 1953: 46) entgegengestellt. *Pluralistische Assimilation* ist dabei das, was man in Europa vielleicht ‚multikulturelle Integration‘ nennen würde. Dieses pluralistische Assimilationskonzept geht davon aus, dass weder Individuen noch ethnische Gruppen gezwungen werden können bzw. sollten, ihre Identität und Werte, ihre sozialen Beziehungen und Loyalitäten aufzugeben. Diese sind im Rahmen kollektiver Sozialisations- und Gruppenbildungsprozesse entstanden, sie können nur um den Preis schwerwiegender individueller und kollektiver Identitäts- und Orientierungskonflikte radikal verändert werden. Die Grundidee der pluralistischen Assimilation ist, diese Vielfalt unterschiedlicher Kulturen in einer multikulturellen Gesellschaft nebeneinander bestehen zu lassen. Das Vorrangige sind die unterschiedlichen Referenzrahmen der einzelnen Gruppen (vgl. aus wissenssoziologischer Perspektive ähnlich Soeffner/Zifonun 2008). Am Anfang und im Mittelpunkt steht bei diesem Konzept die Anerkennung der Vielfalt unterschiedlicher Interessen, Gruppen und Kulturen.

Als drittes idealtypisches Modell benennt Taft das der *interaktionistischen Assimilation*. In diesem Fall handeln die unterschiedlichen ethnischen, kulturellen, religiösen etc. sozialen Gruppen in einer Gesellschaft einen gemeinsamen Werte- und Ordnungsrahmen aus, innerhalb dessen aber ansonsten keine vollständige Verschmelzung, sondern ein respektvolles Miteinanderleben stattfindet: „Assimilation is conceived as the process by means of which persons originally possessing heterogeneous frames of reference converge towards common frames of reference as a result of social interaction. (...) Assimilation is thus viewed by us in the light of this two-way interaction with resulting group norms emerging from the interaction of the original norms of the members of both groups.“ (ebd.: 49, 51).

Dies führt zu einem Integrationskonzept, welches sich zwischen den Extremen der monistischen Assimilation einerseits und der pluralistischen Ablehnung des Integrationsgedankens zugunsten einer Laissez-faire-Anerkennung von Vielfalt andererseits bewegt. Eine so verstandene interaktionistische und teilhabeorientierte Integration setzt an der Leitvorstellung einer möglichst chancengerechten Teilhabe aller Menschen und sozialen Gruppen einer Gesellschaft bzw. eines komplexen Verflechtungszusammenhangs von Menschen (Elias 1986) an. Integration ist dann vor allem ein wechselseitiger Verständigungsprozess und eine Einladung zur Teilnahme an allen für wichtig erachteten gesellschaftlichen Aktivitäten und Bereichen. Die Grundidee lässt sich sehr gut unter Bezugnahme auf ein von Berry (1997) vorgeschlagenes Vier-Felder-Schema zur Begründung von vier idealtypischen ‚Akkulturationsstrategien‘ verdeutlichen, welches weitgehend dem in Tabelle 3 entspricht (die inhaltliche Bedeutung der Begriffe Assimilation, Adaption, Akkulturation und Integration schwankt bereits innerhalb der angelsächsischen Literatur sehr stark, sie ist aber von der in Deutschland üblichen Begriffsverwendung noch weiter entfernt).

In seinem bekannten und ältere Arbeiten zusammenfassenden und weiterentwickelnden Aufsatz behandelt Berry den Zusammenhang zwischen Einwanderung, Akkulturation und Adaptation. Ganz im Sinne der interaktionistischen Assimilation von Taft geht es um das Verhältnis und den Umgang zwischen kulturell unterschiedlichen Gruppen. In dieser Konzeption steht nicht die Frage nach einem ‚Entweder-oder‘ (Teil der Herkunftsgesellschaft oder Teil der Ankunftsgesellschaft) im Vordergrund, sondern die Frage nach dem ‚sowohl-als auch‘ der Teilnahme und Teilhabe an unterschiedlichen sozio-kulturellen Gruppen. Für Berry sind das Bewahren kultureller Identität und Charakteristika der ‚nicht-dominanten Gruppe‘ genauso wichtig wie die Teilhabe an anderen gesellschaftlichen oder kulturellen Gruppen der Mehrheitsgesellschaft. Berry geht davon aus, dass nicht zuletzt im Zuge von Migrationsprozessen sehr viele Gesellschaften kulturell plural geworden sind (ebd.: 8).

In solchen pluri-kulturellen Gesellschaften müssen die einzelnen Akteure und kulturellen Gruppen den Umgang mit Andersartigkeit, also mit anderen Einzelnen und kulturellen Gruppen, gestalten. Berry identifiziert zwei grundlegende Probleme, die verschiedene kulturelle Gruppen im Umgang miteinander klären müssen: In welchem Umfang sollen die kulturellen Besonderheiten (der Einzelnen und der Gruppen) aufrechterhalten werden und in welchem Umfang soll Kontakt mit anderen kulturellen Gruppen und Einzelnen gesucht bzw. gepflegt werden. Ausgehend von diesen beiden Dimensionen – ‚Beibehaltung kultureller Identität und Charakteristiken (der nicht-dominanten kulturellen Gruppen)‘ und ‚Kontakt mit und Teilhabe an anderen kulturellen Gruppen bzw. an Gesamtgesellschaft‘ – gelangt Berry zu einem ähnlichen Vier-Felder-Schema wie in Tabelle 3. Für ihn (ebd.: 24) ist aber Integration als Mehrfach-Inklusion nicht nur etwas ‚für Diplomatenkinder‘, sondern die für alle Beteiligten am meisten Erfolg versprechende Strategie: „(...) integration is usually the most successful; marginalisation is the least; and assimilation and separation strategies are intermediate.“

Als ein wichtiger Teil des zu beobachtenden Paradigmenwechsels in der Migrations-Integrations-Diskussion in Deutschland kann gelten, dass auch in der wissenschaftlichen Forschung das assimilationistische Modell zunehmend durch ein pluralistisches und ein interaktionistisches Teilhabeverständnis ersetzt wird. Ein eher pluralistisches Verständnis repräsentiert dabei z.B. die Initiative „Demokratie statt Integration“. Sie hält den Integrationsbegriff für überflüssig und plädiert für dessen Abschaffung: „Wir leben in einer Einwanderungsgesellschaft. Das bedeutet: wenn wir über die Verhältnisse und das Zusammenleben in dieser Gesellschaft sprechen wollen, dann müssen wir aufhören, von Integration zu reden. Integration heißt, dass man Menschen, die in diesem Land arbeiten, Kinder bekommen, alt werden und streben, einen Verhaltenskodex aufnötigt, bevor sie gleichberechtigt dazu gehören. Aber Demokratie ist kein Golfclub. Demokratie heißt, dass alle Menschen das Recht haben, für sich und gemeinsam zu befinden, wie sie miteinander leben wollen. Die Rede von der Integration ist eine Feindin der Demokratie. (...) Wenn Integration irgendetwas bedeuten kann, dann doch nur, dass alle drin stecken.“ (www.demokratie-statt-integration.kritnet.org).

Die Absichten der Unterzeichner des Aufrufs werden vor dem Hintergrund der sehr kontrovers geführten Diskussionen über die wissenschaftlich nicht haltbaren, populistischen und ethnisierenden Kategorisierungen in den Sarrazin-Thesen nachvollziehbar (Hess et al. 2009; Foroutan 2010). Allerdings sollte aus der berechtigten Kritik an den Sarrazin-Thesen und an sehr stark assimilationistisch geprägten Integrationsdebatten nicht der Verzicht auf den Integrations-Begriff insgesamt abgeleitet werden. Denn jede Gesellschaft benutzt und benötigt migrations- und integrationsbezogene Begriffe und Kategorien, nicht zuletzt, um potentielle systematische Chancenungleichverteilungen zu identifizieren, die sich allein aus der Migrationsgeschichte, aus spezifischen Glaubensvorstellungen und Religionspraktiken, aus der Geschlechterzugehörigkeit, aus ethnischen Selbst- oder Fremdzugehörigkeiten

etc. ergeben. All diese ‚Politiken der Bezeichnungen‘ sind ambivalent, sie können sehr zwiespältige oder vielfältige gesellschaftliche Wirkungen entfalten. Dies hat David Hollinger (2000) für die USA ausführlich aufgezeigt.

Dies gilt auch etwa für die in der Mikrozensuszählung von 2005 erstmalig verwendete Kategorie ‚Menschen mit Migrationshintergrund‘. Deren Einführung verdankte sich dem Umstand, dass die bis dahin allein verwendete Kategorie ‚Ausländer‘ völlig unzureichend war, das komplexe Einwanderungsgeschehen in Deutschland und seine gesellschaftliche Verarbeitung auch nur einigermaßen zu erfassen. Denn die vielen Millionen eingebürgerten Einwanderer (aus der Gastarbeitermigration, Spätaussiedler) wurden überhaupt nicht als Einwanderer bzw. Menschen mit Migrationserfahrung erfasst, während umgekehrt die über eine Million in Deutschland geborenen Menschen, die selbst nie internationale Migranten waren, die meistens akzentfrei deutsch sprachen und sich in der einen oder anderen Form mit Deutschland identifizierten, aber nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen, einfach der Kategorie ‚Ausländer‘ zugeordnet wurden.

Die Einführung der Kategorie ‚Menschen mit Migrationshintergrund‘ hat sicherlich sehr ambivalente Wirkungen hervorgerufen. Sie ermöglichte, Deutschland eindeutiger als Einwanderungsland zu charakterisieren, sie half und hilft auch dabei, die Teilhabechancen verschiedener Gruppen, z.B. im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt wesentlich spezifischer zu erfassen. Umgekehrt fühlten sich nun Menschen, die geglaubt hatten, in Deutschland angekommen zu sein, unvermittelt wieder einer Personengruppe zugeschrieben, die überwiegend noch als Problemgruppe in den öffentlichen Diskussionen adressiert wurde. Solchen widersprüchlichen Wirkungen von Bezeichnungspolitikern kann man sich nicht entziehen, indem man vorgibt, auf Bezeichnungen zu verzichten, sondern nur durch eine möglichst sensible und die betroffenen sozialen Gruppen sowie deren Perspektiven einbeziehenden Vorgehensweise (Konferenz IntMK 2011; Ohliger 2007; Pries 2001 und 2013a; SVR 2010).

Das Teilhabekonzept des SVR und einige zentrale Herausforderungen

Der Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration (Zuwanderungsrat 2004) und später vor allem der SVR haben ein Verständnis von Integration entwickelt, das im Lichte der weiter oben genannten Typisierung am ehesten einem interaktionistischen Verständnis entspricht. Integration ist demnach nicht in erster Linie – wie im Assimilationsmodell – auf die individuellen Anpassungsleistungen von Zugewanderten ausgerichtet, sondern auf die von der Gesamtgesellschaft zu schaffenden Chancen einer möglichst gleichberechtigten Teilhabe aller an den relevanten Bereichen gesellschaftlichen Lebens. Integration kann verstanden werden als die „möglichst chancengleiche Teilhabe an den zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, vor allem an Erziehung, Bildung, Ausbildung, Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Gesundheit, Rechts- und Sozialsystem usw. Im Zentrum steht die Chance zur wirtschaftlichen Selbstentfaltung, also die Teilhabe an Wirtschaft und Arbeitsmarkt als Grundlage zu eigenständiger Lebensführung und sozialer Akzeptanz.“⁴

Im Lichte der hier vorgestellten verschiedenen Konzeptionen von Integration ergeben sich fünf Leitsätze für ein offenes, interaktives und aktivierendes Integrationskonzept. Erstens ist Integration keine ‚Einbahnstraße‘ und kein ‚Treppchen‘. Sie folgt nicht einer festgelegten, stufenförmigen Sequenz, sondern ist ein ergebnisoffener Prozess. Dies heißt vor allem, dass weder empirisch belegt wurde

⁴ Vgl. Bade 2009; SVR 2010: 13ff.

noch normativ vorgegeben werden sollte, welche Stufenfolge zu eigenständiger Lebensführung und sozialer Akzeptanz führt. Unbestritten ist eine gute Bildung und Ausbildung eine zentrale Voraussetzung; aber die Bereitschaft, eine Sprache zu lernen oder einen Beitrag, z.B. im Erwerbssystem oder im bürgerschaftlichen Engagement zu leisten, hängt auch stark von der Anerkennung vorhandener Ressourcen (z.B. im Ausland erworbener Bildungsabschlüsse) und Fähigkeiten (z.B. Bi- oder Trilingua- lität) ab. Zweitens sollte Integration nicht als Diktat oder ‚Anpassungskeule‘ einer ‚Mehrheitsgesell- schaft‘ gegenüber irgendwelchen (konstruierten) Gruppen von ‚Anderen‘ verstanden werden. In- tegration ist vielmehr eine Verhandlungssache, bei der es um die Teilhabechancen aller Gruppen eines Sozialgeflechtes geht. Integration in einem erweiterten Sinn betrifft deshalb Deutsche und Nicht-Deutsche, Migrierende und Sesshafte, Reiche und Arme, Frauen und Männer.

Integration ist drittens nicht eine ‚Entweder-oder-Entscheidung‘, sondern eine ‚Sowohl-als-Auch‘- Einladung bezüglich Loyalitäten, Heimatgefühlen, identitären Verortungen und Lebensperspektiven. So, wie niemand gezwungen wird, sich zwischen dem 18. und dem 23. Lebensjahr mit dem Ziel eines ‚echten‘ und nicht ‚gespaltenen‘ Loyalitätsverhältnisses zwischen Vater und Mutter zu entscheiden, so sollte auch Integration in erster Linie als Einladung verstanden werden, sich mit den eigenen indi- viduellen und kollektiven Fähigkeiten einzubringen und auch Verantwortung für das Gemeinwohl zu übernehmen. Viertens ist Integration kein eindimensionaler Zustand sondern ein permanenter und vieldimensionaler Prozess der ökonomischen, kulturellen, politischen und sozialen Teilhabe im Sinne einer aktiven und aktivierenden ‚Mobilisierung von Fähigkeiten‘. Schließlich ist Integration fünftens nicht notwendigerweise eine nur uni-lokale Fixierung im Sinne ‚russischer Puppen‘. Menschen sind zunehmend transnational mobil, sie können sich unabhängig von ihrem Wohnort auch mit dem eige- nen oder dem Herkunftsland ihrer Eltern oder Großeltern verbunden fühlen. Zunehmende transnati- onale Mobilität führt auch zu einer pluri-lokalen Einbindung auf lokaler, nationaler, supranationaler, globaler und transnationaler Ebene. Je stärker eine offene Gesellschaft plurale Formen der aktiven und aktivierenden Teilhabe ermöglicht, desto attraktiver wird sie auf Dauer für Menschen unter- schiedlicher Staatsangehörigkeiten, die diese Werte als Referenzrahmen teilen.

Wenn wir uns auf ein solches erweitertes Integrationsverständnis verständigen könnten, so wird unmittelbar deutlich, dass noch sehr viel zu tun ist. Der zuvor konstatierte Paradigmenwechsel seit dem neuen Jahrhundert ist noch nicht geschafft und abgeschlossen. Vielmehr ist der Wandel im ge- sellschaftlichen Selbstverständnis, in den nationalen, föderalen bis kommunalen Strukturen und Poli- tiken immer noch eher als zartes Pflänzchen zu verstehen. Migration und Integration als voraus- schauende Eröffnung von Teilhabechancen wird eine Gestaltungsaufgabe für die nächsten Jahrzehn- te sein. Dies hängt nicht nur mit den umfassenden demographischen Herausforderungen zusammen, die die Bevölkerung in Deutschland selbst bei einer jährlichen Nettoeinwanderung von zweihundert bis vierhundert Tausend Menschen bis zum Jahre 2050 um etwa zehn Millionen Einwohner schrumpfen lässt. Es sind auch Veränderungsprozesse zu berücksichtigen, die das Zusammenleben der Men- schen in den nächsten Jahrzehnten nachhaltig verändern werden.

Hierzu gehört etwa, dass die Formen grenzüberschreitendes Lebens und der Mobilität immer vielfäl- tiger und komplexer werden. Migration und Integration wurde ein Jahrhundert lang vor allem als Modell der klassischen Auswanderung und Einwanderung diskutiert: Jemand packt seine Koffer, geht in ein anderes Land und bleibt dann dort für immer. Dieses Modell bildet aber nur einen Teil der Wirklichkeit ab. Wanderungsprozesse werden immer vielfältiger. So gibt es in wachsendem Umfang komplexe Pendel- und Kettenwanderungen mit stark variierenden Zeithorizonten. Dies betrifft z. B. befristete Studienaufenthalte etwa im Rahmen des Erasmus-Programms, mit dem Millionen von

Studierenden für in der Regel ein halbes Jahr in ein anderes Land wechseln (Teichler et al. 2011). Es bezieht sich aber auch auf die immer differenzierter werdenden Formen der internationalen Arbeitsmobilität sowohl zwischen als auch innerhalb von Unternehmen und anderen Organisationen (Pries 2010; SVR 2013).

So hat sich die Anzahl von sogenannten Expatriates, also von für drei bis fünf Jahre in ein anderes Land entsandten Fach- und Führungskräften, in verschiedenen Unternehmen in weniger als einem Jahrzehnt verdoppelt. Hierdurch werden auch die Erwerbsverläufe vieler Menschen transnational, abzulesen u. a. an neueren Daten aus der gesetzlichen Rentenversicherung (gRV): „Knapp jede fünfte neue Altersrente ist im Jahr 2009 von mindestens einem nationen-übergreifenden Aspekt betroffen. Es handelt sich also um einen ausländischen Staatsangehörigen, eine Fremd- oder Vertragsrente oder der Wohnort des Rentenbeziehenden befindet sich im Ausland.“ (Himmelreicher/Scheffelmeier 2012: 21).

Deutlich wird, dass Menschen zunehmend grenzüberschreitend mobil sind. Die klassische Form der einmaligen und dauerhaften Ein- und Auswanderung ist nur noch ein Typus in der immer breiter werdenden Palette transnationaler Mobilitätsprozesse. Außer den zukünftig sich verstärkenden transnationalen Erwerbsverläufen gewinnen weitere transnationale Migrationen an Bedeutung, z. B. die Alterswanderung. Für Deutschland bezieht sich dies sowohl auf die im Alter in ihr Herkunftsland zurückkehrenden bzw. weiterhin pendelnden ‚Gastarbeiter‘, als auch auf deutsche Staatsangehörige, die ihren Alterssitz vorübergehend, teilweise oder dauerhaft in ein anderes, meist südliches Land verlegen (Laubenthal/Pries 2012). Auch die Grenzen zwischen sedentärer Lebensweise, Tourismus und längeren Lebensphasen des ‚mobilen Welterlebens‘ werden immer fließender. Menschen nehmen sich eine ‚Auszeit‘ und verbringen längere Zeit im Ausland.

Vor dem Hintergrund der skizzierten Globalisierungs- und Transnationalisierungstendenzen stellen sich weitergehende Anforderungen an die Diskussion von Integrationskonzepten. Denn wenn grenzüberschreitende Mobilität in ihren verschiedensten Formen zunimmt, dann lösen sich auch die Grenzen zwischen Migration und Integration tendenziell auf. Worin denn soll eine transnational hochmobile Person integriert werden, wenn die klassischen Nationalgesellschaften durch die vielfältigen Internationalisierungsprozesse sich zwar nicht auflösen, wohl aber immer stärker ‚durchlöchert‘ werden (Pries 2008)? Innerhalb der EU ist schon heute eine vollständige Personenfreizügigkeit gegeben – dadurch verlieren viele Formen der grenzüberschreitenden Ausbildungs-, Arbeits- und Altersmobilität den Charakter klassischer Migration. Entsprechend stellt sich die Frage: Muss nicht auch das Thema der gesellschaftlichen Teilhabe in einem Mehrebenenbezugsrahmen von möglicherweise pluri-lokalen Wohn- und Lebensräumen, nationalen wohlfahrtsstaatlichen Regulierungssystemen und europäischen Rahmenregelungen diskutiert werden?

Die zunehmende Bedeutung eines transnationalen Teilhabe- und Mobilitätsverständnisses zeigt sich schon heute bei den Problemen der Anerkennung von Bildungsabschlüssen aus anderen Ländern oder der Portabilität von Sozialversicherungsleistungen aus einem Land in ein anderes. Je mehr Menschen über die Grenzen von einzelnen nationalstaatlichen ‚Containern‘ hinweg dauerhaft oder für bestimmte Lebensphasen mobil sind, je stärker die sozialen Beziehungen und die Sozialräume der Menschen über Ländergrenzen hinweg sich aufspannen, desto stärker können auch die Fragen der Integration nicht mehr nur in einem lokalen oder nationalen Bezugsrahmen diskutiert werden. Integration als aktive und aktivierende Teilhabe an den wichtigen Bereichen gesellschaftlichen Lebens ist weiterhin von zentraler Bedeutung. Weder monistische Assimilationskonzepte noch eine Abschaf-

fung des Integrationsbegriffes sind brauchbare Alternativen. Wenn sich das gesellschaftliche Leben nicht mehr (oder immer noch nicht) in fein separierten nationalstaatlichen Schachteln abspielt, dann muss auch die Frage der gesellschaftlichen Teilhabe daran in einen breiteren transnationalen Bezugsrahmen gestellt werden (Soysal 1994).

Mobilität und Teilhabe als Elemente einer europäischen und globalen Sozialpolitik

Diese Frage stellt sich gerade in Europa sehr konkret, etwa im Hinblick auf die freie Mobilität und die damit mögliche Armuts- oder auch Reichtumswanderung zwischen europäischen Ländern. Innerhalb der EU haben wir sehr ausgeprägte Unterschiede in den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, dem Wohlfahrtsniveau der Gesamtbevölkerung und der Reichtumsverteilung zwischen sozialen Klassen, aber auch im Hinblick auf die Leistungen der öffentlichen Wohlfahrt und auf die Besteuerung von Vermögenden. All dies stimuliert die unterschiedlichsten Formen der EU-Binnenmigration, über die die Nationalstaaten fast keine Kontrolle mehr haben. Die Armutsmigration aus Bulgarien und Rumänien in andere EU-Mitgliedsländer ist hier ebenso ein Beispiel, wie die ostentative Verlagerung von Wohnsitzen reicher Franzosen nach Belgien wegen Steuererhöhungen durch die Hollande-Regierung. Schließlich gehört zum Thema der Migration und Integration auch der Aufbau eines tatsächlich wirksamen europäischen Systems der Schutzgarantien für Flüchtlinge und Asylsuchende.

Wenn in Deutschland oder Europa das Thema Migration und Integration nur aus der utilitaristischen Perspektive der Kompensation von demographischen und Arbeitsmarktproblemen behandelt würde, dürften sich diese kaum als längerfristig attraktive Einwanderungsregionen erweisen. Das Thema Schutz für Flüchtlinge und Asylsuchende oder die Herausforderung sozialer Gerechtigkeit innerhalb Europas nach dem St. Florians-Prinzip einfach als Problem auf andere abzuschieben, schafft keine Glaubwürdigkeit. Armenfürsorge, soziale Gerechtigkeit, Sozialreform und soziale Sicherung waren Grundpfeiler seit der Nationalstaatsbildung in Deutschland. Aspekte von Sozialreform und Sozialpolitik, von sozialem Ausgleich und wohlfahrtsstaatlichem Engagement für die besonders Bedürftigen, aber auch von demokratischer Partizipation und Eröffnung von Teilhabechancen sind unverzichtbarer Bestandteil des europäischen Erbes und des europäischen Versprechens. Schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts unterstrich Gustav Schmoller (1904: 553[1011]) die Notwendigkeit von Sozialreform, Integration und Partizipation für die Arbeiter:

„Die Vorstellung, daß die ganze politische und berufliche Organisation der Arbeiter ein Übel sei, verkennt, daß man die von unten aufsteigenden Klassen, wie einst die Zunftmeister, später die Gesellen, nur durch solche Organisationen vernünftig machen und erziehen kann, daß sie nur hierdurch Führer bekommen, denen sie gehorchen, die mit der Staatsgewalt und den übrigen Klassen wenn nicht schon heute, so doch künftig unterhandeln. Es giebt nur eine Wahl: entweder man drückt die ganze Arbeiterwelt wieder auf das Niveau von rechtlosen Sklaven und Hörigen herab, und das ist unmöglich, oder man erkennt sie als gleichberechtigte Staatsbürger an, läßt sie sich dann aber auch organisieren, räumt ihnen den Einfluß ein, den sie brauchen, um ihre Interessen zu wahren. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß nur diese Organisation der Arbeiter die Regierenden und die Besitzenden so nachdrücklich an ihre sozialen Pflichten erinnerte, daß eine ernste Socialreform in Angriff genommen wurde; die sich geltend machenden Stimmen der Wissenschaft, der Kirche, der Humanität waren in den Tagen des Tanzes um das goldene Kalb viel zu schwach.“

Die hier beschworene Unausweichlichkeit der Eröffnung von Teilhabechancen gilt heute genauso wie zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Von diesen Teilhabechancen lässt sich auf Dauer – das unterstrich schon Schmoller – keine soziale Gruppe ausschließen. Nachdem die ‚bürgerliche Sozialreform‘ (Bruch 1985) in vielen europäischen Ländern während des 20. Jahrhunderts auf der nationalstaatlichen Ebene in der einen oder anderen Form durchgesetzt wurde, steht sie im 21. Jahrhundert als europäische und globale Aufgabe ganz oben auf der Tagesordnung.

Literatur

- Bade, K. J. (2000): Europa in Bewegung. Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart. München: Verlag C.H. Beck.
- Bade, K. J. (2009): Wirtschaft und Arbeitsmarkt als Integrationsmotor. Statement auf dem Integrationskongress der FDP-Bundestagsfraktion, Wege zu einer erfolgreichen Integration, Berlin, 29.6.09. Verfügbar unter: http://kj Bade.de/bilder/Berlin_Wirtschaft_und_Arbeitsmarkt_FDP
- Bade, K. J. (2013): Kritik und Gewalt. Sarrazin-Debatte, ‚Islamkritik‘ und Terror in der Einwanderungsgesellschaft. Schwalbach: Wochenschau Verlag
- Berry, J. W. (1997): Immigration, Acculturation, and Adaptation (Lead Article). In: Applied Psychology: an international review, Vol. 46 (1), pp. 5-68
- Bruch, R. vom (Hrsg.), 1985: Weder Kommunismus noch Kapitalismus. Bürgerliche Sozialreform in Deutschland vom Vormärz bis zur Ära Adenauer. München: C.H. Beck
- Elias, N. (1986): Was ist Soziologie? Weinheim/München: Juventa Verlag (5. Aufl.)
- Esser, H. (1999): Inklusion, Integration und ethnische Schichtung. In: Journal of Conflict and Violence Research, Vol. 1 (1), S: 4-34. Verfügbar unter: <http://www.uni-bielefeld.de/ikg/jkg/1-1999/esser.pdf>
- Esser, H. (2001): Integration und ethnische Schichtung. Arbeitspapiere Nr. 40. Mannheim: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung
- Esser, H. (2009): Pluralisierung oder Assimilation? Effekte der multiplen Inklusion auf die Integration von Migranten. In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 38 (5), S. 358-378
- Foroutan, N. (2010): (2: Sarrazins Thesen auf dem Prüfstand: Ein empirischer Gegenentwurf zentraler Thesen Thilo Sarrazins mit Bezug auf Muslime in Deutschland. Berlin: Universitätsbibliothek der Humboldt-Universität zu Berlin
- Gesetz über Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung, 16. Juli 1927, online verfügbar unter: http://www.1000dokumente.de/pdf/dok_0225_avg_de.pdf
- Herbert, U. (1986): Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1880 bis 1980. Berlin/Bonn: Dietz
- Herbert, U. (1999): Fremdarbeiter: Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches. Bonn: Dietz
- Hess, S./Binder, J./Moser, J. (Hrsg.) (2009): No Integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte. Bielefeld: transcript
- Himmelreicher, R. K./Scheffelmeier, T. (2012): Transnationalisierung und Europäisierung der Altersrente? Entwicklung beim Zugang in Altersrente in Deutschland (1993-2009). Berliner Studien zur Soziologie Europas, Arbeitspapier Nr. 26. Berlin: Freie Universität Berlin
- Hollinger, D. A. (2000): Postethnic America: Beyond Multiculturalism. New York: Basic Books
- Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister/Senatorinnen und Senatoren der Länder (IntMK) (2011): Erster Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder 2005 – 2009.

- Berlin/Düsseldorf: Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister/Senatorinnen und Senatoren der Länder (IntMK)
- Laubenthal, B./Pries, L. (2012): Alter und Migration – eine transnationale Perspektive. In: Baykarakrumme, Helen/Motel-Klingebiel/Schimany, Peter (Hrsg.), *Viele Welten des Alterns. Ältere Migranten im alternden Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 385-410
- Ohliger, R. (2007): Zuwandererintegration und -monitoring in Deutschland: Ergebnisse im Rahmen eines europäischen Projekts. In: *Berliner Beiträge zur Integration und Migration. Indikatoren zur Messung von Integrationserfolgen. Ergebnisse des transnationalen Projekts Indikatoren für die Zuwandererintegration*. Berlin: Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, S.18-28
- Pries, L. (2001): Migration und Integration in Zeiten der Transnationalisierung oder: Warum braucht Deutschland eine "Kulturrevolution?". In: *Zeitschrift für Migration und soziale Arbeit*, Heft 1, S. 14-19
- Pries, L. (2008): *Die Transnationalisierung der sozialen Welt. Sozialräume jenseits von Nationalgesellschaften*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Pries, L. (2010): Internationalisierung von Arbeitsmobilität durch Arbeitsmigration. In: Böhle, Fritz/Voß, Günter G./Wachtler, Günther (Hrsg.), *Handbuch Arbeitssoziologie*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 729-747
- Pries, L. (2013a): *Shifting Boundaries of Belonging and New Migration Dynamics in Europe and China*. Houndsmills: Palgrave
- Pries, L. (2014): Weder Assimilation noch Abschaffung des Integrationsbegriffs – für ein transnationales Mobilitäts- und Teilhabeverständnis. In: Krüger-Potratz, Marianne/Schroeder, Christoph (Hrsg.), *Vielfalt als Leitmotiv*. Göttingen: V&R unipress, S. 17-36
- Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Migration und Integration (SVR) (2010): *Einwanderungsgesellschaft 2010. Jahresgutachten 2010*. Berlin: SVR
- Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Migration und Integration (SVR) (2012): *Integration im föderalen System: Bund, Länder und die Rolle der Kommunen. Jahresgutachten 2012 mit Integrationsbarometer*. Berlin: SVR. Verfügbar unter: http://www.svr-migration.de/content/wp-content/uploads/2012/05/SVR_JG_2012_WEB.pdf
- Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Migration und Integration (SVR) (2013): *Erfolgsfall Europa? Migrations- und integrationspolitische Folgen und Herausforderungen der EU-Freizügigkeit für Deutschland. Jahresgutachten 2013*. Berlin: SVR
- Schmoller, G. (1904): *Grundriß der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre. Zweiter Teil (Erste bis sechste Auflage)*. Leipzig: Duncker Humblot.
- Soeffner, H./Zifonun, D. (2008): Integration – An Outline from the Perspective of the Sociology of Knowledge. In: *Qualitative Sociology Review*, Vol. IV (2), S. 3-23
- Soysal, Y. N. (1994): *Limits of Citizenship. Migrants and Postnational Membership in Europe*. Chicago: University of Chicago Press
- Taft, R. (1953): The Shared Frame of Reference Concept Applied to the Assimilation of Immigrants. In: *Human Relations*, Vol. 6, pp. 45-55
- Taft, R. (1957): A psychological model for the study of social assimilation. In: *Human Relations*, Vol. 10 (2), pp. 141-156
- Teichler, U./Ferencz, I./Wächter, B. (Eds.) (2011): *Mapping Mobility in European Higher Education. Volume I: Overview and Trends. Volume II: Case Studies*. Bonn: Deutscher Akademischer Austauschdienst (Dok + Mat, Vol. 69 and 70). Brussels: European Commission/ Directorate General for Education and Culture. Verfügbar unter: http://ec.europa.eu/education/erasmus/doc922_en.htm

- Wienfort, M. (2000): Rezension zu: Fahrmeir, Andreas: Citizens and Aliens. Foreigners and the Law in Britain and the German States 1789-1870. New York/Oxford, in: *H-Soz-u-Kult*, 03.12.2001. Verfügbar unter: <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/id=641>>.
- Wihtol de Wenden, C./Salzbrunn, M./Weber, S. (2013): Beyond Assimilation: Shifting Boundaries of Belonging in France. In: Pries, Ludger (Ed.), *Shifting boundaries of belonging. New migration dynamics in Europe and China*. Houndsmills: Palgrave, p. 26-54
- Worbs, S. (2010): Integration in Zahlen. Vergleich von sechs Ansätzen. In: Dossier Migration. Bundeszentrale für politische Bildung (BpB). Verfügbar unter: <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/57246/sechs-ansaeetze?p=all>
- Zuwanderungsrat (Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration), Berlin 2004: Migration und Integration – Erfahrungen nutzen, Neues wagen. Jahresgutachten 2004. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Integration. Verfügbar unter: http://archiv.dstgb.de/homepage/kommunalreport/archiv2004/newsitem00997/997_3_1092.pdf

Labour and mobility of Roma women of Plovdiv area

Aneliya Avdzhieva

This contribution presents parts of my work during the last four years about Roma women of Plovdiv area and their roles, images, mobility choices, and labour. I started my study as a BA student in summer 2010 during the obligatory fieldwork that was part of my education. I conducted it in three neighbourhoods in Plovdiv city and later extended the study through including two villages in the Plovdiv area. The research was presented in my two theses – one for my BA and the other for my MA degree in Ethnology at the Plovdiv University. I was interested in the position of Roma women – what was its nature, has it changed, and if so why? In approaching these questions, I engaged with the labour mobility of women focusing on trade as labour of the Roma women in Plovdiv, which could be observed in the streets of the neighbourhoods they live in.

There are many arguments about how the representatives of the community should be called. The term Roma is internationally accepted at the First International Romani Congress in London in 1971. Some of the Roma to whom I spoke identified themselves as Tsigani (Gypsies), others named themselves as Turks, third part was saying they are from THE 'Minority' or from the 'coloured', yet some others identified on the basis of the religion they practice. I met some difficulties in labelling the people I interviewed, so I mostly used Tsigani and Roma in my work without expressing any kind of attitude or position related to its symbolism (negative or positive).

Roma are a specific ethnic group, which is described by some Romani scholars in Bulgaria as community with a clear intra-division (Marushiakova/Popov: 1997, 2010). They are the second biggest minority in Bulgaria after Turks. According to the official data provided by the 2011 Census Roma accounted 4.9% of the total population of Bulgaria (which was 7.364.570), but unofficially their share within the population is perceived to be at least twice.

According to a Romani scholar – Yosif Nunev who belongs to Roma community himself, 'On the top of the Roma hierarchy of values is the idea of freedom.' (Nunev 1998: 30) Considering this statement it could be suggested that Roma people's flexibility helps them to retain and use their freedom. It is considered that Roma community is organized on the basis of patriarchal principles, which, according to many scholars, still play a major role in everyday life of Roma today. The family is regarded as the main element and value, as basic functional unit in this type of community organization, 'It stands next to the love of freedom, which goes hand in hand.' (Nunev 1998: 30) With regard to the professions of their members Roma community is traditionally divided in more than 60 different groups in Bulgaria (Marushiakova/Popov 2010; Pamporov 2006). Most of these professions are no longer practiced today and their representatives do not use this division for a means of identification any longer. With respect to religious beliefs and confession, Roma may be: Orthodox Christians, Protestants (Evangelists) and Muslims. Romani scholars divide Roma in four big groups on the basis of confession, ethnicity, language and professions. These are: Dassikane (Dasskane) Roma, Horahane (Xoraxane) Roma, Kaldarashi/Kardarashi/Kerderashi, Kalaydzhi and Rudari/Ludari (Pamporov 2006; Tomova 1995; Marushiakova/Popov 1997).

Another specific characteristic of Roma community is the internal communication network, which is organized in order to fulfil different needs. The networks (not only internal but also external) observed among Roma are organized on the basis of family organization, friends and professionaliza-

tion exclusively. This allows the exchange of different capitals due to the relationships between the Roma representatives (i.e. cultural, social, symbolic, economic etc. capital). The social networks are extremely advanced and complex and are separated into different levels due to the frequency of circulation and the type of the exchanged capital. However, the family is the main 'arena' in which they are exchanged.

According to the 2011 Census, the population in Plovdiv area covers a total of 620.373 residents. From them the Bulgarians are 540.303 – 87%; Turks – 40 255 (6.5%); and Roma – 30.202 (4.9%). Most of the Roma people in Plovdiv are Muslims and claim to be of Turkish origin. Regardless of their self-identification, the majority of non-Roma Plovdiv population identifies them as Roma people, Tsigani, or Turkish Tsigani, Turkish Roma on the basis of their religion, language and appearance.

Considering the information on the website of Plovdiv Municipality the population in Plovdiv is ethnically diverse. In addition to the Bulgarians, who build the majority of the population, other ethnic groups like Turks, Greeks, Armenians, Jews and Roma reside in the Plovdiv area as well. Following the information on the Website, there are four ethnic neighbourhoods – Hadji Hassan Mahala, Sheker Mahala, Harman (Arman) Mahala and Stolipinovo⁵. In the website the information about the neighbourhoods is provided by the Wikipedia, which constructs a perspective and builds a perception for the ones who are interested in them. There is no official information, but only discussable data due to the language usage that I will present in the further page⁶.

Hadji Hassan Mahala is located close to the city centre and is one of the oldest neighbourhoods in Plovdiv. The information goes like this: 'it is the third biggest Roma ghetto in Plovdiv. With a population of 8.000, residents generally regard themselves as being of the Turkish ethnicity. They do not identify themselves as part of the communities living in Stolipinovo and Sheker Mahala.'⁷ Sheker Mahala is located at the North-Western periphery of Plovdiv. According to the information in Bulgarian language version of Wikipedia about 10.000 Roma live there, but only 2.000 admit their ethnicity while others identify themselves as Turks. It is qualified as the second biggest ghetto of Tsigani in Plovdiv. Harman (Arman) Mahala is located at the northern part of the city and is described as the smallest neighbourhood populated by Tsigani – about 1.000. It is the fourthly biggest Roma ghetto in Plovdiv, Bulgaria. It is located in the northern part of the city near the road to Karlovo. It is the smallest living area of ethnic minority representatives, comprising around 2.000 people.'⁸ The fourth neighbourhood, Stolipinovo, is located in the North-East part of the city. In Bulgarian version it is presented as the biggest urban ghetto in Bulgaria with about 40.000 population belonging to the ethnic group of Tsigani, both Christians and Muslims (and last ones claim to be Turks). In English the information is very detailed, but in general it 'is a district of the Bulgarian city of Plovdiv and the most populous predominantly Romani-inhabited district on the Balkans with a population of about 20.000 people. It is a ghetto located on the outskirts of the city, in its north-eastern part on the right bank of the Maritsa. Stolipinovo differs from other Roma communities in Bulgaria as only 5.000 inhabitants identify themselves as Christian and Romani-speaking Roma ('Dassikane Roma'), whereas the Muslim and Turkish-speaking majority claims to be of Turkish origin ('Xoraxane Roma').'⁹

5 See <http://www.plovdiv.bg/about-plovdiv/population/> .

6 The motivation to present information by Wikipedia is intentional and serves to the aim of the paper, even though this is not a reliable source in the academics.

7 See Wikipedia, Hadji Hassan Mahala.

8 See Wikipedia, Arman Mahala.

9 See Wikipedia, Stolipinovo.

About Roma women's roles, images and mobility choices

A Roma woman is bound to several main life moments, all of them based on the cultural specifics of this ethnic group. Some of these events are birth and wedding. Her image is captured in the family framework, which does not depend on the confession of the groups. Muslims or Christians, Roma 'imprison' the woman in the family and home, as this is her symbolic space of inhabitation. As one of my respondents says, for Roma 'the good quality of woman is the housewife-woman' (interview with A. Karagyzov, Stolipinovo, 2011).

The discussions about the position of women and their confinement in home continue to increase. There are numerous European programs which aim at education of Roma women who are often prevented from attending school after sixth grade (12 years old) because of the fear to be stolen by a boy (for marriage), and thus they do not even complete primary education. However, an empirical study by Hristo Kyuchukov conducted in 2006 among 630 Roma women from various Roma groups in the age between 16 to 45 years gives evidence that 84% of them think that education is an important criterion in job-hunting (Kyuchukov 2006)¹⁰.

The dominant interpretation of women's position in the family and society by the institutions of the majority is that the exclusion of women from education leads to their isolation from the labour market for skilled workers. Unlike boys, who in many cases attend schools with vocational orientation, the girls are locked up at home and get married soon. In most of the cases the young daughter-in-law begins her new life in the house of the boy's parents, where often a strict control of the family members. Thus, the young woman has to integrate into the hierarchy imposed by the extended family, the most common type of family organization among Roma, where at least three generations live together¹¹.

According to the data provided in a survey from 2007 (Kyuchukov 2007) amongst 630 women, who live in a village, in a town, in a city (former regional centre) and in a capital: 'the highest is the percentage of working women, who are widows/divorced and of the ones who are married. Lower is the percentage of the single mothers and the unmarried women.' (Kyuchukov 2007: 177) Moreover, 'Most of the studied Roma women are permanently unemployed. The reason for that in a large number of cases is the lack of professional education/skills and for those who have such they usually are in areas for which no specialists are sought.' (Kyuchukov 2007: 178) One of the main conclusions of this survey is that: 'The proportional dependence between the labour employment of Roma women and their solicitude of family feeding is noticeable.' (Kyuchukov 2007: 178)

The important issues for my study were the borders and the boundaries in Roma women's world. Mobility means crossing borders – of home, neighbourhood, city and country. Much more crucial was the crossing of one main symbolic boundary – 'pure – dirty'. Women are meant to be able to contaminate their husbands and family by transition from purity to shame through the contact with the unknown, the other man. In the Mediterranean world and in some parts of the Balkans 'shame – honour' complex is also observed. According to Sandra Busatta (2006), Michael Herzfeld (1980: 339) correctly argues that 'the terms 'honour' and 'shame' have been used to represent an enormous variety of local, social, sexual, economic and other standards.' (Busatta 2006: 75) Women's ability to contaminate men might be explained through their images and roles in the community.

¹⁰ About the problem of Roma women education level see Kyuchukov 2006; Petkova.

¹¹ For the types of the Roma families see Nunev 1998.

Very important for the image of Roma women in the community is their symbolic purity. This purity of a woman – to be a good housewife, to be faithful to her husband, to cherish his and his family's opinion, not to have contact with foreign man, to raise the children and to educate them properly – is one of the most important marks, that determine male's honour in the community, that empowers him and determines the honour of the family, basis of its position in the social hierarchy at the neighbourhood and the community. When a woman crosses the symbolic boundary from pure to dirty she contaminates not only herself, but also her husband, her children (in case she has any) and her family in general.

Male-female gender dichotomy lies at the basis of the social and cultural specifics of the Roma community if it is thought to be of traditional patriarchal type. Traditionally linked to nature, to home, to household the woman is 'captured' to the environment of the family. Men, on the other hand, are linked to culture, to the public space and affairs. Female must submit to the masculine dominance, based on the male possessing of symbolic capitals and power (Pamporov 2004, 2006). Male's roles are considered to be bound to securing income for the family, as female's roles to maintaining household and the preservation of the cultural characteristics of the group. The gender division of male and female spaces contributes to the perception of the female role in the social environment.

Mobility of Roma Women

Two main patterns of labour mobility of Roma women in Plovdiv area can be observed. The internal mobility in the country does not lead to a change of women's position in the community, but gives them symbolic capital, that helps for their legitimacy amongst those groups and strengthens their position in the social hierarchy. The external mobility is related to the crossing of the border of the state and has its characteristic consequences. It is referred to two directions – Western Europe and South-East European corner. According to the Open Society Institute in Bulgaria, 'Bulgaria is the only country in the European Union that does not have a comparative annual statistic for migration.' (Open Society Institute 2010: 52)¹² and information about the number of Roma women migrants cannot be provided.

Mobility to the South-East (Turkey)

On the mobility to the South-East, namely to Turkey, women are usually practicing trade. Basically oriented to Turkey this model of women's labour mobility is well accepted by the community and is even tolerated because of its massive performance. Many of Roma in the three neighbourhoods where I conducted my fieldwork were professionalizing trade with textile commodities, detergents and cigarettes. This 'craft' not only brings income but also provides prestige for the ones who practice it.

Women who cross borders in the Balkan Peninsula made their trips following several different models: travelling individually – by using international mass transport (like buses and trains) or with their families, by car. Crossing border is often done together with another family member – mainly the husband or son, as a means of 'control' but also as a means of checking female behaviour, thus legit-

¹² Cited from Krasteva 2011.

imizing the woman's 'purity' and as a protection against external factors like contacts with the other, the unfamiliar (man), and the possibility of breaching the purity that can be easily passed even in a simple conversation. By accompanying woman the man defends his personal 'honour' to ensure and strengthen his position in the community.

There are two basic reasons that motivate women to travel to Turkey. The first is the symbolic identification to many of the Roma with Turks, having the self-consciousness of carriers of Turkish culture and that they speak Turkish language. The second is an economic one – the unemployment of Roma in Bulgaria is massive and the temporary labour mobility to Turkey is one of the essential sources for the household income.

Despite the fact that this model of mobility is familiar to Roma, it also has its negative consequences. One of my respondents in Hadji Hassan Mahala shared that the very crossing of the territorial border guaranteed the appropriation of 'dirty' characteristics due to the contact (presence of) with the unfamiliar man. In most of the cases the woman trader travels alone. In case she practices this for a long time, there is always a doubt whether she had contaminated hers or her family's honour. Notwithstanding this, she is not accepted in negative but in positive terms usually and this pattern is well-accepted among Roma people.

Mobility to the European West

Travelling to Europe does not go hand in hand with the same recognition like travelling to Turkey. The former is associated with practicing prostitution. Cultural differences and a lack of knowledge about the Western European countries contribute to a negative perception of labour mobility of Roma women to the West. By crossing the borders of the countries women are crossing the symbolic 'pure-dirty' boundary. Women in the Roma culture are object of several ritual purifications that legitimate their status in the community. The idea of purity is expressed for example through the division of the female body into two halves – upper and lower – in some Romani groups, characterized by various rituals of purifying or tabooing of separate body parts. This tabooing of female's body parts is determined by two definitions. It could be considered that prostitutes contaminate the body's lower part. Therefore the body is dirty and so is her personality, while women practicing trade works with their head – thinks, bargains, estimates, i.e. with the body's upper part, which is distinctive to men.

The results of the in-depth analysis of interviews which I conducted with the Roma representatives report an overall acceptance of the believe that women, who travel to Europe alone (that is, without the company of another person) are inevitably dealing with prostitution, regardless of what they say. The opinions of women in Roma community confirm that: '... If she was a good mother, you wouldn't go to Germany – she is a whore!' (Woman, 27 years, Sheker Mahala, 2010) And also: 'Do you know what kind of women go to work in the West? There work these women who are hitch-hikers. These women work in the West.' (Woman, 51 years, Stolipinovo, 2010) Since the direction of mobility to the West was linked to practicing prostitution, it was not tolerated by my interview partners. In their perception, the only exception was to migrate with family or in company of other community members: such mobility was perceived as honourable and was collectively accepted by the Roma community.

The women who 'go to the West' become part of the 'second hand' women. Though they are not ostracized by the group, they take place on a lower level of the social hierarchy. These 'second hand' women are perceived as anomaly and are condemned by the other Tsigani, who stand aside and try to avoid them and this contamination norm applies to those women's offspring as well. This hinders the integration of younger boys and girls into the Roma community and might make the opportunity to find a 'decent' marital partner in the future very difficult putting them the 'notorious' label. However, finding such a partner is considered to be one of the fundamental goals in Roma culture.

Reasons for mobility

The main reasons for the mobility of Roma women and for their inclusion in one or another stream of mobility are determined by the economic factors, the personal motivation, they present an attempt to escape from a certain context, as well as more common conditions as humbugging in certain situations, or searching of a new life different from the present one.

The economic factor is the main and results from the low rate of employment of the representatives of the Roma community¹³. For example, in one case in the Sheker Mahala¹⁴, the mother was going to Turkey and was engaged in trade because that was the only way for her to provide income for the survival of her large family. Her daughter told me: 'Because my father was always drunk, he was always gambling. He was stealing the money, he was gambling. [...] my mother was always travelling. [...] Mostly my mother was wandering to Turkey.' (Woman, 27 years Sheker Mahala, 2010)¹⁵

The causes for labour mobility of Roma women to the West do not differ much: 'Well look, there are women go, they do not have house for their children. Cause she was very hungry. There are women who go for fun, cause she loves the pimp. And to work for him, not to leave her the boy. Thus, there are many of the girls from ours. In general, girls from here are stolen as well. [...] To make money, to be together, not to be alone. Not to hang her up another boy. Cause there are some of the girls that work for themselves there. There are girls that are afraid, they go there for the first time and they want someone to be with them, to find her lodgings, cause when she goes there the first day, she knows, or she doesn't know there anywhere, and if she is with a man, he shows where accommodation could be found.' (Woman, 27 years Sheker Mahala, 2010) Similar was the explanation of a woman trader from Stolipinovo who explained that women who migrate to the West did it because of 'poverty' and because 'men do not support them'.

Conclusion

According to a report of the European Commission: 'Millions of the European citizens from Roma origin are object of permanent discrimination (on personal and institutional stage simultaneously) and of large-scale social isolation', they live in risk of poverty, unemployment, inflicted stereotypes and prejudices.' (Cited in Yorgova, Lukanova, et al. 2011: 132) This statement and the fact that 'The

¹³ This is one of the main reasons for emigration from Bulgaria, generally speaking and going beyond any ethnic or religious differences.

¹⁴ This is the case of my interlocutor and her family.

¹⁵ Translation of the quotes from the interviews are all done by the author and follows the way of expression of the Roma people.

standard of living of the Roma people is the lowest, and the poverty is the most widespread and the most dramatic in comparison with all other ethnic groups.' (Romite: drugoto izmerenie na promenite 2004: 105) suggest they might become part of the poverty migrants in a world perspective. Perhaps trying to understand the motivations of labour mobility and migration will be helpful in combating poverty migration. The reason for mobility of Roma women from Plovdiv area is mostly the poverty in which they live, in order to feed their families. The low standard of living of Roma creates the necessity for women to migrate but the choice of mobility pattern is determined by the family specifics and networking, the confession, the specific case and personal motivation.

When it comes to external mobility choices of Roma women the consequences for them and their families and relatives who stay in the country of origin should be considered carefully. External labour mobility of the Roma people from Plovdiv is directed to the South-East (Turkey) and to the West Europe. However, the consequences of this movement vary depending on the choice of direction of labour mobility. The conclusion from my fieldwork and research so far is that Muslim Tsigani are basically practicing trade and the reasons for that are their self-identification with Turks and the language they speak.

It should be taken into account that the image of the mobile working woman is different from the one who lives and works in the country of origin. It is necessary to point out that by becoming mobile, women inevitably cross the symbolic boundary 'pure-dirty' that might lower theirs and their family's status in the social hierarchy of the Roma community, which influences their inclusion in the community via marriage – a fundament of the social organization. Last but not least, one should bear in mind the role of the networking: it is the social and the electronic networks that connect the migrant and traders to their families and perhaps determines the pattern of mobility and the choices made by the individuals.

At the time of the second modernity (Beck 1999) processes like migration and the variety of streams and canals of migration cannot but be considered in order to understand and explain how the world is functioning. Mobility of Roma people is determined, on the one hand, by various issues concerning 'global problems'¹⁶; on the other hand, however, it results from the specifics of the community.

References

- Beck, U. (1999): *What Is Globalization?* Cambridge: Polity Press.
- Busatta, S. (2006): 'Honour and Shame in the Mediterranean'. In *Antropos*, vol. 2, n. 2, p.75-78.
- Kyuchukov, Hr. (2006): *Educational status of Roma women*. Sofia.
- Marushiakova, E., V. Popov. (1997): *Gypsies (Roma) in Bulgaria*. Frankfurt am Main: Peter Lang.
- National Statistical Institute (2011). 2011 Population Census – Main Results. National Statistical Institute. Republic of Bulgaria. Available at http://www.nsi.bg/census2011/PDOCS2/Census2011final_en.pdf [Accessed 10/02/2014].
- Plovdiv Municipality. Population. Plovdiv Municipality. Available at <http://www.plovdiv.bg/en/about-plovdiv/population> [Accessed 3/02/2014].
- Wikipedia. Hadji (Hadji) Hassan Mahala. Wikipedia. Available at http://en.wikipedia.org/wiki/Hadji_Hassan_Mahala [Accessed 2/02/2014].

¹⁶ These 'problems' correspond to issues like poverty, unemployment, discrimination etc. that are strongly discussed by different governmental and non-governmental organizations.

- Wikipedia. Harman (Arman) Mahala. Wikipedia. Available at http://en.wikipedia.org/wiki/Arman_Mahala [Accessed 2/02/2014].
- Wikipedia. Sheker Mahala. Wikipedia. Available at http://en.wikipedia.org/wiki/Sheker_Mahala [Accessed 2/02/2014].
- Wikipedia. Stolipinovo. Wikipedia. Available at <http://en.wikipedia.org/wiki/Stolipinovo> [Accessed 2/02/2014].
- Авджиева, А. (2011): Трудовата миграция на ромските жени (Столипиново, Шекер махала, Хаджи Хасан малаха в гр. Пловдив). Пловдив: Катедра Етнология към ФИФ на ПУ „Паисий Хилендарски“ [Avdzhieva, A. (2011). Labour Migration of Roma Women (Stolipinovo, Sheker Mahala, Hadji Hassan Mahala in Plovdiv city). Plovdiv: Department of Ethnology of FFH in PU ‘Paisii Hilendarski’].
- ИОО. (2010: Тенденции в трансграничната миграция на работна сила и свободното движение на хора – ефекти за България. София: Институт Отворено общество [ISO (2010). Tendenzii v transgranichnata migratziya na rabotna sila i svobodното dvizhenie na hora – efekti za Balgariya. Sofia: Institut Otvoreno obshtestvo].
- Йоргова, М., П. Луканова (съст.). (2011): Социално включване. Велико Търново [Yorgova, M., P. Lukanova (eds). (2011). Sotzialnoto vklyuchvane. Veliko Tarnovo].
- Кръстева, А. (2011): Временна и циркулярна миграция, посетен 07 януари 2012, <<http://annakrasteva.wordpress.com/2011/03/10/temporary-circular-migration/>> [Krasteva, A. (2011). Vremenna i tsirkulyarna migratziya, Available at <http://annakrasteva.wordpress.com/2011/03/10/temporary-circular-migration/> [Accessed 07/01/2012].
- Кючуков, Хр. (2007): ‘Образование, етническа принадлежност и професионална реализация на ромите в България’. Стратегии на образователната и научна политика, кн. 2, 172-179 [Kyuchukov, Hr. (2007). ‘Obrazovanie, etnicheska prinadlezhnost i profesionalna realizatziya na romite v Balgariya’. in Strategii na obrazovatelната i nauchna politika, kn. 2, pp.172-179].
- Марушиакова, Е., В. Попов. (2010): ‘Циганската култура – етноними vs професионими’. Конструирание на ромската идентичност. Текстове за интердисциплинарен модул в курсовете: Етнология на града; Етнични групи и етнични процеси; Социология на неравенствата и социалните стратификации. ПУ „Паисий Хилендарски“. Философско-исторически факултет. Пловдив [Marushiakova, E., V. Popov. (2010). ‘Tsiganskata kultura – etnonimi vs profesionimi’. in Konstruirane na romskata identichnost. Tekstove za interdistsiplinaren model v kursoвете: Etnologia na grada; Etnichni grupi i etnichni protsesi; Sotsiologia na neravenstvata i sotsialnite stratifikatsii. PU ‘Paisii Hilendarski’. Filosofsko-istoricheski fakultet. Plovdiv].
- Нунев, Й. (1998): Ромското дете и неговата семейна среда. София [Nunev, Y. (1998). Romskoto dete i negovata semeyna sreda. Sofia].
- Пампоров, А. (2004): Ромското семейство: аспекти на всекидневието. София [Pamporov, A. (2004). Romskoto semeystvo: aspekti na vsekidneviето. Sofia].
- Пампоров, А. (2006): Ромското всекидневие в България. София: МЦПМКВ [Pamporov, A. (2006). Romskoto vsekidnevie v Balgaria. Sofia: MСPМКV].
- Петкова, К. Ролята на ромската жена в процеса на образователна интеграция на ромите в българското общество, (без година на издаване) [Petkova, K. (nd). Rolyata na rosmkata zhena v protsesa na obrazovatelната integratsiya na romite w balgarskoto obshtestvo].
- Ромите в България. Информационен справочник. Институт отворено общество. (2008): София [Romite v Balgaria. Informatsionen spravochnik. Institut otvoreno obshtestvo (2008). Sofia].

Ромите: другото измерение на промените. (2004): [Romite: drugoto izmerenie na promenite. (2004)].

Томова, И. (1995): Циганите в преходния период. София: МЦПМКВ [Tomova, I. (1995). Tsiganite v prehodniya period. Sofia: MTZPMKV].

Lebensumstände der Roma in Stolipinovo

Andreas Kunz
Anton Karagyosov¹⁷

„Wie für viele andere Roma auch, wurzelt meine Identität nicht in den Verhaltensmustern, sondern in der Familie. Die Roma fühlen sich sicher in der Familie, und je größer die Familie ist, desto sicherer fühlt man sich. Diese Art von Sicherheit ist Teil meiner Identität.“ Der polnische Ethnologe Andrzej Mirga (1992) beschreibt ein wesentliches Charakteristikum der Roma-Kultur, das auch Anton Karagyosov bestätigt: „Wir fühlen uns sicher in unserer Gruppe und wenn wir ins Ausland gehen, dann dorthin, wo schon Familienmitglieder, Freunde oder Bekannte sind.“

Daraus erklärt sich auch im Wesentlichen, warum Menschen aus dem Plovdiver Stadtteil Stolipinovo seit Beginn der 1990er Jahre in großen Gruppen in bestimmte westeuropäische Großstädte, bzw. konzentriert in bestimmte Stadtteile migrieren, allen voran die Dortmunder Nordstadt. Neben der Türkischsprachigkeit der Roma aus Stolipinovo, die es ihnen leichter macht, bei deutsch-türkischen Arbeitgebern in Dortmund Arbeit zu finden, ist es eine einfache Regel, die Anton Karagyosov auf den Punkt bringt: „Wenn erst einmal einer von uns da ist, kommen bald viele nach. Denn hier [in Stolipinovo] gibt es keine Perspektive.“

Geschichtlicher Rahmen bis 1989

Die Ursprünge der Roma liegen wahrscheinlich in Nordindien, ihre Sprache, Romanes, lässt sich auf das Sanskrit zurückführen. Das damals eigenständige, vom orthodoxen Christentum geprägte Bulgarien war eines der ersten Länder Europas, in das die Roma zuwanderten, in größerer Zahl erstmals im 13. und 14. Jahrhundert. Viele Roma erreichten den Balkan im Zuge der osmanischen Eroberung am Ende des 14. Jahrhunderts, infolge derer Bulgarien für 500 Jahre Teil des Osmanischen Reichs wurde. Nach Erlangung der Unabhängigkeit 1878 wurden den Roma, die unter den Osmanen vorwiegend als landlose Tagelöhner und Handwerker gelebt hatten, vom bulgarischen Staat nicht die vollen Bürgerrechte eingeräumt. Das Wahlgesetz von 1901 schloss nicht-christliche und nomadisierende Roma aus, was zum Entstehen einer damals einmaligen Roma-Bürgerrechtsbewegung führte. 1905 konnte der erste Roma-Kongress das Wahlrecht für alle Roma erkämpfen, die zwischen 1878 und 1944 etwa einen Anteil von zwei bis drei Prozent an der bulgarischen Bevölkerung hatten.

Während des Zweiten Weltkriegs war die „Königsdiktatur“ Bulgarien mit Deutschland verbündet, Wehrmacht und NS-Diplomaten kamen 1941 ins Land und bereiteten auch hier die Vernichtung der Juden und Roma vor. Zwar wurden bulgarische Roma nicht in deutsche Konzentrationslager deportiert, jedoch vielerorts im Lande in Lagern gefangen gehalten. Anton Karagyosovs Großmutter war selbst interniert und entging nur knapp einer Erschießung. Nicht-internierte Roma waren vielfältigen Diskriminierungen ausgesetzt, sie durften keine öffentlichen Verkehrsmittel benutzen und erhielten wesentlich knappere Nahrungsmittelrationen als die übrige Bevölkerung.

¹⁷ Der Text wurde von federführend von Andreas Kunz auf Grundlage von Interviews mit Anton Karagyosov, dem Vorsitzender der Stiftung für regionale Entwicklung „ROMA-1995“, Plovdiv und Materialien der Stiftung erstellt.

Auch unter der kommunistischen Herrschaft ab 1944 wurden die Roma nach einer kurzen Atempause massiv diskriminiert: abgesehen von wenigen Jahren bis in die frühen 1950er, in denen Organisationen, Bildungseinrichtungen und kulturelle Vereinigungen der Roma vom bulgarischen Staat gefördert wurden, wurde in den folgenden Jahrzehnten eine rigorose Assimilierungspolitik betrieben. Ab 1956 schloss die Kommunistische Partei (KP) sämtliche Einrichtungen der Roma, zwei Jahre später wurden nomadisierende Roma gesetzlich zur Sesshaftigkeit gezwungen. Ende der 1950er und in den frühen 1960er Jahren setzte die Diskriminierung der Roma und der türkischsprachigen Bevölkerung im Zuge der Zwangsbulgarisierung ein, die in den Jahren 1984 und 1985 ihren Höhepunkt erreichte, als die bulgarische Regierung ihre massivste Kampagne zur Änderung nicht-slavischer Namen durchführte. Davon waren die größtenteils muslimischen und türkischsprachigen Roma von Stolipinovo besonders stark betroffen. Im Bildungswesen der Volksrepublik Bulgarien waren Roma benachteiligt und Großteils in Sonderschulen und speziellen Internaten untergebracht.

Nach dem Ende der kommunistischen Herrschaft 1989/1990 traten - vormals durch die Politik unterdrückte - ethnisch motivierte Ressentiments der slawischen Mehrheitsbevölkerung in Bulgarien gegenüber den Roma und den Türken offen zu Tage, Rassismus in breiten Teilen der Bevölkerung führt bis heute zu gewalttätigen Ausbrüchen gegenüber den Minderheiten in Bulgarien¹⁸. Mit dem Niedergang der Staatsbetriebe verloren fast alle Roma ihre Arbeitsplätze. Durch den latenten Rassismus gegenüber den Roma (in der sozialistischen Ära wurden Roma und Nicht-Roma gezielt in gemischten Wohnviertel untergebracht) und durch die mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit unter den Roma einhergehende Verarmung (man zog unter seinesgleichen in preiswertere Viertel am Stadtrand) kam es zu einer zunehmenden Ghettoisierung der Roma innerhalb Plovdivs.

Aktuelle Lebensumstände der Roma in Stolipinovo

Fast ein Vierteljahrhundert nach dem Ende der totalitären Volksrepublik Bulgarien und der Assimilierungspolitik leben Roma (ca. 70.000 von 360.000 Einwohnern Plovdivs, also etwa 20 Prozent der Stadtbevölkerung) und Nicht-Roma in Plovdiv in vier weitgehend segregierten Stadtteilen, von denen Stolipinovo der größte ist.

Seit der Errichtung der Wohnblocks in Stolipinovo in den 1970er Jahren gab es kaum Investitionen in die dortige Infrastruktur. In Verbindung mit einer rapiden, meist illegalen Bautätigkeit (fast 90 Prozent der Häuser zwischen den Wohnblocks sind Schwarzbauten) führte dies zu massiven Problemen in den Bereichen Strom- und Wasserversorgung, Abwasser- und Müllentsorgung.

Wichtig für das Verständnis der sozioökonomischen Lage in Stolipinovo ist die „Strom-Rationierung“ von 2002 bis 2007. Im Frühjahr 2002 schaltete das örtliche Stromversorgungsunternehmen (damals noch in staatlichem Besitz) den Strom für das ganze Viertel komplett ab. Begründet wurde die Abschaltung mit unbezahlten Rechnungen eines großen Teils der Einwohner für Strom und Wasser in Höhe von umgerechnet ca. drei Millionen Euro. Nach massiven Protesten wurde ein Kompromiss ausgehandelt und die Stromversorgung abends jeweils für sechs Stunden wieder aufgenommen. Den restlichen Tag war man entweder auf Strom aus Generatoren angewiesen, was sich aber nur eine

¹⁸ Zum Beispiel gingen im September 2011 tausende Menschen im ganzen Land „gegen die Zigeunerplage“ auf die Straße, Stolipinovo musste mit massivem Polizeiaufgebot gegen rassistische Schlägertrupps und Brandanschläge geschützt werden; im Frühjahr 2014 wurde die zentrale Moschee in Plovdiv, die auch von vielen Roma besucht wird, von hunderten Nationalisten mit Steinen attackiert.

Minderheit der Einwohner leisten konnte, oder man musste ganz ohne Stromversorgung auskommen. Insbesondere die zahlreichen metallverarbeitenden Handwerksbetriebe und das Kleingewerbe im Viertel waren durch diese Praxis wirtschaftlich beeinträchtigt. Für die Familien war der Alltag erschwert: Elektroherde und Waschmaschinen konnten nur abends benutzt werden, wenn die Kinder morgens zur Schule gingen, fehlte es in den Wintermonaten an Licht, es kam häufig zu Wohnungsbränden durch überlastete Leitungen, defekte Holzöfen in den Wohnungen oder brennende Kerzen. Erst nach fast fünf Jahren wurde diese Praxis des Stromversorgers am 31. Oktober 2006 vom Kreisgericht Plovdiv als „diskriminierend“ verurteilt. Der inzwischen privatisierte Stromversorger nahm die Versorgung wieder auf und investierte in neue Stromzähler; Leitungen und Verteilerkästen. Inzwischen ist es technisch möglich, säumigen Zahlern separat den Strom zu sperren.

Die Versorgung mit Trinkwasser ist bis heute problematisch, da die meisten Wasserleitungen verstopft und beschädigt sind, wodurch die Bewohner gezwungen sind, das Wasser auf der Straße aus den Hydranten zu zapfen. In den meisten illegalen Bauten gibt es gar kein fließendes Wasser. Die Kanalisation in Stolipinovo ist größtenteils verrottet, die Schwarzbauten sind oft überhaupt nicht an das Kanalnetz angeschlossen und das Abwasser läuft oberirdisch von den Häusern zu den Abwasser-schächten in den Hauptstraßen. Die meist acht- bis zehnstöckigen Wohnblocks aus den 1970er Jahren wurden nie renoviert, viele Wohnungen bestehen nur aus blanken Betonräumen und sind ärmlich eingerichtet, die Treppenhäuser ohne Geländer und mit herausgeschlagenen Fenstern sind lebensgefährlich. Das Viertel ist massiv überbevölkert: die Einwohnerzahl pro km² liegt sechs bis sieben Mal über dem Durchschnitt von Plovdiv, vier bis fünf Personen pro Wohnraum sind die Regel.

Stolipinovo ist ein riesiger Umschlagplatz für billige Waren aus der Türkei und China (z.B. Kleidung, Schuhe, Haushaltswaren), wovon auch die bulgarische Mehrheitsbevölkerung profitiert, da man auf den Märkten im Viertel weitgehend „steuerfrei“ einkaufen kann (viele Steuerbeamte bevorzugen es, Bestechungsgelder zu kassieren, anstatt bestehende Steuergesetze durchzusetzen). Von lokaler Bedeutung sind Restaurants und andere Dienstleistungen rund um die großen Hochzeiten und Familienfeste, Lebensmittelgeschäfte, Baustoffhandel, Imbisse; Bauern aus der Umgebung bieten Milch, Hühner etc. an. Bei einem Teil der Roma hat die Metallverarbeitung eine lange Tradition, sie beliefern Baustellen im ganzen Land mit Zäunen, Treppen- und Balkongeländern. Firmen wie Western Union haben zahlreiche Büros in Stolipinovo, der Zustrom von Geld aus dem Ausland hält die Menschen im Viertel am Leben. Zu den Ärmsten gehören die, die keine Verwandten im Ausland haben. Der Sozialhilfesatz liegt bei ca. 45 EUR pro Monat, die aber mit 20 Wochenstunden verpflichtender Arbeit in der Straßenreinigung oder der Stadtgärtnerei verbunden sind.

In den bulgarischen Roma-Ghettos gibt es noch viele Krankheiten, die man in reicheren EU-Ländern schon fast vergessen hat, Hepatitis A, Kinderlähmung, Tuberkulose, Rachitis. Aufgrund mangelnder medizinischer Versorgung gibt es in allen Altersstufen überdurchschnittlich viele Menschen mit Behinderung. Die HIV-Infektionsrate steigt, wobei im Augenblick vor allem Drogenkonsumenten (Plovdiv liegt auf einer der Hauptversorgungsrouten für Heroin, viele Konsumenten aus der übrigen Stadt versorgen sich in Stolipinovo) und männliche Prostituierte betroffen sind, zunehmend stecken sich auch Frauen an, die in wachsender Zahl vor Ort, meist aber in Deutschland der Prostitution nachgehen.

Die Kinder in Stolipinovo besuchen vier Schulen, in denen Unterricht bis zur zehnten Klasse angeboten wird. Das Lehrpersonal gehört der Mehrheitsbevölkerung an, die Schüler sind fast ausschließlich Roma. Bei der Einschulung sprechen viele Kinder die Unterrichtssprache Bulgarisch schlecht bis gar

nicht, da in den Familien Romanes oder Türkisch gesprochen wird und vorwiegend türkische Medien konsumiert werden. Die Absenz- und Abbruchraten sind hoch, viele Familien sind zu arm, um ihre Kinder mit dem Nötigsten (Kleidung, Schulhefte etc.) zu versorgen, zudem lassen manche Familien ihre Töchter mit dem Eintreten der Pubertät nicht mehr in die Schule gehen, da man befürchtet, dass sie eine Freund finden und ihre Jungfräulichkeit verlieren könnten. Schulpflicht besteht in Bulgarien zwar bis zum 16. Lebensjahr, wird aber häufig nicht durchgesetzt. Viele Eltern sind Analphabeten und können ihre Kinder kaum bei den Schularbeiten unterstützen.

Neben der strukturellen Diskriminierung im Bildungs- und Gesundheitsbereich sind Roma in Plovdiv alltäglichen Benachteiligungen ausgesetzt. Rassistische Beschimpfungen gegen Roma sind in der bulgarischen Mehrheitsgesellschaft sehr verbreitet und stoßen kaum auf Widerspruch. Viele Roma berichten, dass sie bei der Arbeitssuche abgewiesen werden: ruft man den Arbeitgeber an, ist die Stelle noch zu haben, sobald man persönlich erscheint und zu sehr nach „Zigeuner“ aussieht, ist die Stelle schon vergeben. Innerhalb der Roma-Gemeinschaft sind Frauen oft benachteiligt: die Eltern verhindern den Schulbesuch, die Mädchen heiraten früh und bekommen Kinder. Im Falle einer Trennung haben sie keine Chance auf finanzielle Unterstützung, da die Ehen nicht standesamtlich geschlossen werden. Viele alleinerziehende Mütter mit mangelnder Schulbildung werden zur Prostitution gedrängt, als vom Mann verlassene Frauen haben sie eine sehr niedrige gesellschaftliche Stellung innerhalb der Roma-Gemeinschaft.

Auch einzelne administrative Maßnahmen der Stadt betreffen fast ausschließlich Roma als ärmsten Teil der Stadtbevölkerung. So ist es seit einigen Jahren verboten, mit Pferdefuhrwerken in die Innenstadt zu fahren, was vielen Menschen in Stolipinovo, die vom Recycling alter Kühlschränke oder vom Altmetall-, Altglas- und Altpapiersammeln leben, die Arbeit erschwert oder unmöglich macht. Man behilft sich mit umfunktionierten Kinderwägen oder überladenen Fahrrädern.

Die Stiftung für regionale Entwicklung „ROMA-1995“

Die *Stiftung für regionale Entwicklung „ROMA-1995“* (im Weiteren: *Stiftung „ROMA-1995“*) unter dem Vorsitz von Anton Karagyosov setzt mit vielen Projekten bei den zahlreichen Problemen an in Stolipinovo, kann aber nur einen Bruchteil der Bevölkerung erreichen und unterstützen.

Die *Stiftung „ROMA-1995“* war mit ihrer Vorläuferorganisation, der *Stiftung für soziale Unterstützung „ROMA“ 1992*, die erste Roma-NGO in Bulgarien, die nach dem Ende des Kommunismus gegründet wurde. Im Zuge der Ausweitung ihrer Tätigkeit innerhalb Plovdivs und in umliegenden Ortschaften wurde die NGO 1995 unter ihrem jetzigen Namen neu registriert und setzte seitdem zahlreiche Projekte um.

Zwischen 1992 und 1995 konnte die Vorläuferstiftung 75 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche für fast 200 Roma-Familien in der Region Plovdiv pachten und den Menschen damit eine Erwerbsgrundlage verschaffen. Ende 1995 wurde das erste Zentrum für die Roma-Gemeinschaft in Stolipinovo eröffnet, das „Selbsthilfebüro Stolipinovo“, in dem Personen aus dem Viertel arbeiten – Angehörige der verschiedenen Volksgruppen und ausgebildete Sozialarbeiter, Rechts- und Familienberater. Die Büros der *Stiftung „ROMA-1995“* sind nicht nur ein Zentrum für Unterstützung in sozialen Belangen, sondern auch ein Treffpunkt der Roma-Kultur mit einer umfangreichen Informationsbörse und einem gut organisierten Bibliotheksbestand.

1997 unterstützte die Stiftung auf Basis ihrer Erfahrung in der Jugendarbeit und angesichts der wachsenden Zahl von Freiwilligen die Gründung des ersten Roma-Jugendclubs in der Stadt. 1998 wurde die *Stiftung „ROMA-1995“* Partner der „Bulgarischen Assoziation für Familienplanung“ und richtete die erste Beratungsstelle für Familienplanung im Viertel ein. 2005 gewann die Stiftung die Ausschreibung des bulgarischen Gesundheitsministeriums im Rahmen des Programms „Prävention von HIV/AIDS“, das vom „Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria“ finanziert wurde und konnte ein Team von 14 Streetworkern gründen, das bis heute in den Roma-Gemeinschaften in Stolipinovo und in Scheker Machala arbeitet.

Ebenfalls 2005 gewann die *Stiftung „ROMA-1995“* die Ausschreibung für ein Projekt zur Desegregierung der Roma-Schulen in Plovdiv, finanziert von „Roma Education Fund“ in Budapest. Damit konnte sich Plovdiv in die Liste der Städte einreihen, in denen Maßnahmen zur Beseitigung ethnisch segregierter Bildung erfolgreich umgesetzt werden. Im ersten Jahr nahmen 120 Kinder am Unterricht an Schulen außerhalb Stolipinovos teil, ihre Zahl stieg auf 200, bis dieses äußerst erfolgreiche Integrations- und Bildungsprojekt mangels Anschlussfinanzierung mit dem Schuljahr 2013 endete. Momentan wird das Projekt privat von einem Teil der Eltern weitergeführt.

Seit ihrer Gründung bis zum heutigen Tag ist die *Stiftung „ROMA-1995“* ununterbrochen in Stolipinovo aktiv, wie auch in einem Netz von Organisationen aus 17 Dörfern in der Region. Bisher wurden mehr als 25 Projekte realisiert, die auf die Anhebung des Bildungsniveaus in der Roma-Gemeinschaft ausgerichtet waren (Hausaufgabenbetreuung, Erwachsenenbildung in der Schule „Zweite Chance“, Desegregationsprojekt), die die Menschen in sozialen Fragen unterstützten (Verteilung von Hilfsgütern, Durchsetzung von Sozialhilfe- und Rentenansprüchen, Gleichstellung), die Beratung boten (Familienplanung im Hinblick auf geringere Geburtenraten und höheres Heiratsalter, Rechtsberatung, sexuelle Aufklärung) und auf die ökonomische Entwicklung und auf den Erhalt der Traditionen und Kultur der Roma in Stolipinovo abzielten.

Trotz aller Bemühungen ist es noch ein weiter Weg zur Gleichberechtigung und zur vollen Teilhabe für die EU-Bürger in Stolipinovo und andernorts in Bulgarien. Da der bulgarische Staat Roma-Viertel weitgehend vernachlässigt und weder der politische Wille, noch die finanziellen Mittel für eine Verbesserung der Lage vorhanden sind (Bulgarien verfolgt einen strikt neoliberalen Kurs mit minimalen Ausgaben für Gesundheit, Bildung und Soziales), wird der Migrationsdruck auf absehbare Zeit bestehen bleiben.

Literatur

Mirga, A. (1992): Bei den Roma ist das anders; In: Fienbork, Gundula/Mihók, Brigitte/Müller, Stephan (Hrsg.) Die Roma - Hoffen auf ein Leben ohne Angst, S. 61-68, Rowohlt Verlag, Berlin

Links

Die Website der Stiftung für regionale Entwicklung „ROMA-1995“ (in bulgarischer Sprache):

<http://www.roma-95.org/index.html>

Der Dokumentarfilm „Im Ghetto – Die Roma von Stolipinovo“ von Andreas Kunz und Hermann Pescekas ist als Video-on-Demand unter folgender Adresse verfügbar:

<http://vimeo.com/ondemand/10958>

Gesundheit unter Bedingungen von Armut, Flucht und Migration

Sigrid Michel

Migration ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Krisenherde in der Welt lassen gerade in letzter Zeit die Zahl der Flüchtenden sprunghaft ansteigen, und Migration aufgrund von Armut stellt für Europa eine besondere Herausforderung dar. Migration alleine ist unter normalen Umständen kein Risiko für Gesundheit, sondern die individuelle Ausgangssituation hinsichtlich Bildung, Einkommen und sozialer Lage im Herkunftsland sowie die Kontextfaktoren des Migrationsprozesses, insbesondere der ungleiche Zugang zu Gesundheitsdiensten und die sozialen Determinanten von Gesundheit, können die Gefahr von gesundheitlichen Beeinträchtigungen erhöhen. Die Gesundheit der Migranten kann durch alle Stadien des Migrationsprozesses beeinflusst werden, vom Beginn der Reise, die oft veranlasst ist durch Gewalt, Verfolgung und extremer Armut, bis hin zur Niederlassung, die oft gekennzeichnet ist durch schlechte Wohn- und Arbeitsbedingungen, geringe Unterstützung und Diskriminierung.

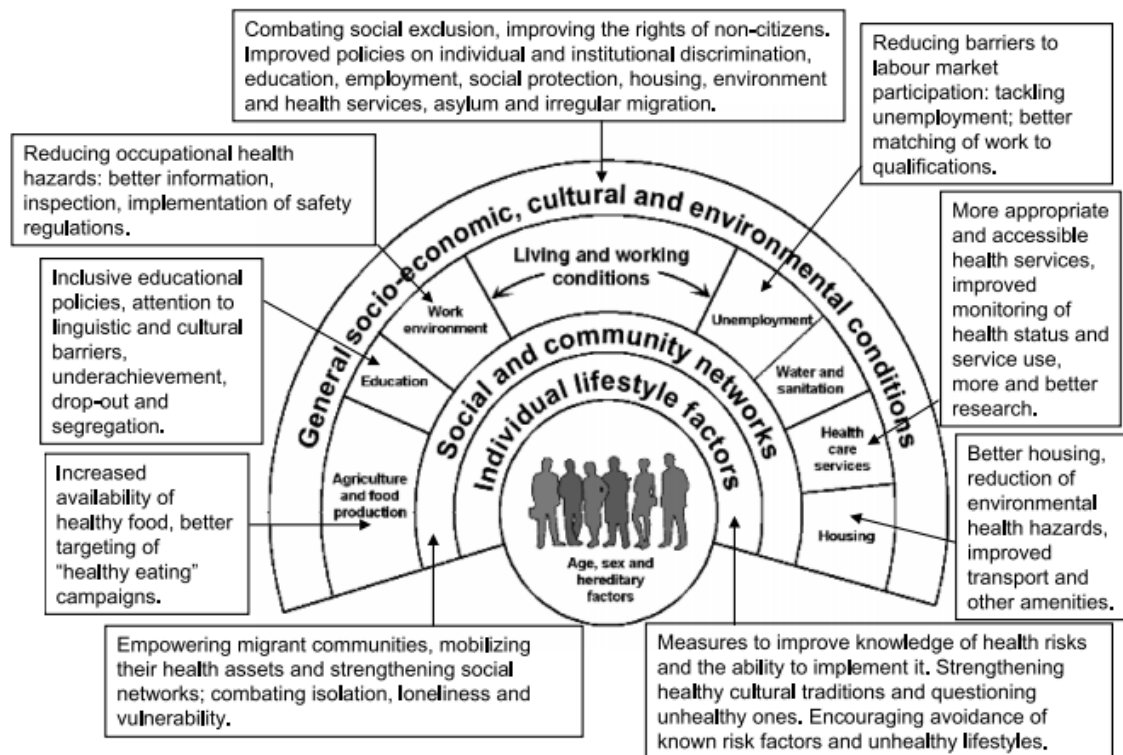
Ein durchgängig schlechterer Gesundheitszustand innerhalb der Population von Migranten lässt sich sowohl hinsichtlich übertragbarer wie nicht übertragbarer Krankheiten, Geburtsgewicht und Kinderkrankheiten nachweisen. Einige Studien kommen zu dem Ergebnis, dass das Auftreten von Krankheiten wie Typ-2-Diabetes bei Migranten im Zusammenhang mit den besonders belastenden Lebensbedingungen stehen könnte, denen diese in vielfältiger Weise ausgesetzt sind. Dazu gehört auch psychischer Stress. Natürlich spielen begünstigende Umweltbedingungen eine entscheidende Rolle, da sie erheblichen Einfluss auf das Gesundheitsverhalten haben: *„Die Beziehung zwischen Armut, Arbeitslosigkeit, niedrigem Bildungsstand und schlechter psychischer und physischer Gesundheit sind gut dokumentiert. Ein schlechter Gesundheitszustand hält Menschen davon ab in wirtschaftlicher Hinsicht aktiv zu werden und es ist ebenso evident, dass Arbeitslosigkeit oder finanzielle Probleme die Wahrscheinlichkeit erhöhen, Behinderungen zu entwickeln, den Stress erhöhen und zu niedriger sozialer Inklusion führen, welche sich als Risikofaktor für schlechte psychische Gesundheit oder koronare Herzerkrankungen erwiesen haben. Fortbestehende Angst, Unsicherheit, schlechte Selbstwertschätzung, soziale Isolation und der Mangel an Kontrolle über Arbeit und Leben haben erhebliche Auswirkungen auf die Gesundheit.“* (European Public Health Alliance 2010)

Daher werden von der WHO auch Maßnahmen gefordert, die politische Entscheidungen außerhalb des Gesundheitssektors betreffen, um darüber diese Determinanten beeinflussen zu können.

„Social Determinants of Health: Health is much more than health care: several indirect social and economic determinants influence people's health status (e.g. foodsecurity, poverty, education, employment, housing, environment); Health disparities are erroneously still not perceived as an element of concern for social cohesion and public health requiring policy interventions outside the health sector.“ (WHO 2010)

Eine Grafik der WHO stellt dar, wie durch politische Maßnahmen Einfluss auf die sozialen Determinanten genommen werden kann, die Einfluss auf die Gesundheit von Migranten und ethnischen Minderheiten haben.

Abbildung 1: "Policy measures tackling the determinants of health for migrants"



Quelle: entnommen aus: WHO Regional Office for Europe (2010). "How health system can address health inequities linked to migration and ethnicity"; Copenhagen, S.14. Online verfügbar unter: http://www.euro.who.int/__data/assets/pdf_file/0019/161560/e96458.pdf, abgerufen am 13.01.2015.

Viele Migranten wissen nicht, welche Hilfe ihnen zusteht, und häufig wird ihnen der Zugang zu medizinischen Diensten nicht erleichtert, sondern eher erschwert. Manche Menschen misstrauen auch den Diensten, weil sie in ihrer Heimat schlechte Erfahrungen gemacht haben, und sie nicht wissen wie sie die Dienste erreichen können (International Organisation for Migration 2009).

Migration und europäische Grundwerte

Migration hat nicht nur Implikationen für diejenigen, die ihre Heimat verlassen, sondern auch für diejenigen, die Migranten aufnehmen. Eine zentrale Frage ist dabei, aus welchem Blickwinkel heraus ganz allgemein die Gesundheit von Migranten betrachtet werden soll. Im Artikel 25 der Menschenrechtscharta heißt es: „Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen [. . .]“ (Vereinte Nationen 1948), und in der Charta der fundamentalen Rechte der EU, proklamiert in Nizza, wurde bekräftigt, dass jeder das Recht auf präventive Gesundheitsvorsorge hat sowie das Recht an medizinischer Behandlung unter dem Gesetz der jeweiligen Nation zu profitieren. Hilfe für Migranten, die eine adäquate medizinische Versorgung einschließt, ist also schon alleine aus humanitären Gründen geboten. Darüber hinaus werden aber hinsichtlich der gesundheitlichen Versorgung von Migranten in offiziellen Papieren weitere Argumente angeführt, die eher von den ureigenen Interessen der Europäischen Union bestimmt sind (vgl.

Fernandes et al. 2009). Es wird darin ein mehrdimensionaler Blick auf Gesundheit gefordert, der auf den europäischen Werten zur Gesundheit basiert. Obwohl innerhalb der EU Unterschiede hinsichtlich der Zuwanderungsströme von Migranten bestehen, ist die demographische Nachhaltigkeit der Bevölkerung ein strukturelles Element, das eine gemeinsame Politik für die Integration von Migranten begründet. Die niedrige Reproduktion und niedrige Sterblichkeitsraten haben zu deutlichen Veränderungen hinsichtlich einer alternden Gesellschaft geführt, weshalb Migranten eine essentielle Rolle nicht nur in der globalen Ökonomie spielen, sondern es wird davon ausgegangen, dass sie eine der wichtigsten Determinanten für die soziale und ökonomische Entwicklung Europas darstellen. Konsequenterweise wird dementsprechend auch gefordert, den Migrationsprozess gesund und sozial produktiv zu gestalten. Deshalb ist eine epidemiologische Sichtweise auf die Gesundheitsprobleme, die mit Migration einhergehen, und die Determinanten, welche die Gesundheit von Migranten beeinflussen, unverzichtbar.

Schon 2006 wurde unter der finnischen Ratspräsidentschaft festgestellt, dass die Determinanten für Gesundheit zwischen Populationen und Gruppen ungleich verteilt sind und daraus gesundheitliche Ungleichheit resultiert. Ein menschenwürdiges Dasein soll nach der EU-Verfassung sichergestellt werden, und ebenso das Recht auf Zugang zur Gesundheitsvorsorge und ärztlicher Versorgung, weil damit Gleichheit, Solidarität, sozialer Schutz und ein Beitrag zur sozialen Kohäsion geleistet wird.

Als Portugal im Jahr 2007 die Ratspräsidentschaft übernahm, wurde das Thema "Health and Migration in the European Union" auf die Agenda gesetzt, nachdem im Jahr zuvor der Bedeutung des Querschnittsthemas Gesundheit dadurch Rechnung getragen worden, dass die Strategie „Health in all Policies“ als offizielle Strategie der Politik der EU übernommen wurde (Fernandes et al. 2009; Ståhl 2006).

In der Bundesrepublik wurden bei der Tagung des Ethikrates die Probleme der gesundheitlichen Versorgung von Migranten angesprochen, welche mittlerweile einen hohen Anteil der Bevölkerung ausmachen und teilweise schon in der zweiten oder dritten Generation im Land leben, und für die immer noch keine tatsächliche gesundheitliche Chancengleichheit besteht (vgl. Deutscher Ethikrat 2010).

Für Menschen, die aus Nicht-EU-Ländern nach Europa flüchten und Asyl beantragen wollen, sind die Hürden hoch und die Zäune, mit denen das reiche Europa Einwanderungswillige davon abzuhalten versucht europäischen Boden zu betreten, werden buchstäblich immer höher gezogen.

Armutsmigration in Europa

In den letzten Jahren wollen nicht nur viele Nichteuropäer nach Europa migrieren, sondern es sind auch zunehmend Wanderungsbewegungen von Menschen innerhalb Europas zu verzeichnen. Neben den gut qualifizierten Absolventen, die in der Bundesrepublik willkommen sind, die vom Arbeitsmarkt gebraucht werden und die häufig überhaupt nicht als Migranten wahrgenommen werden, gibt es jedoch Angehörige der größten Minderheit in Europa, den Roma. Über die Migration dieser Menschen, die EU-Angehörige sind, die, wenn sie nicht aus Serbien oder Mazedonien stammen, sich freizügig bewegen können, die das Recht haben in der Bundesrepublik zu leben und zu arbeiten wie alle anderen auch, soll im Folgenden bevorzugt gesprochen werden, wenn es um die gesundheitlichen Herausforderungen von Armutsmigration geht. Soziale Ungleichheit existiert zwischen den einzelnen

Ländern Europas und innerhalb der einzelnen europäischen Staaten. Extrem groß ist allerdings der Unterschied zwischen der Gesundheit von Roma und anderen Bevölkerungsgruppen. Dieser Personenkreis ist innerhalb der Länder Osteuropas seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion besonders benachteiligt. Die Chancen einer Teilhabe an Arbeit und Bildung sowie gesundheitlicher Versorgung und Wohnqualität waren rückläufig. Roma sind die größte ethnische Minorität in Mittel- und Osteuropa und haben Kulturen, die traditionell geschlossen und unabhängig von der Mehrheitsbevölkerung sind. Zudem sprechen sie eine eigene Sprache mit der sie sich weltweit verständigen können, unabhängig davon, in welchem Land sie aufwachsen.

Weil diese Bevölkerungsgruppe so stark diskriminiert ist, wird die Zugehörigkeit zu dieser Gruppe von Angehörigen der Roma selbst nach außen hin oft verleugnet, da das Bekennen zu dieser Gruppe gleichbedeutend ist mit Marginalisierung und Diskriminierung (vgl. Michel 2012). Roma-Gemeinschaften sind durchgängig betroffen von sozialen und gesundheitlichen Problemen, Armut, begrenzten Bildungsmöglichkeiten und Diskriminierung. Viele der rund zehn bis zwölf Millionen in Europa lebenden Roma sind tagtäglich mit Vorurteilen, Intoleranz, Diskriminierung und sozialer Ausgrenzung konfrontiert. Sie leben als Randgruppe unter äußerst prekären sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen. Darin eingeschlossen ist ein unzureichendes Angebot an für sie zugänglichen Gesundheitsdiensten. Es werden nicht nur Diskriminierung hinsichtlich der Kultur, der Teilhabe an Bildung, Arbeit und Gesundheit sowie dem Versorgungssystem berichtet, sondern darüber hinaus auch massive Menschenrechtsverletzungen wie beispielsweise Zwangssterilisation von Roma-Frauen (vgl. European Roma Rights Centre 2006).

Roma sind nicht nur disproportional arm, auch in Bulgarien, Ungarn und Rumänien sind sie in den Gruppen der Ärmsten der Bevölkerung überrepräsentiert (Ringold et al. 2005). Aber nicht nur Armut allein, sondern auch die Diskriminierung, hat Einfluss auf ihren gesundheitlichen Zustand, da dieser schlechter ist als der anderer Bevölkerungsgruppen mit gleichen sozioökonomischen Status (Silva 2011).

Die Diskriminierung ist so ausgeprägt, dass innerhalb der europäischen Union ein Programm beschlossen wurde, um der Benachteiligung dieser Bevölkerungsgruppe entgegenzuwirken (vgl. Europäisches Parlament 2008; Europäische Kommission 2011).

"Viele der rund zehn bis zwölf Millionen in Europa lebenden Roma sind tagtäglich mit Vorurteilen, Intoleranz, Diskriminierung und sozialer Ausgrenzung konfrontiert. Sie leben als Randgruppe unter äußerst prekären sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen. Dies ist in der Europäischen Union (EU) zu Beginn des 21. Jahrhunderts nicht hinnehmbar. Die EU-Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum und damit für einen neuen Wachstumspfad lässt keinen Raum für die dauerhafte wirtschaftliche und soziale Marginalisierung Europas größter Minderheitsgruppe." (Europäische Kommission 2011)

Im Roma-Gesundheitsreport der europäischen Kommission sind die Faktoren aufgelistet, welche die gesundheitliche Ungleichheit von Roma begründen, und die auch die Besonderheiten der Lage von Roma in verschiedenen europäischen Ländern sowie Vorschläge für Maßnahmen beinhalten (a.a.O).

Ein Überblick über die vielen Beschlüsse der EU zu Lage der Roma wurde in wikipedia eingestellt. (http://de.wikipedia.org/wiki/Roma-Politik_der_Europ%C3%A4ischen_Union)

In einer Resolution vom 8. März 2011 forderte das europäische Parlament die Mitgliedsstaaten zum Abbau gesundheitlicher Ungleichheit auf, und betonte im Unterpunkt "P", dass *„die gesundheitliche Ungleichheit sich nicht nur aus einer Reihe von Faktoren aus den Bereichen Wirtschaft, Umwelt und Lebensweise ergibt, sondern auch von den Schwierigkeiten beim Zugang zur Gesundheitsversorgung herrührt.“* (Europäisches Parlament 2011)

Im Jahr 2009 wurden bei einem ersten "Roma-Plattform-Treffen" der EU zehn allgemeine Prinzipien für Antidiskriminierungsstrategien festgelegt, die in der Folge in allen Politikbereichen, und dadurch auch bei der Gesundheitsversorgung zu beachten sind:

1. Konstruktive, pragmatische und nicht-diskriminierende Politiken
2. explizite, aber nicht ausschließliche Zielgruppenorientierung
3. Interkulturelle Herangehensweise
4. Abzielen auf den Mainstream
5. Bewusste Beachtung der Gender-Dimension
6. Transfer von evidenzbasierten Politiken
7. Verwendung von Methoden die Community mit einbeziehen
8. Einbeziehung von lokalen und regionalen Behörden
9. Einbeziehung der Zivilgesellschaft
10. Aktive Partizipation von Roma

(Council of the European Union 2009, Übersetzung Michel)

Eine Zusammenfassung mit vielen positiven Beispielen, wie vorgegangen werden kann, findet sich in dem „Roma-Health-Report 2014“ der EU (European Union 2014).

Migration und Public Health

Kulturelle Vielfalt stellt eine Herausforderung für das medizinische Versorgungssystem der Bundesrepublik, welches sich bisher im Wesentlichen an den Bedürfnissen der deutschen Bevölkerung orientiert, dar. Menschen, die nicht lesen und schreiben können, die die Landessprache nicht beherrschen und die in ihrem bisherigen Leben in vielfältiger Art und Weise Diskriminierungserfahrungen machen mussten, stellen eine Herausforderung für Fachkräfte dar, weil diese sich nicht nur umstellen und auf die Betroffenen zugehen, sondern auch ganz generell ihre Haltung gegenüber Migranten überprüfen müssen. Welche Rechte und Pflichten sich für die professionellen Akteure im Gesundheitswesen und die Organisationen der Kostenträger für die politische Gestaltung des Gesundheitssystems ergeben, wurde bei der Jahrestagung des Deutschen Ethikrates zu Migration und Gesundheit angesprochen. Dort wurde auch angesprochen, dass Präventionsmaßnahmen für bestimmte Zielgruppen ganz besonders sorgfältig geplant werden müssen, wenn sie die Zielgruppe erreichen sollen (vgl. Brackertz 2007; Borde 2009; Durieux-Paillard 2011).

Ganz generell besteht ein Risiko für Migranten, dass sie nicht auf dem gleichen Niveau wie die einheimische Bevölkerung in den Ankunftsändern versorgt werden.. Außerdem reagieren die Gesundheitsdienste nicht hinreichend auf die besonderen Bedürfnisse dieser Gruppen. Häufig wird behauptet, dass es sich bei dieser Gruppe um eine schwer erreichbare Zielgruppe handelt. Eigene Erfahrungen, gewonnen bei Fokusgruppenbefragungen von jungen männlichen Sexworkern in Dortmund, sind andere (vgl. Michel 2012). Eine bevormundende Annäherung an diese Gruppe ohne sich eines partizipativen Ansatzes zu bedienen, kann zu keiner tragfähigen Kooperation führen, weil letztendlich hegemoniale Denkweisen den Blick auf die Menschen verstellen, die zwar einerseits bedürftig sind und unter Ausgrenzung leiden, andererseits aber über Kompetenzen verfügen, die es ihnen ermöglicht haben, ihre Kultur über Jahrhunderte hinweg zu bewahren ohne sich komplett zu assimilieren.

Im Gegensatz zum großen Misstrauen gegenüber Autoritäten bestehen sehr enge Beziehungen zu Vertrauenspersonen der gleichen Community. So werden Gesundheitsinformationen von nahen Bezugspersonen eher für glaubwürdig erachtet, als wenn sie von Fachpersonal kommen. Eine Studie zeigte, dass Interventionen, insbesondere in der Personengruppe mit Hochrisikoverhalten, stabil zu Verhaltensänderungen führen, wenn die Informationen dazu von Personen aus einem engeren sozialen Netzwerk gegeben werden. Deswegen wurde die Methode der Intervention in sozialen Netzwerken verwendet (Kelly et al. 2004). Analphabetentum, geringe Kenntnisse über Krankheiten und geeignete Präventionsmaßnahmen sowie mangelnde Sprachkenntnisse verlangen einen höheren Zeit- und Personalaufwand, da Fragebögen vorgelesen werden und Experten und Beratende mit Dolmetschern arbeiten müssen.

Wenn es darum geht, effektive Integrationspolitiken zu gestalten, ist es besonders wichtig Maßnahmen, die auf die Bedürfnisse besonders anfälliger, mehrfach diskriminierter Gruppierungen innerhalb der Roma-Gemeinschaften ausgerichtet sind, zu planen. Dies kann durch Einbezug spezifischer Maßnahmen zu Gunsten von Frauen, verlassenen Kindern, Menschen mit Behinderungen, HIV-positiven Menschen, Migranten, sexuellen Minderheiten usw. erfolgen. Englische Forschungen zeigen eine Fülle von Lösungsansätzen auf, die beinhalten, wie sich ein Gesundheitswesen auf die speziellen Bedürfnisse von Roma einstellen kann und Informationsmaterialien unter Einbeziehung der Betroffenen und besondere aufsuchende Maßnahmen entwickeln kann. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse dienen aber auch dazu, andere marginalisierte Gruppen innerhalb der Gesellschaft mit Gesundheit versorgen zu können (vgl. Greenfields et al. 2013; Greenfields 2013).

Gesundheitsförderung auf Augenhöhe

Vom Kooperationsverbund Gesundheitliche Chancengleichheit (www.gesundheitliche-chancengleichheit.de) wurden Kriterien guter Praxisumsetzung festgelegt, die bei der Arbeit mit gesundheitlich benachteiligten Individuen und Gruppen zu beachten sind. Empowerment und Partizipation sind Voraussetzung für das Gelingen von Projekten.

Rappaport hat mit dem richtungweisenden Aufsatz zu Empowerment auf diesen Umstand hingewiesen und dazu bemerkt: *"Unter 'empowerment' verstehe ich, daß es unser Ziel sein sollte, für Menschen die Möglichkeiten zu erweitern, ihr Leben zu bestimmen. ... Mit dem Konzept 'empowerment' können wir nicht länger Menschen einfach als 'Kinder in Not' oder als 'Bürger mit Rechten' sehen, sondern vielmehr als vollwertige Wesen, die sowohl Rechte als auch Bedürfnisse haben. Wir müssen uns mit dem Widerspruch auseinandersetzen, daß selbst Menschen mit wenigen Fähigkeiten oder in*

extremen Krisensituationen, genauso wie jeder von uns, eher mehr als weniger Kontrolle über ihr eigenes Leben brauchen. Das heißt nicht notwendigerweise, daß wir deren Bedürfnisse nach Hilfe vernachlässigen, wenn wir für mehr Selbstbestimmung votieren. Empowerment ist eine Denkweise, die mehr Klarheit über die divergente Natur sozialer Probleme bringt." (Rappaport 1985)

Eine professionelle Haltung, die sich am Empowerment-Ansatz orientiert, ist unabdingbar für eine Haltung gegenüber marginalisierten Personengruppen.

In den 1980ziger Jahren wurde ein Buch publiziert, das sich mit „Zigeunermedizin“ beschäftigt und Gesundheitsverständnis und Behandlungswissen beschreibt, das innerhalb dieser Bevölkerungsgruppe über Jahrhunderte hinweg gewachsen ist und überliefert wurde und offenbar ausgereicht hat, um das Überleben zu sichern. Das Buch stellt einen Versuch dar, Behandlungsmethoden, soweit sie zugänglich waren, von Zigeunern aufzulisten, zu katalogisieren und zu bewerten (vgl. Senger 1987). In durchgängig allen Veröffentlichungen zur Gesundheit von Roma findet sich kein Hinweis auf vorhandene Gesundheitskompetenzen dieser Ethnie, an die angeknüpft werden könnte.

Health Literacy

Public Health verlangt nach der Vision von Gesundheit in einer multikulturellen, schnell wachsenden, sich ständig entwickelnden Gesellschaft. Health Literacy wird als eine neue Determinante von gesundheitsförderndem Verhalten und Gesundheit gesehen und nimmt eine Mediatorenrolle zwischen Gesundheitsförderung und Gesundheit ein (vgl. WHO 2013).

Das Thema, dass benachteiligte Bevölkerungsgruppen, die häufig auch schlecht gebildet sind, über nicht ausreichende Gesundheitsinformationen verfügen, ist bekannt und gewinnt in der Fachwelt eine immer größere Bedeutung. Mittlerweile existieren auch differenzierte Handlungsanleitungen für Gesundheitsdienste, um die Qualität hinsichtlich der Förderung von Health Literacy innerhalb einer Einrichtung festzustellen, die geeignet sind, die Qualität in Institutionen zu verbessern (Lynch, NALA 2009).

Nutbeam hat schon im Jahr 2000 darauf hingewiesen, dass es bei Health Literacy nicht nur darum geht, theoretisches Wissen über Krankheiten zu besitzen, sondern dass auch die entsprechenden Kompetenzen entwickelt sein müssen, um dieses Wissen im Alltag in Handlungen umsetzen zu können. Das Konzept Health Literacy kann durch drei verschiedene Interventionsebenen beeinflusst werden: Bildung, Kultur und Gesellschaft und das Gesundheitswesen. Daher kann das Thema nicht nur unter dem Aspekt „gesundheitliche Herausforderungen von Armutsmigration“ gesehen werden, weil es zu stark mit Bildung und Kultur verknüpft ist (vgl. Nutbeam 2000).

Obwohl Health-Mediatoren als ein sehr hilfreicher Ansatz wahrgenommen werden, um Wissen in Communities zu vermitteln (Silva 2011), so kann nicht darüber hinweggesehen werden, dass die speziell geschulten Mediatoren durch ihre Tätigkeit einen Sonderstatus erhalten, der nicht unproblematisch ist (Schneeweis 2013), und dass darüber nachgedacht werden muss, wie die Teilnahme an entsprechenden Schulungen und die anschließende Tätigkeit im Rahmen des Europäischen Qualifikationsrahmens eingeordnet und auch honoriert werden kann, und der Zugang zu weiterer Bildung ermöglicht wird. Bei Schulungen für türkische Frauen als Gesundheitsmediatorinnen in der Stadt Bergkamen angelehnt an das MIMI-Projekt des Ethomedizinischen Zentrums Hannover (vgl. Ethno-Medizinisches Zentrum 2014) zeigte sich deren starkes Interesse nicht nur an einer Schulung hinsicht-

lich von Angeboten zur Gesundheitsversorgung, sondern darüber hinaus an Informationen über das deutsche Bildungswesen und Karrieremöglichkeiten für Frauen.

Mit einem kontextuell verkürzten Ansatz, der sich trotz gegenteiliger Erkenntnisse überwiegend an Verhaltensprävention und Förderung von Individuen oder beispielsweise Familien orientiert, kann keine nachhaltige Wirkung erzielt werden, wenn nicht damit substanzielle, strukturelle Verbesserungen, wie etwa mehr Ausgaben für Bildung, einhergehen. In der Kommentierung einer neuen globalen Initiative zur Reform der Ausbildung von Gesundheitsfachleuten für das 21. Jahrhundert wird gefordert, dass in einer umfassenden Gesundheitspolitik, Gesundheit und Bildung als lernende Systeme zusammengefasst werden müssen (Sottas et al. 2013). Infolgedessen ist der Ansatz der Health-Mediatoren nicht ausreichend, wenn er nicht mit dem Gedanken von Education-Mediators verknüpft wird. Für die Bundesrepublik müssen Programme für Armutsmigranten aus Südosteuropa, die an Gesundheit und Bildung gleichermaßen ansetzen, erst noch geschaffen werden. Dazu ist auch der Dialog mit und die Unterstützung durch den Zentralrat Deutscher Sinti und Roma zu suchen um Partizipation zu garantieren, der sich zur Ethnisierung von Bildungsbenachteiligung positioniert hat.

Literatur

- Borde, T. (2009): Migration und Gesundheitsförderung- Hard to reach? Neue Zugangswege für 'schwer erreichbare' Gruppen erschließen." In: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (Hrsg.): "Migration und Gesundheitsförderung. Ergebnisse einer Tagung mit Expertinnen und Experten."; S. 18-31; Köln
- Brackertz, N. (2007): "Who is hard to reach and why?"; ISR Working Paper, January 2007
<http://www.sisr.net/publications/0701brackertz.pdf>; abgerufen am 09.11.2014
- Council of the European Union (2009): "Inclusion of the Roma - Draft Council conclusions."; Brussels, 28 May 2009
<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?!=EN&f=ST%2010394%202009%20INIT>;
abgerufen am 09.11.2014
- Deutscher Ethikrat (Hrsg.) (2010): "Migration und Gesundheit. Kulturelle Vielfalt als Herausforderung für die medizinische Versorgung. Tagungsdokumentation."; Vorträge der Jahrestagung des Deutschen Ethikrates; Berlin
<http://www.ethikrat.org/dateien/pdf/tagungsdokumentation-migration-und-gesundheit.pdf>;
abgerufen am 02.11.2014
- Durieux-Paillard (2011): „Differences in language, religious beliefs and culture: the need for culturally responsive health services.“; In: Rechel, B.; Mladovsky, P.; Devillé, W.; Rijks, B.; Petrova-Benedict, R.; McKee, M. (2011) (Hrsg.): "Migration and health in the European Union"; Berkshire
http://www.euro.who.int/__data/assets/pdf_file/0019/161560/e96458.pdf; abgerufen am 09.11.2014
- Ethno-Medizinisches Zentrum (2014): "MiMi. Mit Migranten Für Migranten.", Ethno-Medizinisches Zentrum e.V., Internetseite; Hannover; http://www.ethno-medizinisches-zentrum.de/index.php?option=com_content&view=article&id=28&Itemid=4; abgerufen am 16.11.2014
- Europäische Kommission (2011): "Mitteilung der Kommission an das europäische Parlament, den Rat, den europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020."; Brüssel, 05.04.2011

- http://ec.europa.eu/health/social_determinants/docs/com2011_173_de.pdf; abgerufen am 05.11.2014
- Europäisches Parlament (2008): „Entschließung des Europäischen Parlaments vom 31. Januar 2008 zu einer europäischen Strategie für die Roma“; Brüssel
<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P6-TA-2008-0035&language=DE>; abgerufen am 05.11.2014
- Europäisches Parlament (2011): „Entschließung des Europäischen Parlaments vom 8. März 2011 zu dem Abbau gesundheitlicher Ungleichheit in der EU.“; Straßburg;
<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0081+0+DOC+XML+V0//DE>; abgerufen am 06.11.2014
- European Commission (2014): “Report on the implementation of the EU framework for National Roma Integration Strategies.”; COM (2014) 209 final; European Commission - Directorate-General for Justice; European Union, Brussels
- European Public Health Alliance (EPHA) (2010): “Briefing on Health Inequalities”; Briefing Paper on Health Inequalities; http://www.epha.org/IMG/pdf/2010_EPHA_Briefing_Health_Inequalities_final20Oct.pdf; abgerufen am 09.11.2014
- European Roma Rights Centre (2006): “Ambulance not on the way: The Disgrace of Health Care for Roma in Europe.”; Budapest; <http://www.errc.org/cms/upload/media/01/E6/m000001E6.pdf>; abgerufen am 06.11.2014
http://ec.europa.eu/justice/discrimination/files/roma_implementation_strategies2014_en.pdf; abgerufen am 06.11.2014
- European Union (2014): „Roma-Health-Report 2014. Report on the health status of the Roma population in the EU and the monitoring of data collection in the area of Roma health in the Member States.“; European Commission, August 2014
http://ec.europa.eu/health/social_determinants/docs/2014_roma_health_report_en.pdf; abgerufen am 06.11.2014
- Fernandes, A./Miguel, J.P. (Hrsg.) (2009): “Health and Migration in the European Union: Better Health for All in an Inclusive Society”; Lissabon
http://www.insa.pt/sites/INSA/Portugues/Publicacoes/Outros/Documents/Epidemiologia/Health_MigrationEU2.pdf; abgerufen am 06.11.2014
- Greenfields, M. (2013): “Challenges in accessing public services for Roma, Gypsies and Travellers: Reflections over Time.” ESRC Seminar: Sheffield 21-22/3/13, Institute for Diversity, Research, Inclusivity, Communities and Society, <http://www.dmu.ac.uk/documents/business-and-law-documents/research/cchr/margaretgreenfieldschallengesvertime-reflectionsonservicedelivery.pdf> abgerufen am 08.11.2014
- Greenfields, M./Lowe, L. (2013): “Bath and North East Somerset Gypsy/Traveller/Boater/Showman/Roma Health Survey (2012-2013): A report prepared for Bath and North East Somerset Health Authority.”
http://bucks.ac.uk/content/documents/Research/INSTAL/703398/B_NES_Health_Study_Report_FINAL_%28Full_report_Inc_Appendices%29.pdf; abgerufen am 04.11.2014
- International Organisation for Migration (IOM) (2009): Peiro, M.J./Benedict, R. “Migration Health: Better Health for all in Europe. Final Report.”; Migration Health Department, Brüssel;
<http://www.migrant-health-europe.org/files/AMAC%20Public%20Report.pdf>; abgerufen am 03.11.2014

- Kelly, J. A./Amirkhanian, Y. A./Kabakchieva, E./Csepe, P./Seal, D. W./Antonova, R. et al. (2004): "Gender roles and HIV sexual risk vulnerability of Roma (Gypsy) men and women in Bulgaria and Hungary: an ethnographic study." In: *AIDS Care* 16, S. 231-45
- Lynch, J. (2009) (NALA): „Literacy Audit for Healthcare Settings“; National Adult Literacy Agency; Dublin https://www.healthpromotion.ie/hp-files/docs/HSE_NALA_Health_Audit.pdf; abgerufen am 12.11.2014
- Michel, S. (2012): „Zwischenbericht zum Check- It-Projekt“; unveröff. Bericht, Feb 2012
- Nutbeam, D. (2000): "Health literacy as a public health goal: a challenge for con-temporary health education and communication strategies into the 21st century." In: *Health Promot. Int.* (2000) 15 (3), S. 259-267; abgerufen am 15.11.2014
- Rappaport, J. (1985): „Ein Plädoyer für die Widersprüchlichkeit.“ In: *Verhaltenstherapie und psychosoziale Praxis*, 17/1985, S.289; abgerufen am 12.11.2014
- Ringold, D./Orenstein, M.A./Wilkens, E. (2005). "Roma in an expanding Europe: breaking the poverty cycle."; World Bank; Washington D.C.
http://siteresources.worldbank.org/EXTROMA/Resources/roma_in_expanding_europe.pdf; abgerufen am 08.11.2014
- Schneeweis, A. (2013): "Empowered Leaders and Alone in Community: Stories of Roma Health Mediators." In: *Women´s Studies in Communiation* 36, S. 167-188
- Senger, G. (1987): "Zigeunermedizin. Komm, ich mach dich gesund!"; 2. Aufl. 1987; Wien
- Silva, P. (2011): "Roma Health Mediators. Successes and Challenges."; Open Society Foundations; New York, <http://www.opensocietyfoundations.org/sites/default/files/roma-health-mediators-20111022.pdf>; abgerufen am 11.11.2014
- Beat Sottas, B./ Höppner, H./ Kickbusch, I./ Pelikan, J./ Probst J. (2013) „Umriss einer neuen Gesundheitsbildungspolitik.“; careum working paper 7; Zürich, www.careum.ch/...Paper.../d981ad6f-7d5f-4539-89e5-6fe7ace0cf0e; abgerufen am 10.11.2014
- Stähl, T./Wismar, M./Ollila, E./Lahtinen, E./Leppo, K. (Hrsg.) (2006): "Health in All Policies. Prospects and potentials.", Finnish Ministry of Social Affairs and Health; Finland
http://www.euro.who.int/__data/assets/pdf_file/0003/109146/E89260.pdf?ua=1; abgerufen am 12.11.2014
- Vereinte Nationen (1948): "Resolution der Generalversammlung 217 A (III). Allgemeine Erklärung der Menschenrechte" <http://www.un.org/depts/german/menschenrechte/aemr.pdf>; ; abgerufen am 05.11.2014
- WHO (2010): "How health system can address health inequities linked to migration and ethnicity"; Regional Office for Europe Copenhagen, S.14
- WHO/Kickbusch, I./et al. (Hrsg.) (2013): "Health Literacy: The solid facts."; WHO Regional Office for Europe; Kopenhagen
http://www.euro.who.int/__data/assets/pdf_file/0008/190655/e96854.pdf; abgerufen am 09.11.2014

Räumliche Segregation von zugewanderten Familien im Ruhrgebiet

Banu Citlak

Im gesamten Ruhrgebiet befinden sich Kommunen mit hohen Anteilen von Familienhaushalten häufiger im Umland und seltener in den Städten. Aber auch innerhalb der größeren Städte - wenn eine kleinräumige Betrachtung eingenommen wird – gibt es Stadtteile, in denen nur wenige Familien leben und solche, in denen der Anteil von Familienhaushalten überdurchschnittlich hoch ist. Die Verteilung von Familien über die Teilgebiete der Städte weist ein eigenes Muster auf, das sich empirisch durch die Korrelation zwischen den drei Segregationsformen soziale (arm/reich), demographische (alt/jung) und ethnische Segregation (deutsch/nichtdeutsch) belegen lässt. Im Ruhrgebiet sind „Stadtteile mit den höchsten Anteilen von Kindern (und Familien) an der Bevölkerung (sind) zugleich jene mit besonders hohen Armutsquoten, hoher Arbeitslosigkeit, hohen Anteilen von Alleinerziehenden und besonders vielen Aussiedlern und Ausländern“ (Strohmeier 2001: 27). Die ethnische und soziale Zusammensetzung der Bevölkerung in den Städten des Ruhrgebiets ist historisch gewachsen und steht im engen Zusammenhang mit der montanindustriellen Tradition der Region sowie den strukturellen Veränderungen in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts. Bis auf wenige Gebiete, die deutlich von Hochschulen und Forschungseinrichtungen geprägt sind (wie bspw. Bochum-Querenburg), leben die meisten zugewanderten Familien in wohngünstigen Stadtteilen, die sich in der Nähe von ehemaligen Industriestandorten befinden. Diese ehemaligen Arbeiterviertel¹⁹ waren noch in den 1980er Jahren ethnisch und sozial deutlich heterogener als heute (Bogumil et al. 2012). Zahlreiche Gründe haben zu ihrer Homogenisierung beigetragen. Zum einen vollzog sich eine selektive Abwanderung von bessergestellten (überwiegend) deutschen Familien, die sich nun in anderen Stadtteilen oder im Umland niederließen. Zum anderen führte die EU interne Freizügigkeit zur Rückwanderung der ehemaligen Gastarbeiter aus Italien, Griechenland, Spanien und Portugal in ihre Heimatländer, so dass Türkeistämmige und andere Herkunftsgruppen, die nicht von der Freizügigkeit profitieren konnten, zurück blieben. Den Letzteren blieb nur noch die Familienzusammenführung und Eheschließung als Einwanderungsmöglichkeit, so dass in den Jahren nach 1973 der Anteil neu hinzugezogenen Familienmitglieder in dieser Herkunftsgruppe deutlich anstieg. Aufgrund ihrer finanziellen Lage und der eingeschränkten Wohnungsmarktsituation ließen sich die Nachgereisten häufiger in denselben Stadtteilen nieder, in denen ihre Verwandtschaft lebte. Als eine Folge dieser Entwicklung sind die Stadtteile, in denen Türkeistämmige heute leben, weitgehend ethnisch homogener als sie noch in den 80er und teilweise noch in den 90er Jahren waren (Bogumil et al. 2012: 24,69). Verstärkt durch die jüngere Altersstruktur der zugewanderten Bevölkerung wird diese ethnische Homogenisierung vor allem im Schulkontext, genauer an der ethnischen Zusammensetzung der Schülerschaft in den lokalen Schulen sichtbar. So zeigen Analysen der Schulstatistik auf Stadtteilebene, dass vor allem türkeistämmige Grundschulkinder primär Schulen besuchen, in denen der Anteil von Schülern ihrer eigenen Herkunftsgruppe überwiegt (bspw. für Mülheim an der Ruhr: Amonn/Groos 2011: 37). Dies erschwert zugewanderten Kindern nicht nur die Sprachlernpraxis, sondern ähnlich der Schüler in ländlichen oder suburbanen Regionen, entgeht ihnen dadurch auch die Möglichkeit Erfahrungen mit interethnischen Begegnungen in einer frühen Phase ihrer Sozialisation zu machen und damit auch die Chance wichtige schulische und außerschulische interkulturelle Lernerfahrungen zu sammeln.

¹⁹ Aus Gründen der Lesbarkeit wird auf eine Unterscheidung zwischen den Geschlechtern verzichtet. Falls nicht anders angegeben wird nachfolgend die männliche Schreibweise verwendet, welche jedoch als geschlechtsneutral anzusehen ist.

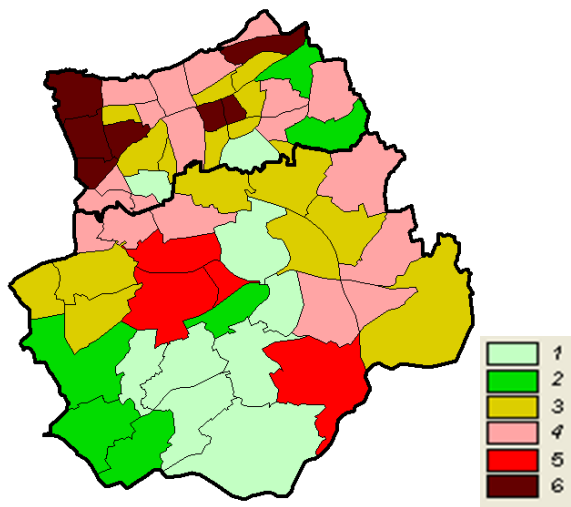
Räumliche Verteilungsmuster von Migrantenfamilien

Bundesweit leben Zugewanderte häufiger in Ballungsgebieten bzw. Großstädten als in kleinen Gemeinden (Schönwälder/Söhn 2009). In Großstädten ab 500.000 Einwohnern beträgt der Anteil von zugewanderten Familien an allen Familienhaushalten immerhin 43 Prozent (Statistisches Bundesamt 2012). Innerhalb der Ruhrgebietsstädte verteilen sich zugewanderte Familien zu ungleichen Anteilen über die Stadtteile. Dabei lassen sich wiederkehrend zwei Sozialraumtypen beobachten, in denen ihr Anteil höher ist, als die der deutschen Familien. Diese Stadtteiltypen unterscheiden sich in Hinblick auf die ethnische Heterogenität und die Fluktuation innerhalb der Bevölkerung. Zum einen sind dies *ehemalige (Gast)Arbeiterviertel*, deren Bewohner im Vergleich zum Stadtdurchschnitt jünger und die Bevölkerungsfluktuation geringer ist und die sich geographisch meist in der Nähe ehemaliger Industriestandorte, Zechen oder Siedlungen des sozialen Wohnungsbaus befinden. Ihre Bewohnern sind überwiegend Nachkommen der ehemaligen Gastarbeiter und weiterer Familien, die im Zuge von Flüchtlings- und Migrationswellen aus verschiedenen Teilen der Welt immigriert sind. In einigen (Gast)Arbeitervierteln überwiegt der Anteil einer Herkunftsgruppe, so dass in der medialen Darstellung Stadtteilen einzelne Nationalitäten zugeschrieben werden (wie bspw. Türkeistämmige in Gelsenkirchen-Bismarck, oder Russlanddeutsche in Dortmund-Scharnhorst). Ein zweiter Sozialraumtyp, der eine hohe ethnische Segregation abbildet sind *stadtkernnahe ethnisch heterogene Viertel*. Im Gegensatz zu den ehemaligen (Gast)Arbeitervierteln ist in solchen Stadtteilen die ethnische Heterogenität der Herkunftsgruppen, genauso wie die Fluktuation deutlich höher, die Familienprägung, d.h. der Anteil von Bewohnern unter 18 Jahren geringer, als im Stadtdurchschnitt. Die Dortmunder Nordstadt, die als Ankunftsregion für kürzlich eingereiste Neumigrantinnen und Migranten dient, ist beispielsweise ein Stadtteil diesen Typs (Kurtenbach, in d. Band).

Beispiel: Sozialräumliche Verteilung einer Einschulungskohorte in Bochum und Herne

Zur Veranschaulichung der Siedlungsmuster zugewanderter Familien in städtischen Teilräumen (Stadtteile bzw. Bezirke) werden nachfolgend die soziodemographischen Angaben (Migrationshintergrund, Generation, Schulbildung) von 3.322 Eltern einer Schuleingangskohorte sozialräumlich dargestellt. Die dazugehörige Befragung zu elterlichen Einstellungen wurde in zwei Ruhrgebietskommunen, Bochum und Herne, durchgeführt (vgl. Leyendecker et al. 2014). Dafür wurden in der Studie die 62 Stadtteile der beiden Städte nach soziostrukturellen Indikatoren ihrer Anwohner (Altersstruktur, Migrationshintergrund und Anteil Arbeitsloser) in insgesamt sechs Sozialraumtypen statistisch zusammengefasst. Danach wurden die Antworten der befragten Eltern mit Hilfe der Grundschulstandorte diesen Sozialraumtypen zugeordnet (Citlak 2013).

Abbildung 1: Sozialraumtypen in Bochum und Herne



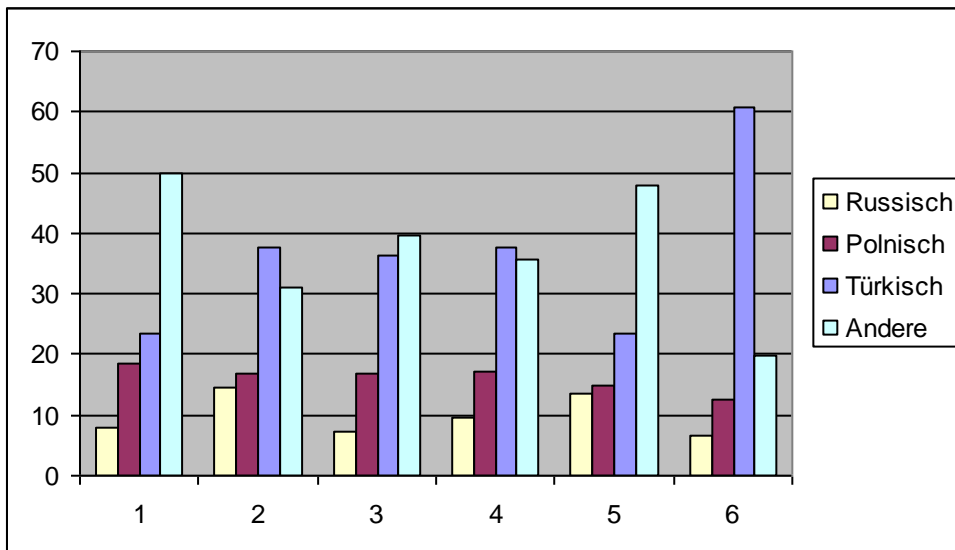
Quelle: Citlak 2013

Die ermittelten sechs Sozialraumtypen sind in der obigen Karte nach dem Arbeitslosenanteil von gering (1) bis hoch (6) angeordnet. Aufgrund der hohen Korrelation zwischen sozialer Lage und Migrationshintergrund ergab eine Rangordnung der Sozialraumtypen nach dem Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung dieselbe Zuordnung. Die ersten beiden Sozialraumtypen (1 u. 2) beschreiben Stadtteile mit älterer und bessergestellter Bevölkerung bzw. mit niedrigsten Anteilen von Empfängern staatlicher Transferleistungen, während die Sozialraumtypen 4 bis 6 eine junge Bevölkerung abbilden, mit hohen Anteilen Arbeitsloser. Typ drei bildet Stadtteile ab, bei denen alle Sozialstrukturindikatoren nahe am Durchschnittswert der beiden Städte liegen. Sie werden vor allem von älteren Menschen und deutlich seltener von Familien bewohnt. In Stadtteilen, die dem Typ 5 zugeordnet sind leben häufiger junge Erwachsene, jedoch weniger Kinder. Alle vier Stadtteile, die als Typ 5 klassifiziert sind, liegen in Bochum, mit Ausnahme des universitätsnahen Stadtteils Querenburg, in der dicht bebauten Innenstadt. Dagegen befinden sich alle Stadtteile des Typs 6 in Herne. Es handelt sich dabei um Stadtteile mit hohen Anteilen Nichtdeutscher, vielen Kindern und Jugendlichen und hohen Anteilen von Arbeitslosen. Herne Holthausen oder der Stadtteil Unser Fritz sind typische Vertreter dieser „ehemalige (Gast)Arbeiterviertel“. In der von uns befragten Einschulungskohorte lebten die meisten Familien mit Migrationshintergrund in den Stadtteilen des Typs 5 und 6. Dort lag der Anteil zugewanderter Eltern in der befragten Einschulungskohorte jeweils bei 55,5 Prozent. Dagegen stammte in den Sozialraumtypen 1 und 2 nur jedes vierte Kind aus einer zugewanderten Familie.

Eine räumliche Analyse der soziodemographischen Merkmale der zugewanderten Eltern in der befragten Kohorte nach Bildungsniveau (gemessen an Schuljahren) und Herkunft (Herkunftssprache, Geburtsort) sowie die Zusammensetzung der zugewanderten Elternpaare nach Generation (über Geburtsort und Ort der Einschulung) führte zu detaillierten Ergebnissen. Zum einen wurde der erwartete positive Zusammenhang zwischen Bildungsniveau und ökonomischem Status räumlich sichtbar. So hatten zugewanderte Eltern, die in den Sozialraumtypen 1 und 2 lebten mit 51,5 bzw. 54,8% am häufigsten die höchste (11 bis 13 Jahre) und mit 15,8 bzw. 17,7% am seltensten die geringste Schulbildung erhalten (unter 9 Jahren). Hingegen hatten 29,4% der Eltern, die in ehemaligen (Gast)Arbeitervierteln wohnten (Typen 6) weniger als 9 Jahre und nur 34,4% mehr als 10 Jahre Schulbildung. Weniger eindeutig war dieser Zusammenhang zwischen Bildung und dem Sozialraumtyp im

innerstädtischen Viertel (Typ 5). Dort war sowohl der Anteil der zugewanderten Eltern mit der geringsten Schulbildung als auch derer, die mit mehr als 10 Jahren Schulbildung relativ hoch (28,8% zu 47,4%). Diese Zusammensetzung erlaubt Rückschlüsse auf die Funktion des innerstädtischen Milieus als Durchgangszone und Ankunftsgebiet für Zugewanderte mit verschiedenen Ressourcen, die im Ankunftsort noch nicht anerkannt wurden und daher eine Arbeitsmarktplatzierung noch nicht gelungen ist.

Abbildung 2: Verteilung der Herkunftsgruppen nach Sozialraumtypen



Im Hinblick auf die ethnische Zusammensetzung der Eltern aus den sechs Sozialraumtypen ergibt sich ein interessantes Bild (vgl. Abb. 2). Methodisch wurden dafür die größten Sprachgruppen Türkisch (13,8%), Polnisch (6,2%), Russisch (3,6%) und die Sammelkategorie „Andere“ (14,4%), in der alle weiteren Herkunftsgruppen zusammengefasst wurden, untersucht. Wie der Abbildung 2 zu entnehmen ist sind die ersten 5 Sozialraumtypen ethnisch sehr heterogen. Bedenkt man noch, dass in der Gruppe „Andere“ über 30 Herkunftssprachen zusammengefasst wurden, so sind lediglich Stadtteile des Typs 6 mit überwiegend türkeistämmigen Familien deutlich ethnisch homogenisiert. In diesen Stadtteilen die dem Typ des ehemaligen (Gast)Arbeiterviertels entsprechen ist auch der Anteil, der in Deutschland eingeschulten Eltern mit Zuwanderungsgeschichte (2. Generation) am höchsten. So setzt sich die Mehrzahl türkeistämmiger Familien, die diesem Sozialraumtyp zugeordnet wurden aus einem Elternteil zusammen, das in Deutschland aufgewachsen ist und einem, das im Erwachsenenalter immigriert ist. Dagegen ist der Anteil der Familien, in denen beide Elternteile im Ausland eingeschult worden sind im innerstädtischen Viertel (Typ 5) mit über 80% höher, als in allen anderen Sozialraumtypen. Damit zeigt sich auch für diese Stichprobe die besondere Bedeutung der stadtkernnahen Stadtteile für neuzugewanderte Familien, wohingegen nachreisende Familienangehörige sowie angehöriger älterer Migrantengruppen bevorzugt die Stadtteile aussuchen, die hier als ehemalige Gastarbeiterviertel beschrieben wurden.

Gegenwärtige Integrationskapazität der multiethnischen Stadtteile

Will man nun von der räumlichen Perspektive ausgehend Familien in den Blick nehmen, die neu in die ethnisch geprägten Stadtteile der Ruhrgebietsstädte einziehen, wie bspw. Familien aus den neuen EU2 Ländern Bulgarien oder Rumänien, so stellt sich die Frage, welche sozialen und institutionellen Ressourcen diese Räume ihren Bewohnern bieten. Die obige Analyse hat zwei Sozialraumtypen herausgearbeitet, in denen der Anteil zugewanderter Familien höher ist, als die Einheimischer. Zum einen die ehemaligen (Gast)Arbeiterviertel und zum anderen innerstädtische Viertel, die eine hohe ethnische Heterogenität aufweisen. Beide Sozialraumtypen sind aus unterschiedlichen Gründen attraktiv für Neuzugewanderte. Mit Blick auf die lokale Einbettung von Familien, die als Indikator für ihre soziale Integration dienen kann, erweisen sich ehemalige (Gast)Arbeiterviertel als besonders effektiv, während im innerstädtischen Milieu, Familien lokal nur gering verwurzelt sind, d.h. andere Familien kennen oder Verwandtschaft vor Ort haben. Dies gilt sowohl für Zugewanderte als auch für Familien ohne Migrationserfahrung (Citlak in Vorb.). Erfahrungen mit neuer Zuwanderung haben Bewohner ehemaliger (Gast)Arbeiterviertel schon allein deswegen, weil wiederkehrend Partner bzw. Partnerinnen aus den Heimatländern in die lokale Community integriert werden. Am häufigsten findet sich diese Entwicklung in der Gruppe der Türkeistämmigen, in der heute noch die Mehrzahl junger Männer und Frauen der zweiten und dritten Generation Ehen mit Partner/innen aus der Türkei schließen (Straßburger 2000; Leyendecker et al. 2014). Jeder neue Partner bzw. jede neue Partnerin durchläuft somit die kritische Lebensphase der Migration innerhalb des sozialen Netzwerkes der Familie bzw. der Verwandtschaft und damit auch innerhalb der lokalen Community. Die meisten Familien der zweiten und dritten Generation verbleiben mit ihren neu hinzugezogenen Partnern in den Stadtteilen, in denen sie bereits als Kinder gewohnt haben. Neben finanziellen Einschränkungen und Diskriminierungserfahrungen bei der Wohnungssuche ist dies ein weiterer Grund für die geringe räumliche Mobilität vor allem türkeistämmiger Familien. Aus dem längeren Verbleib am Wohnort ergeben sich dichtere soziale Netze zwischen Anwohnern, die auch für neu eingewanderte Familien wertvoll sein können. Zumindest bieten ehemalige Gastarbeiterviertel neben günstigem Wohnraum und Einkaufsmöglichkeiten auch eine lokale Gesellschaft, in der das Risiko aufgrund der Herkunft ausgegrenzt oder angefeindet zu werden geringer ist. Auch wenn der letzte Punkt in der Öffentlichkeit nicht ausgesprochen wird, so sind es doch die Entwicklungen der letzten Jahre, die dies belegen. So wurden bspw. Wohnblöcke in Duisburg (In den Peschen 3-5) in denen Roma wohnten nach großem Protest der Anwohner 2013 geräumt und anschließend größtenteils nach Duisburg-Marxloh und Duisburg-Hochfeld umgesiedelt. Beides sind Stadtteile, in denen der Anteil von zugewanderten Kindern im Vorschulalter 2010 bei 74,5% bzw. 85,9% lag (Stadt Duisburg 2013: 44). Ebenso zeigt das aktuelle Beispiel der Anwohnerproteste in dem Stadtteil Bochum-Riemke (Sozialraumtyp 3), dass Kommunen auf die integrative Kraft der ehemaligen (Gast)Arbeiterviertel und der multiethnischen Stadtteile am Stadtkern angewiesen sind. Die Aufnahmefähigkeit und Bewältigungskapazität sollte daher politisch gezielt unterstützt und um die Kooperation der Anwohner geworben werden. Wenn soziale Integrationsaufgaben auf ethnische Communities oder lokale Gemeinschaften übertragen werden, müssen die Bedürfnisse und Bedarfslagen der Bewohner vor Ort an erster Stelle berücksichtigt werden. Die Frage muss dann lauten „Was können die Kommunen in solchen (Gast)Arbeiterstadtteilen und multiethnischen Stadtquartieren anbieten, damit ihre Integrationskraft verbessert wird?“ Stattdessen wird in der medialen Darstellung die räumliche Konzentration von Migrantenfamilien in bestimmten Stadtquartieren als „Parallelgesellschaften“ oder „Ghettoisierung“ öffentlich stigmatisiert. Dabei ist Segregation als Charakteristikum von modernen Städten aus soziologischer Sicht nur dann problematisch, wenn sie zur Verfestigung oder Verstärkung sozialer Un-

gleichheit und Benachteiligung oder zum sozialen Ausschluss von Bevölkerungsgruppen innerhalb der Stadt führt. Dies ist dann der Fall, wenn Nachbarschaften und dortige Bildungseinrichtungen in solchen Diskursen stigmatisiert werden und ihre Bewohner dadurch weiter benachteiligt werden.

Schließlich werden in der internationalen Migrationsforschung für multiethnische Stadtteile bessere Integrationsleistungen abgeleitet, wenn sie eine hohe Dichte an Strukturen und Organisationen aufweisen (Portes/Vickstrom 2011). Es geht also weniger um das Gefühl der „Zugehörigkeit zu einer Lokalität“, die für die Integrationskapazität eines Viertels spricht, als um die Dichte, Struktur und Vernetzung der dortigen Organisationen und Personen. Geringe Vernetzung und diffuse Strukturen führen zur sozialen Abkopplung von Subgruppen und anderen Formen von Desintegration, wie die Exklusion von Neuankömmlingen oder lokale ethnische Konflikte. Kurz gesagt: Entscheidend für die Integrationskraft der Nachbarschaften ist die hohe Organisationsdichte der Bevölkerung, die sich natürlich auch in Form einer dichten Landschaft von ethnisch geprägten Migrantenselbstorganisationen abbilden kann. Der wiederum enge Austausch zwischen zivilen Organisationen und lokalen familienbezogenen Einrichtungen erhöht die soziale Einbettung von Familien im Viertel zusätzlich und kann dadurch sogar die Entstehung von kleinen multiethnischen Elterngemeinden ermöglichen, die wiederum die Integration Neuzugewanderter Familien entscheidend erleichtern kann.

Literatur

- Amonn, J./Groos, T. (2011): Die Entwicklung von Schulsozialindices und –profilen für die Grund- und weiterführenden Schulen in Mülheim an der Ruhr. ZEFIR, Bochum.
- Bogumil, J./Heinze, R. G./Lehner, F./Strohmeier, K. P. (2012): Viel Erreicht, Wenig gewonnen. Ein realistischer Blick auf das Ruhrgebiet. Klartext Verlag, Essen.
- Citlak, B. (2013): Wie wichtig ist die Adresse für die vorschulischen Erfahrungen von türkeistämmigen Kindern? Poster für die Abschlusskonferenz der von der Volkswagen Stiftung geförderten Studiengruppen zu „Migration und Integration“, 24-25 Oktober 2013, Berlin. http://u.jimdo.com/www66/o/sd9a34518b95ab546/download/mf35bbad09c99ed1d/1384712779/MIEKA-S_Poster_2013_Citlak.pdf
- Citlak, B. (in Vorbereitung): Parents Neighborhood Integration in two Ethnic Diverse low-income Neighborhoods in Germany.
- Leyendecker, B./Citlak, B./Schölmerich, A./Schräpler, J. P. (2014): Diversität elterlicher Einstellungen und vorschulische Lernerfahrungen – Ein Vergleich deutscher und zugewanderter Familien aus der Türkei, Russland und Polen. Zeitschrift für Familienforschung, 25. Jahrg., 2014, Heft 1., S. 54-75.
- Portes, A./Vickstrom, E. (2011): Diversity, Social Capital, and Cohesion. In: Annual Review of Sociology, Vol. 37, 461-479.
- Schönwälder, K./Söhn, J. (2009): Immigration Settlement Structures in Germany: General Patterns and Urban Levels of Concentration of Major Groups, Urban Studies 46(7):1439-1460.
- Stadt Duisburg (2013): Sozialbericht Stadt Duisburg 2012. Stadt Duisburg; Duisburg/Bremen
- Strassburger, G. (2000): Das Heiratsverhalten von Personen ausländischer Nationalität oder Herkunft in Deutschland. Bericht der Sachverständigenkommission. Materialien zum 6. Familienbericht, S. 9-48.
- Strohmeier, K. P. (2001): „Stadtgesellschaft und Stadtteilpolitik“. In: Teichmann, U. (Hrsg.): Das Haus im Griff. Dortmund.

Ankunftsgebiete – Erklärung für die räumliche Konzentration armutsgeprägter Zuwanderung

Sebastian Kurtenbach

Die Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien (EU-2) kann als Zeichen einer zunehmenden europäischen Integration gedeutet werden, denn freier Personenverkehr bildet die Grundlage für gegenseitigen kulturellen Austausch und die Lebendigkeit der europäischen Idee. Einige der Neuzuwanderer aus den EU-2 Staaten haben allerdings nicht ihre Heimat verlassen, um im Westen als hochqualifizierte Fachkräfte in wissensintensiven Branchen zu arbeiten oder als Touristen die kulturellen Sehenswürdigkeiten Mitteleuropas zu bestaunen, sondern sind mit der Hoffnung der Armut zu entfliehen und ihren Familie ein besseres Leben zu ermöglichen beispielsweise nach Deutschland migriert.

Bis zum 01.01.2014 bestand für EU-2 Zuwanderer ein eingeschränktes Arbeitnehmerfreizügigkeitsrecht, welches eine Beschäftigung im Angestelltenverhältnis einzig für spezielle Berufsgruppen Hochqualifizierter erlaubte. Ziel einer solchen Übergangsregelung war Schutz des deutschen Arbeitsmarktes. Neben dem Arbeitnehmer- nimmt das Personenfreizügigkeitsrecht eine entscheidende Rolle für die Reglementierung der EU-2 Neuzuwanderung ein. Dieses regelt, unter welchen Konditionen EU-Ausländer in Deutschland leben dürfen. Im Kern gehören dazu eine selbstfinanzierte Lebensweise und der Nachweis einer Krankenversicherung. Jedoch gab es seit spätestens 2010 Berichte, dass auch arme Zuwanderer aus den Beitrittsstaaten von 2007 (Rumänien und Bulgarien) ohne berufliche Qualifikation oder Sprachkenntnisse und zum Teil in schlechter gesundheitlicher Verfassung in Deutschland leben. Ein Teil der EU-2 Zuwanderer passte demnach weder zu den gesetzlichen Regelungen noch zu den gut qualifizierten Fachkräften, die man sich erwünschte. Sinnbildlich fielen sie „durchs Netz“ gestzlicher Regelungen und wohlfahrtstaatlicher Interventionsmöglichkeiten.

Armutsgeprägte EU-2 Zuwanderer, denen auch ein statistisch nicht genau zu bestimmender Teil der heterogenen Gruppe der Roma angehört, leben zudem nicht dispers über die Republik an zufällig ausgewählten Orten, sondern relativ stark konzentriert in wenigen Stadtteilen. Solche Ankunftsgebiete weisen ein spezifisches Profil auf, was sie zum einen vergleichbar macht und zum anderen auch eine Chance für eine akzeptierende Politik werden lässt. Ziel dieses Beitrags ist es, das Konzept der Ankunftsgebiete zu skizzieren, es in den Kontext der Armutszuwanderung aus Südosteuropa zu stellen und die Frage nach der Wirksamkeit aktuell politisch diskutierter Umgangsstrategien zu stellen. Zur Verdeutlichung werden die Beispiele Dortmund und Duisburg herangezogen.

Ankunftsgebiete

Wie anhand von Beobachtungen und Daten deutlich wird, ziehen eher ökonomisch schwache Zuwanderer in einige wenige Stadtteile (Siehe beispielsweise: Kurtenbach 2013). Diese weisen ein spezifisches Profil auf, was die kleinräumig konzentrierte Zuwanderung organisiert. Im Wesentlichen gehören dazu fünf Merkmale:

1. *Stark ausgeprägte soziale und ethnische Segregation:* Durch eine eher armutsgeprägte und super-diverse Bevölkerung (Vertovec 2006) wurde bereits vor der EU-2 Zuwanderung ein spezifisches Milieu produziert, welches Zuwanderung, trotz Einzelkonflikten im Alltag, akzeptierend ge-

genübersteht. Damit geht das Problem einher, dass Zuwanderung und damit auch die ersten Schritte der Integration unter den Bedingungen räumlich verfestigter Armut gelingen muss.

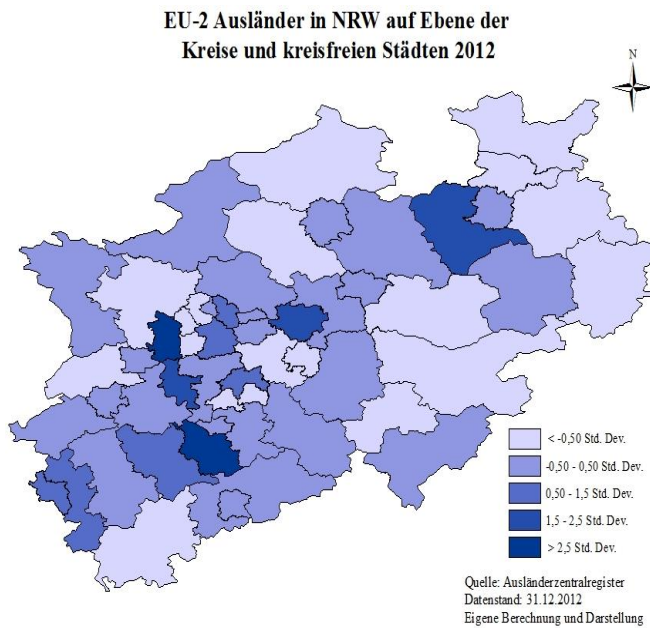
2. *Hohe Fluktuationsraten:* Ankunftsgebiete zeichnen sich durch ein erhöhtes Maß an Zu- und Fortzügen aus. Dort durchlaufen Neuzuwanderer eine Etablierungsphase und gewinnen dadurch soziale Distanz zum Umfeld, welches sich wieder in räumliche Distanz umsetzt. Demnach werden Abgewanderte und nun Etablierte von einem Neuankömmling sinnbildlich wieder ersetzt, sodass die segregationsensiblen Kennzahlen, wie der Anteil nicht-deutscher Bevölkerung, zwar stabil bleiben, es aber dennoch zu einem sozialen Aufstieg von Zuwanderern gekommen ist. Selbstverständlich sind dies modellhafte Prozessbeschreibungen und auch die Option des individuellen Scheiterns ist gegeben. Insgesamt fungieren Ankunftsgebiete als „Durchlauferhitzer“ für Neuzuwanderer.
3. *Sockelbevölkerung:* Eine bereits länger ansässige und selbst migrationserfahrene Bevölkerung kann dazu beitragen, dass Neuzuwanderer in der neuen Umwelt besser „Fuß fassen“. Die Sockelbevölkerung nimmt auch eine Rolle als Brückenkopf in die alte Heimat ein, insbesondere wenn es sich um Verwandte oder Angehörige anderer Solidargemeinschaften handelt. Sie kann Neuzuwanderern durch ihr Know-how Orientierung im Ankunftsgebiet geben und ggf. selbst erste Arbeits- und Wohnmöglichkeiten zur Verfügung stellen.
4. *Opportunitäten:* Migrationsspezifische Gelegenheitsstrukturen bieten für Neuzuwanderer bedarfsgerechte Angebote. Zu unterscheiden sind dabei informelle und formelle Opportunitäten. Informelle sind Netzwerkstrukturen, formelle beispielsweise Geschäfte. Besonders hervorzuheben sind Remissionsmöglichkeiten, also Gelegenheiten zur Geldrücküberweisung (Vertovec 2007: 103ff.).
5. *Arbeitsmöglichkeiten:* Ankunftsgebiete ermöglichen es Neuzuwanderern ohne Sprachkompetenzen und berufliche Qualifikation Arbeitsgelegenheiten zu finden. Zwar sind solche in der Regel semi-legal, schlecht entlohnt und prekär, aber im Gegensatz zum Migrationsquellgebiet dennoch vorhanden. Solche ergeben sich in Opportunitäten und werden mitunter von der Sockelbevölkerung offeriert (Kurtenbach 2013: 11).

Zu den genannten Merkmalen treten weitere Faktoren, wie Wohnmöglichkeiten für Neuzuwanderer und die sprachliche Verwandtschaft bereits ansässiger Migranten hinzu. Ankunftsgebiete sind dabei nicht allein für EU-2 Zuwanderer von Bedeutung, sondern für alle ökonomisch unterdurchschnittlich ausgestatteten Zuziehende.

EU-2 Migration und Ankunftsgebiete

In Ankunftsgebieten, wie der Dortmunder Nordstadt (Staubach 2013, Kurtenbach 2013), konzentriert sich kleinräumig auch die Zuwanderung aus den EU-2 Staaten. Bei einer Mehrebenenbetrachtung der EU-2 Migration zeigt sich die besondere Funktion dieser Gebiete. Abbildung 1 zeigt die Verteilung von Rumänen und Bulgaren auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte zum Datenstand 2012. Deutlich treten die Kommunen der Rheinschiene, des Ruhrgebiets und die Standorte der Fleischindustrie in Ostwestfalen hervor.

Abbildung 1: EU-2 Ausländer in NRW 2012



Quelle: Ausländerzentralregister, Datenstand: 31.12.2012

Der visuelle Eindruck wird auch mit einem Blick auf die Daten des Ausländerzentralregisters deutlich, wie in Tabelle 1 abzulesen ist.

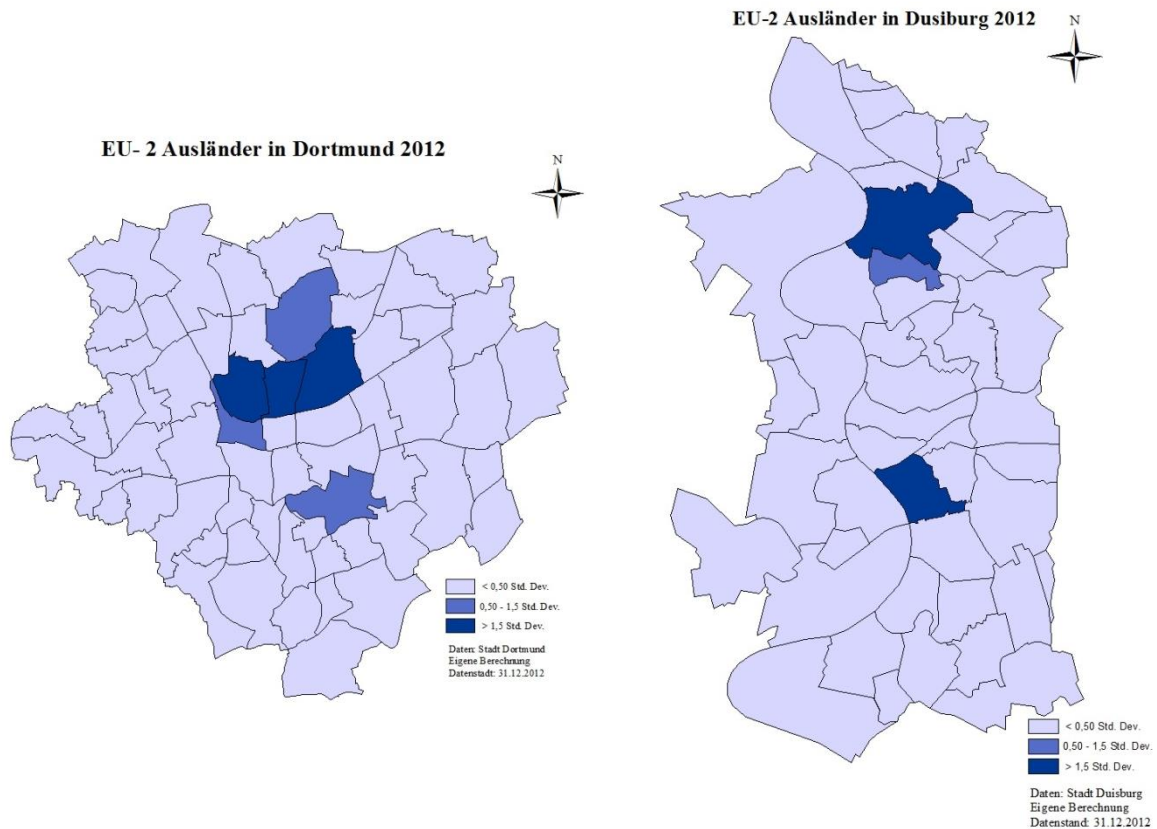
Tabelle 1: EU-2 Ausländer (Top 5 NRW)

Kommune/Landkreis	EU-2 Ausländer 2012
Duisburg	6.437
Köln	5.124
Düsseldorf	3.981
Dortmund	3.698
LK Gütersloh	3.110

Quelle: Ausländerzentralregister, Datenstand: 31.12.2012

Zu sehen sind die fünf kreisfreien Städte, bzw. der Landkreis mit den meisten Neuzuwanderern aus Rumänien und Bulgarien. In diesen wiederum konzentriert sich die Zuwanderung in Ankunftsgebieten wie Abbildung 2 zeigt.

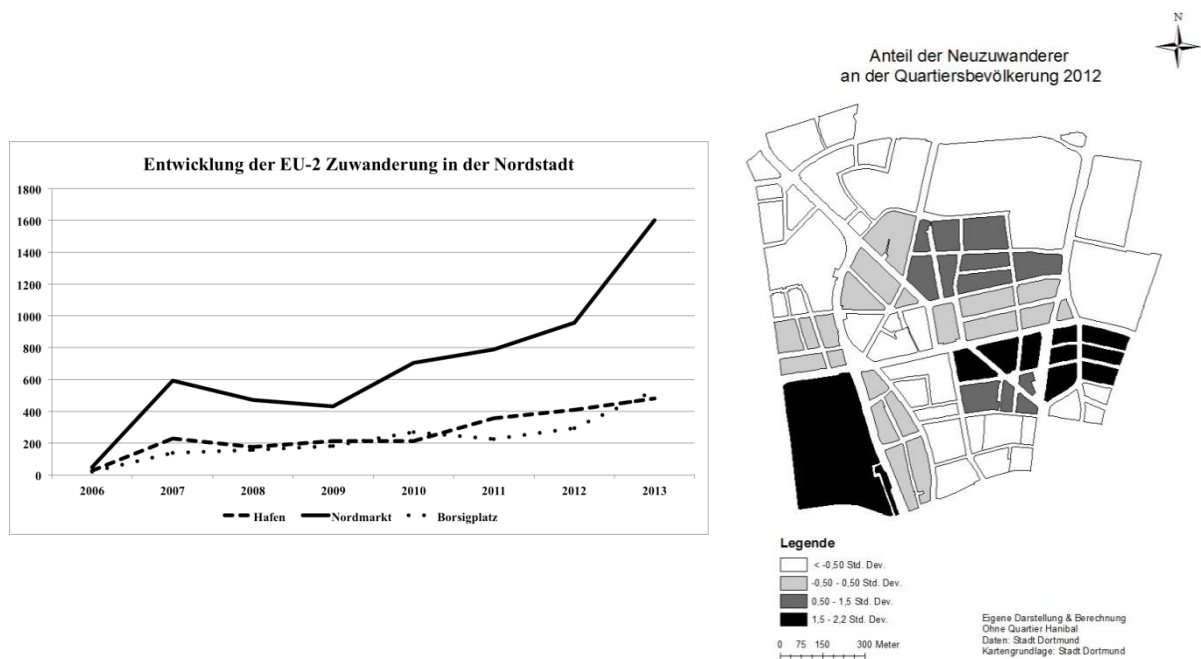
Abbildung 2: EU-2 Ausländer in Duisburg und Dortmund



In beiden Kommunen konzentriert sich die Zuwanderung in nur wenigen Stadtteilen. In Duisburg vor allem in Hochfeld und Marxloh, in Dortmund in den drei statischen Bezirken der Nordstadt.

Bei einer noch kleinräumigeren Betrachtung der Zuwanderung, beispielsweise in der Dortmunder Nordstadt, wird deutlich, dass zudem erhebliche Unterschiede zwischen den Bezirken bestehen, wie Abbildung 3 zeigt und auch im meistfrequentierten Teil, dem Nordmarkt, kleinräumige Unterschiede festzustellen sind. Der kleinräumigen Konzentration der armutsgeprägten EU-2 Migration ist es auch geschuldet, dass einzelne Straßenzüge besonders auffällig sind, wodurch auch medial wirksame Bilder produziert werden.

Abbildung 3: Entwicklung der EU-2 Zuwanderung in die Nordstadt



Zudem besteht ein kleinräumiger Zusammenhang zwischen Konzentration der EU-2 Zuwanderer, der Art der Nutzung des öffentlichen Raums und ansässiger Opportunitäten (Kurtenbach 2013: 57), was auf die Bedeutung des Ankunftsgebiets für Neuzuwanderer, in diesem Falle Rumänen und Bulgaren, verweist.

Lösungsstrategien im Kontext von Ankunftsgebieten

Bislang vorgeschlagene Umgangsstrategien mit armutsgeprägter Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien beziehen sich insbesondere auf den Schutz vor dem Missbrauch wohlfahrtsstaatlicher Leistungen und Investitionen in Ankunftsgebiete. Allerdings wird weder die Lebenslage der Neuzuwanderer direkt adressiert, noch die sozialräumliche Funktion des Ankunftsgebiets unterstützt. Vielmehr werden temporäre Interventionsstrategien forciert, die der Logik der Städtebauförderung entspringen und ministeriell dort auch eingebunden sind. Im Koalitionsvertrag für die Bundesregierung heißt es: „Besonders von Armutsmigration betroffene Kommunen sollen zeitnah die Möglichkeit erhalten, bestehende bzw. weiterzuentwickelnde Förderprogramme des Bundes (z.B. Soziale Stadt) stärker als bisher zu nutzen.“ (CDU Deutschland et al. 2013: 76) Ohne den Nutzen einer integrierten Städtebauförderung auf Quartiersebene in Frage zu stellen, erscheint es allerdings unangemessen den sozialen Problem der Neuzuwanderer, die zu einer Vielzahl an Herausforderungen in den Ankunftsgebieten führen, mittels dieses Ansatzes beizukommen. Eher besteht dadurch die Möglichkeit die Immobiliensituation in den Quartieren durch Sanierung zu verbessern. Denn bislang sind armutsgeprägte Neuzuwanderer aus den EU-2 Staaten zum Teil gezwungen in überbezahlten und teilweise illegal vermieteten Wohnungen, die in sehr schlechtem Zustand sind, zu wohnen. Allerdings würde durch eine Aufwertung der Wohnraum für Neuzuwanderer aller Wahrscheinlichkeit nach verknappt, wodurch es zu Verdrängungseffekten kommt. Von dieser Strategie würden Neuzuwanderer demnach kaum profitieren.

Zudem ist es fraglich ob Programme, die dann als erfolgreich gelten, wenn segregationssensible Kennzahlen, wie Fluktuation oder die Konzentration an Arbeitssuchenden, verringert werden, geeignet sind der Funktion des Ankunftsgebiets zu entsprechen. Diese sind räumlicher Ausdruck von Zuwanderung und hat es, spätestens seit der Industrialisierung immer gegeben. Bislang erfüllten sie allerdings ihre Funktion trotz und nicht wegen politischer Intervention. Die armutsmotivierte Zuwanderung aus Südosteuropa zeigt dies erneut und es besteht die Möglichkeit, durch die Förderung der Ankunftsgebiete und der Ermöglichung der Teilhabe der Neuzuwanderer an gesellschaftlichen Gütern die Potenziale von Ankunftsgebieten zu nutzen.

Literatur

- CDU Deutschland, CSU-Landesleitung und SPD (Hrsg.) (2013): Deutschlands Zukunft gestalten: Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, Berlin, Unions Betriebs-GmbH.
- Kurtenbach, S. (2013): Neuzuwanderer in städtischen Ankunftsgebieten. Opportunitätsstrukturen und Nutzung des öffentlichen Raums durch Neuzuwanderergruppen in Ankunftsgebieten am Beispiel der rumänischen und bulgarischen Zuwanderer in der Dortmunder Nordstadt, Bochum, Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung (ZEFIR).
- Staubach, R. (2013): Armutszuwanderung aus Südosteuropa : Ansatzpunkte zur Förderung von Diversität in „Ankunftsstadtteilen“. Erkundungen in der Dortmunder Nordstadt *In: vhw*, Band 5, S. 254–260.
- Vertovec, S. (2006): The Emergence of Super-Diversity in Britain, Working Paper, Oxford, University of Oxford; Centre on Migration, Policy and Society.
- Vertovec, S. (2007): Transnationalism, London/New York, Routledge Taylor & Francis Group.

Armutszuwanderung in die Nordstadt: Eine Herausforderung für die Freie Wohlfahrtspflege. Handlungsansätze – Thesen – Herausforderungen

Frank Merkel

Als Caritasverband Dortmund arbeiten wir im Handlungsfeld „EU-Armutszuwanderer“ seit Beginn 2007 mit drei Standbeinen. Zu allen drei Standbeinen möchte ich unsere Beobachtungen und Erfahrungen benennen, in allen drei Bereichen gibt es spezielle Herausforderungen.

Standbein A: Stadtteilarbeit / „Szenekenner“

Seit 2007 gab es unsererseits eine kontinuierliche Aufsuchende Arbeit sowie zahlreiche Besuche der „Szene“. Dabei konnten wir einige Erfahrungen sammeln und Beobachtungen machen:

Die Mehrheit der Armutszuwanderer aus den Staaten Bulgarien und Rumänien landet in der Dortmunder Nordstadt, einem Stadtteil, der ohnehin stark belastet ist (Armut, Arbeitslosigkeit). Innerhalb der Nordstadt bildet der Bezirk Nordmarkt und hier wiederum das Schleswiger Viertel das Haupt-Zuzugsquartier. Das Schleswiger Viertel ist auch das Viertel mit den größten Wegzugszahlen seitens der Aufnahmegesellschaft in Dortmund.

Viele der Zuwanderer geraten hier (oder z. T. bereits im Herkunftsland) in massive Abhängigkeitsstrukturen in Bezug auf Arbeit, Wohnung, Versorgung. Es gibt große Ängste und großes Misstrauen gegenüber der Mehrheitsgesellschaft, zwar ist ein Vertrauensaufbau möglich, braucht aber seine Zeit. Insgesamt sind in erster Linie die Kinder der Zielgruppe gut zu erreichen, auch bei den Frauen gelingt dies oft ganz gut, der Zugang zu den Männern hingegen ist aus unserer Erfahrung tendenziell am schwierigsten.

Auch hinsichtlich der Herkunftsstruktur der Zuwanderer unterscheiden sich die Bulgar/innen und Rumän/innen voneinander: während die meisten der bulgarischen Zuwanderer in Dortmund aus der Stadt Plovdiv, hier wiederum aus dem Roma-Viertel Stolipinovo kommen, stammen die rumänischen Migrant/innen aus verschiedenen Orten (allerdings ist inzwischen auch hier eine tendenzielle Herkunftsregion der meisten auszumachen).

Bei der Kontaktaufnahme mit den Menschen werden wir in der Regel zuerst mit der Frage nach einer Arbeitsmöglichkeit konfrontiert, die Frage nach materieller Unterstützung ist die große Ausnahme.

Die Armut, in welcher die Menschen leben müssen und sehr häufig im Herkunftsland bereits gelebt haben, liegt deutlich unter der Hartz IV-Linie. Sie ist für unsere Verhältnisse kaum vorstellbar und in Deutschland seit vielen Jahren so nicht mehr da gewesen.

Herausforderungen:

Eine der größten Herausforderungen innerhalb dieses Standbeines sehen wir darin, die Aufnahmegesellschaften „mitzunehmen“ und die Quartiere nicht aufzugeben, dabei helfen moralische Appelle allein nicht. Die Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten ist zu unterstützen.

Sehr vieles ist (noch) nicht geregelt, so dass infolgedessen die Neuzuwanderer, wenn sie durch Vertrauensaufbau erreicht wurden, nicht gut weitervermittelt werden können; es fehlen einfach die passenden Angebote. Oft bleiben die Menschen dann bei den Erstkontaktierenden „hängen“. Hierin liegt eine große Ausbrenngefahr.

Auch der Umgang mit absoluter und so noch nicht gekannter Armut mit allen ihren brutalen (kriminellen) Begleiterscheinungen in der direkten Nachbarschaft wird eine große Herausforderung in der Zukunft und auch dieses Phänomen birgt ein enormes Ausbrennpotenzial.

Standbein B: Vermittlung von Hintergrundwissen / Schulungen / Fachinputs / Interkulturelle Trainings

Seit dem Jahr 2008 führen wir als Caritasverband (oft in Kooperation) Schulungen und Fachinputs zum Thema durch. Insgesamt konnten dabei bisher ca. 750 Personen in unterschiedlichen Einrichtungen und Gremien auf kommunaler, Landes- und Bundesebene erreicht werden.

Auch innerhalb dieses Standbeines konnten einige Beobachtungen gemacht und Erkenntnisse gewonnen werden:

Z. T. stießen wir auf großes Unwissen und viele Falschinformationen (oft vermittelt durch Medien), zwei Beispiele dazu: „Es kommen fast ausschließlich Sinti und Roma aus Bulgarien und Rumänien.“; „Bulgaren und Rumänen sind [waren] bis Ende 2013 illegal hier.“²⁰

Immer wieder stießen wir auf große (latente) Vorurteile – insbesondere (aber nicht nur) gegenüber der Gruppe der Roma. Einseitige und oft unreflektierte Verurteilungen waren dabei nicht selten, so wurden einerseits „die Bulgaren“ verurteilt, weil sie durch „Schwarzarbeit unseren Staat kaputt machen“ würden, die preisgünstige bulgarische Reinigungskraft in Anspruch zu nehmen, war aber dabei kein Problem.

Dass das soziale Netz im deutschen Sozialstaat auch Lücken aufweist und Menschen aufgrund von Regelungsdefiziten durch das Raster fallen, wurde teilweise absolut nicht für möglich gehalten (Zitat: „Ich kann mir das nicht vorstellen, dass so etwas in unserem Staat möglich sein soll.“).

Das Thema EU-Armutszuwanderung hat hohe politische Brisanz, auch das ist uns im Laufe der Zeit deutlicher geworden. Das Interesse und ein entsprechendes „Ausschlachten“ der Thematik kommen dabei sowohl von (extrem) rechter wie auch von (extrem) linker Seite und geschehen oft auf Kosten der Menschen selber.

Herausforderungen:

Folgerichtig liegen die größten Herausforderungen im Umgang mit (latentem) Antiziganismus und in der Versachlichung des Themas. Die Versachlichung des Themas ist umso wichtiger, wenn in (medialen) Berichterstattungen eher einseitige Darstellungen zu finden sind. Dabei reicht das Spektrum von

²⁰ Beide Aussagen sind so nicht richtig. 1. Aus Bulgarien und Rumänien kommen in erster Linie Menschen, die arm sind. Dies sind oft, aber nicht nur Roma. Sinti leben gar nicht in Bulgarien. 2. Da Bulgarien und Rumänien seit 2007 Mitglieder der EU sind, leben die Menschen in aller Regel legal innerhalb der EU und sind nicht illegal hier, bis Ende 2013 war ihnen jedoch der Zugang zum freien Arbeitsmarkt versperrt (Ausnahme: Selbständigkeit).

einer pauschalen Kriminalisierung aller Roma bis hin zu einer unreflektierten Sterilisierung aller Roma zu armen und hilflosen Opfern, denen unbedingt geholfen werden muss.

Standbein C: Netzwerkarbeit / Austausch / Kooperation

Von Beginn an hielten wir den Vernetzungsgedanken für zielführend. Folglich arbeiten wir in zahlreichen Netzwerken mit, z. T. sind sie selber von uns ins Leben gerufen worden wie z. B. das Dortmunder Netzwerk EU-Armutszuwanderung. Es gibt inzwischen etliche gute und belastbare Kooperationen auf kommunaler, Landes-, Bundes- und EU-Ebene.

Die wichtigsten Erkenntnisse sind:

Das Thema EU-Armutszuwanderung mit all seinen Tiefen und Facetten wird zunehmend unübersichtlicher, Kooperationen und Vernetzung werden immer wichtiger. Für Einzelkämpfer, denen es in erster Linie nur um den Erfolg ihrer Einrichtung geht, gibt es hier keine geeignete Plattform. Netzwerke sind durch Synergieeffekte im Vorteil.

Die Zielgruppe ist global unterwegs und die Vernetzung sollte demnach auch global erfolgen.

Kooperation und Vernetzung sollte ebenso zwischen Helferseite und ordnungsrechtlicher Seite erfolgen. Beide Seiten profitieren davon und erhalten einen komplexeren Blick auf eine vielschichtige Thematik.

Herausforderungen:

Die Thematik war anfangs einfacher zu überschauen, weil es nicht sehr viele Akteure im Handlungsfeld gab. Inzwischen ist es zunehmend schwieriger geworden, den Überblick zu behalten und genau hierin liegt die wichtigste Herausforderung.

Eine weitere Herausforderung wird es sein, geeignete Kooperationspartner zu finden bei der Vielzahl der Akteure, die inzwischen im Handlungsfeld unterwegs sind, insbesondere in Zeiten von öffentlicher Förderung.

Fokus: Herausforderungen im Handlungsfeld speziell für die Freie Wohlfahrtspflege

Mit Blick auf die freie Wohlfahrtspflege mit ihren helfenden Diensten ergeben sich noch einmal weitere spezielle Herausforderungen, die im Folgenden aufgelistet werden sollen:

Zunächst ist eine Professionalisierung des Helfens wichtig, denn, wie bereits beschrieben, wird es Lücken im sozialen System geben. Professionalisierung des Helfens bedeutet auch, auszuhalten, dass nicht allen geholfen werden kann.

Gleichzeitig ist es sehr wichtig, die Mitarbeiter/innen-Ebene mitzunehmen. Entscheidungen, die „weiter oben“ getroffen wurden, müssen letztlich von der Basis getragen werden. Die Mitarbeiter/innen-Ebene muss insgesamt gut informiert sein und darauf vorbereitet werden, dass Armut in der unmittelbaren Nachbarschaft zunehmen wird und Menschen durch das soziale Raster fallen.

Eine nicht geringe Herausforderung ist die notwendige Kooperation zwischen Helferseite und ordnungsrechtlicher Seite, denn die komplexe Thematik muss von allen Seiten betrachtet werden, eine Kategorisierung in „die Guten“ und „die Bösen“ ist nicht zielführend.

Nicht zuletzt sehen wir insbesondere die Kirchen und „ihre“ Wohlfahrtsverbände (Caritas, Diakonie) besonders herausgefordert, wenn es um Armut in der Nachbarschaft geht. Ein gutes Zusammenspiel zwischen Kirchen und Verbänden ist hier unabdingbar und konkrete Nächstenliebe ist angesagt (gemäß dem Vers aus dem 3. Buch Mose [Levitikus] der Bibel: „Wenn ein Fremder mit euch zusammen in eurem Land lebt, dürft ihr ihn nicht unterdrücken. Wie ein Einheimischer soll er euch gelten. ...“ [3. Mose 19,33 + 34a])

Autorinnen und Autoren

Avdzhieva, Aneliya, Sozialanthropologin und Doktorandin am Institut für Ethnologie der Paissiy Hileendarski Universität Plovdiv. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Migration und Roma. E-Mail: aavdzhieva@gmail.com

Citlak, Banu Dr., Vertretungsprofessorin für Methodenlehre und empirische Familienforschung am Fachbereich Angewandte Sozialwissenschaften der Fachhochschule Dortmund. Ihre Forschungsthemen sind Migration, Familie und Sozialraum. E-Mail: Banu.Citlak@fh-dortmund.de

Gehne, David H. Dr., Forschungskordinator am Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung (ZEFIR) der Ruhr-Universität Bochum. Er arbeitet zu den Themenbereichen Kommunalwahlen, Evaluation von Präventionsprogrammen und Linguistic Landscapes. E-Mail: David.Gehne@rub.de

Karagyosov, Anton, Sozialarbeiter, Schmied und Vorsitzender der Stiftung für regionale Entwicklung "ROMA-1995". Neben politischen Tätigkeiten engagiert er sich in Plovdiv-Stolipinovo in verschiedenen Projekten zur Verbesserung der Lebenssituation der Roma. E-Mail: frdroma@abv.bg

Kunz, Andreas (ehem. Kraus), Journalist, Filmemacher, Übersetzer für Russisch und Bulgarisch. Nachdem Studium der Slawistik in Salzburg. Arbeitet er seit 1999 als Journalist und im Dokumentarfilmbereich. Seit 2005 beschäftigt er sich intensiv mit der Lage der Roma auf dem Balkan und in Deutschland. E-Mail: Andreas@netzsteller.de

Kurtenbach, Sebastian, Sozialwissenschaftler am Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung (ZEFIR) der Ruhr-Universität Bochum und Doktorand am Institut für Soziologie und Sozialpsychologie der Universität zu Köln. Seine Arbeitsschwerpunkte sind westdeutsche Großsiedlungen, Linguistic Landscapes und armutsgeprägte Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien. E-Mail: Sebastian.Kurtenbach@zefir.rub.de

Merkel, Frank, Sozialarbeiter an der Integrationsagentur der Caritas Dortmund und Mitglied der dreiköpfigen Steuerungsgruppe des Dortmunder Netzwerkes EU-Armutszuwanderung. E-Mail: Frank.Merkel@Caritas-Dortmund.de

Pries, Ludger Dr., Professor am Lehrstuhl für Soziologie/Organisation, Migration, Mitbestimmung an der Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum. Seine Arbeitsbereiche sind Transnationalisierung, Soziologie der Arbeit, Organisation und Migration. E-Mail: Ludger.Pries@rub.de